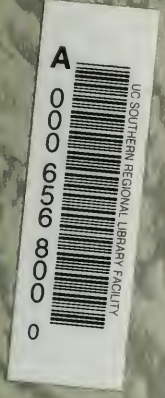
D639 SIMON, Max.
J4S54 Weltkreig und die judenfrage.



sity of California
hern Regional
rary Facility

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

Gaylord
PAMPHLET BINDER
Syracuse, N. Y.
Stockton, Calif.

Max Simon

Der Weltkrieg und die Judenfrage

Verlag B. G. Teubner · Leipzig und Berlin 1916

Die Grundzüge der israelit. Religionsgeschichte

Von weil. Prof. Dr. Fr. Giesebrecht. 2. Aufl. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

„Ein bekannter Fachmann schildert hier die Entwicklung der israelitischen Religion in gemeinverständlicher Weise. In den Vorbemerkungen werden die Pentateuchquellen, die Chronologie und die fremden Einflüsse besprochen. Die weiteren Teile behandeln die Volksreligion, die Prophetie, die Geschichte des Kultus und, ganz kurz, die wichtigsten Probleme des nachexilischen Judentums. Zur Einführung in das geschichtliche Verständnis des Alten Testamentes ist das Buch sehr geeignet." (Neue Bahnen.)

Palästina und seine Kultur

in fünf Jahrtausenden. Nach den neuest. Ausgrabungen u. Forschungen dargest. von Gymnasialoberl. Dr. P. Thomsen. Mit 36 Abb. M. 1.20, geb. M. 1.50

„Ein besonderer Reiz der interessanten Darstellung liegt darin, daß der Verfasser nicht nur die Ergebnisse mitteilt, zu denen die Wissenschaft des Spatens geführt hat, sondern immer wieder erkennen läßt, auf welche Weise die Steine zum Reden gebracht, die unscheinbarsten Funde für die geschichtliche Erforschung vergangener Jahrtausende verwertet werden. Sein Buch kann daher auch als Einführung in archäologische Studien betrachtet werden." (Frauenbildung.)

Palästina und seine Geschichte

Von Professor Freiherr v. Soden. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

„Auf Grund einer Reise durch Palästina hat der Verfasser uns hier ein Bild gezeichnet nicht nur von dem Lande selbst, sondern auch von all dem, was aus demselben hervor- oder über es hingegangen ist im Laufe der Jahrtausende – ein wechselvolles farbenreiches Bild." (National-Zeitung.)

Der Orient

Eine Länderkunde von Ewald Banse. 3 Bde. Mit zahlr. Abbild., Kartenskizzen, Diagrammen u. 1 Tafel. Geh. je M. 1.20, geb. je M. 1.50, in 1 Bd. geb. M. 4.50

„Verf., ein genauer Kenner und begeisterter Freund des Orients, entwirft in dem vorliegenden, reich ausgestatteten Bändchen eine geistvoll aufgefaßte und durchgeführte, trotz gedrängter Kürze lebensvoll geschriebene Schilderung der mohammedanischen Welt." (Kölnische Zeitung.)

Die Türkei

Von Reg.-Rat P. R. Krause. Mit 2 Kart. im T. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Der Verfasser, der 23 Jahre in der Türkei und von diesen 6 Jahre in türkischen Staatsdiensten zugebracht hat, darf, zumal er als Ingenieur das Land nach allen Richtungen durchquerte, wohl als einer der besten Kenner von Land und Leuten angesprochen werden. Er ist daher in der Lage, auf Grund seiner aus eigener Anschauung gewonnenen Kenntnisse eine durchaus zuverlässige Orientierung über die geographischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse des Landes zu geben und im Zusammenhang mit seiner Geschichte für die Verschiedenheit der Weltanschauung, die zwischen Orient und Okzident besteht, bei dem Leser Verständnis zu erwecken.

Rußland

Eine geogr. Betracht. v. Volk, Staat u. Kultur. V. Prof. Dr. A. Hettner. M. 23 Kart. 2. erweit. Aufl. des Werkes „Das europ. Rußland". Geh. M. 4.20, geb. M. 4.80

Auch die Neubearbeitung will in erster Linie eine Darstellung der Geographie des Menschen und seiner Kultur geben, ihr sind neu angeschlossen interessante Betrachtungen über die geogr. Bedingtheit der allgemeinen kulturellen Grundlagen des russischen Reiches und seiner inneren wie äußeren Politik, die es uns verständlich machen, inwiefern und warum es „der zum Krieg treibende Faktor" gewesen.

Polen

Mit einem geschichtl. Überblick über die polnisch-ruthenische Frage

Von Prof. Dr. R. F. Kaindl. Mit 6 Karten. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Von dem durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Geschichte und Ethnographie des östlichen Europas bekannten Führer der Karpathendeutschen verfaßt, entwirft das Bändchen zunächst ein anschauliches Bild von Land und Leuten, gibt danach einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des einst so mächtigen Reiches. Nach einer Schilderung der Deutschen und ihrer Kulturarbeit, der Ruthenen und ihres Verhältnisses zu den Polen, der Vernichtung des Städtewesens und Bauernstandes durch den polnischen Adel folgt eine Darstellung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und kulturellen Zustände und der Bestrebungen der Polen und Ruthenen in den letzten Jahrzehnten, endlich der panslawistischen Bewegung, um mit einem Ausblick in die Zukunft zu schließen. Der Literaturanhang bringt eine bisher nicht vorhandene Zusammenstellung aller für die polnisch-ruthenische Frage wichtigen Schriften.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Der Weltkrieg
und die Judenfrage

Von

Dr. Max Simon

Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1916

D639
J4 S54

Schutzformel für die Vereinigten Staaten von Amerika:
Copyright 1916 by B. G. Teubner in Leipzig.

Alle Rechte einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten.

Inhaltsübersicht.

Seite

Einleitung: Die Lage des jüdischen Volkes im Weltkriege 1

Erstes Kapitel: Die Frage der jüdischen Gleichberechtigung . . . 6

I. Unser Feind Rußland 6

II. Der Antisemitismus in Deutschland 7

III. Das Bündnis Rußlands mit den Weststaaten und seine Wirkungen 13

1. auf England 14

2. auf Frankreich 19

3. auf Rußland 26

a) Die rechtliche Lage der russischen Juden 27

b) Das Martyrium der russischen Juden im Kriege 29

IV. Die rumänische Judenfrage 52

Zweites Kapitel: Die Ostjudenfrage 55

Drittes Kapitel: Die jüdische Emigrationsfrage und die palästinensische Kolonisation 66

Schlußbetrachtung 78

Einleitung.

Die Lage des jüdischen Volkes im Weltkriege.

Kein Volk befindet sich in diesem Weltkriege in einer tragischeren und hilfloseren Lage als das jüdische. Unter den Wirren und Verheerungen des Krieges leidet es mehr als jedes andere. Gegen das Martyrium, das die Judenheit Polens, Litauens und Galiziens zur Zeit der kriegerischen Operationen in diesen Gebieten erlitten hat, verblassen die Leiden aller anderen Völker. Weitaus schlimmer aber noch als dieses äußere Leid und Elend, das der Krieg einem großen Teil der Juden gebracht hat, ist die innere Zersplitterung und Spaltung des Volkes, durch die all dieses Leiden jeglichen Sinnes und Zweckes verlustig zu gehen droht. Wir meinen damit nicht nur die territoriale Spaltung, die es mit sich bringt, daß Juden in den Heeren aller kriegführenden Staaten kämpfen, die es notwendig macht, daß Juden gegen Juden die Waffen führen. Dieses schwere Schicksal teilen wir Juden mit so manchen anderen kleinen Völkern. Was unserer Situation im Weltkriege aber erst ihre Tragik und Unnatürlichkeit verleiht, das ist die innere Spaltung des Volkes, die selbst in diesen für seinen Bestand und seine Zukunft so schicksalsvollen und entscheidungsschweren Tagen den Zusammenschluß und die Einheit der Nation verhindert. So ist es gekommen, daß das jüdische Volk als einziges der am Kriege beteiligten Nationen, noch keine rechte und einheitliche Stellungnahme in diesem Kriege und zu diesem Kriege gefunden hat. Die wichtigsten Fragen seiner Zukunft sind durch den Krieg aufgeworfen worden; die bedeutsamsten Probleme seiner Existenz stehen auf der Tagesordnung der Geschichte, und das jüdische Volk hat bis jetzt noch nicht Kraft und Entschlußstärke genug gefunden, zu alledem Stellung zu nehmen, sich zu organisieren und sich darauf vorzubereiten, seine berechtigten Forderungen und Ansprüche zu erheben und um ihre Erfüllung zu kämpfen.

Nun lebt der größere Teil des jüdischen Volkes innerhalb der kriegführenden Staaten als Bürger und Glieder derselben. Es ist klar, daß diesen Juden eine rein nach jüdischen Gesichtspunkten bestimmte Stellungnahme unmöglich ist. Denn sie müssen in ihrer Stellung in erster Reihe sich von ihren Pflichten als Bürger und Söhne ihrer Vaterländer leiten lassen und können nichts unternehmen, was im Widerspruch zu diesen Pflichten stände. So liegt die Aufgabe, als Juden und nur als Juden Stellung in diesem Kriege zu nehmen, vor allem den Juden der neutralen Länder ob; sie sind verpflichtet, in diesen Monaten Sprecher und Führer der jüdischen Gesamtheit zu sein und, unbeeinflußt von jeglicher anderen Rücksicht, als Juden diesen Krieg zu erleben, zu beurteilen und Stellung zu nehmen. An sie darum wendet sich diese Schrift in erster Reihe; denn ihr Zweck ist kein anderer als eben der, die Lage der Juden in diesem Kriege zu beleuchten und die daraus sich ergebenden Folgerungen für unser Verhalten als Juden zu ziehen.

Viele unter uns meinen, für uns Juden gebe es in diesem Kriege nur einen Standpunkt: den der Neutralität. Wir hätten als Juden kein besonderes Interesse an dem Siege einer der beiden Parteien, müßten vielmehr den Krieg als solchen ablehnen und verabscheuen, und könnten nur den einen Wunsch haben, daß er möglichst bald zu Ende gehe. Diesen Neutralitätsstandpunkt halten wir für richtig, insofern er die jüdischen Organisationen betrifft, vor allem diejenigen internationalen Charakters. Sie sind — schon um ihrer Selbsterhaltung willen — verpflichtet, ihre Neutralität streng und gewissenhaft zu wahren; denn jegliche erklärte Stellungnahme für eine der beiden Mächtegruppen müßte mit Notwendigkeit den Abfall der in den Staaten der anderen Gruppe wohnenden Mitglieder nach sich ziehen, wie es der Fall der „Alliance Israélite Universelle“ beweist, deren deutsche Mitglieder vor einiger Zeit ausgetreten sind, weil der Sekretär der Alliance in Paris sich zur Verbreitung eines französischen Sympathieaufrufs verleiten ließ.

So berechtigt und unerläßlich also der Neutralitätsstandpunkt für die jüdischen Organisationen ist, so unberechtigt scheint er uns für den einzelnen Juden zu sein. Ganz abgesehen von der Frage, ob in die-

sem ungeheuren Kampfe, in dem über das Schicksal unserer Kultur und die Zukunft Europas für lange Zeit hinaus entschieden wird, eine völlige Neutralität überhaupt für irgendwelchen Kulturmenschen, der teil hat an unserer Kultur, möglich und sittlich zulässig ist; ganz abgesehen davon scheint uns aus jüdischen Gründen ein Jude in diesem Kriege nicht neutral sein zu dürfen. Neutral sein darf nur einer, der durch kein Interesse mit diesem Kampf verknüpft ist, für den es in der Tat völlig gleichgültig ist, ob die eine Gruppe siegt oder die andere, der also in seinem Dasein und seiner Zukunft ganz außerhalb der Sphäre steht, innerhalb welcher dieser Krieg ausgefochten wird. Wir Juden aber stehen mitten drin in dieser Sphäre. Gewiß, es ist richtig, daß wir an dem Ausbruche dieses Krieges völlig unbeteiligt sind, daß der Krieg als solcher, in seinen Entstehungsgründen und Zwecken nichts mit unserer Lage, unserer Geschichte und unserer Zukunft zu tun hat, daß er nicht unser Krieg ist. Aber nun, da er einmal da ist, sind wir an ihm in ebenso starkem Maße beteiligt und interessiert wie alle anderen europäischen Nationen. Nicht nur, daß hunderttausende Juden in allen Heeren kämpfen, daß niemand von den kriegerischen Operationen so getroffen wurde und wird wie die osteuropäische Judenheit, kann auch der Ausgang des Krieges für uns nicht gleichgültig sein. Wir, die wir in allen europäischen Ländern leben, deren Dasein darum mit dem Schicksal dieser Länder verknüpft ist, können nicht uninteressiert sein, wie sich die Zukunft Europas gestalten wird. Politisch und wirtschaftlich, für unser Dasein als Einzelbürger wie als Gemeinschaft wird der Ausgang des Krieges und die durch ihn bedingten Wirkungen von folgenschwerer und grundlegender Bedeutung sein. Darum ist Neutralität für uns unmöglich, ebenso unmöglich wie sie in Wahrheit auch für jeden einzelnen Bürger der neutralen Staaten ist. Schweden, Norwegen, Holland, die Schweiz, sie mögen als Staaten noch so korrekte Neutralität üben; jeder einzelne Bürger aber weiß sehr wohl, daß für sein Vaterland der Ausgang des Krieges nicht gleichgültig sein kann, daß er darum als Sohn seines Vaterlandes bestimmte Wünsche, Hoffnungen und Sympathien haben muß. In gleicher Weise muß auch jeder einzelne Jude, mögen wir als Gesamtheit sowie in unseren Einzelorganisationen neutral sein,

Stellung nehmen zu den beiden kämpfenden Gruppen und sich seine Sympathien und Wünsche betreffs des Ausganges des Krieges bilden.

Welches sind nun die Gesichtspunkte, nach denen wir als Juden unsere Stellungnahme finden können? Es ist selbstverständlich, daß es nur Gesichtspunkte unserer jüdischen Politik sein können. Und so tut es vor allem not, die beherrschenden Gedanken und Leitziele, die aller jüdischen Politik zugrunde liegen müssen, klarzustellen, tut es not, die großen Interessen und Forderungen unseres jüdischen Daseins zu erkennen, will man die Gesichtspunkte finden, die unsere Stellungnahme bestimmen müssen. Bei dieser Klarstellung der Leitgedanken der jüdischen Politik wollen wir von allen Sonderbestrebungen und Spezialwünschen der einzelnen jüdischen Parteien und Richtungen absehen und nur die Forderungen und Ziele darlegen, in deren Anerkennung alle jüdischen Parteien sich einig sein können, weil sie nicht bestimmten Parteiprogrammen entsprechen, sondern aus der Situation des gesamten Volkes und den elementaren Grundbedürfnissen seiner Existenz sich ergeben.

Eine Forderung muß da allen anderen vorangestellt werden, weil sie für alle anderen die Voraussetzung bildet: die Forderung unserer bürgerlich-politischen Gleichberechtigung. Diese Forderung heute, hundert Jahre nach der Emanzipation der Juden in den westeuropäischen Ländern, irgendwie noch zu begründen, hieße gegen unsere Würde verstoßen. Sie darf als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden, deren Berechtigung innerhalb eines Staates, der den Namen eines modernen Kulturstaates tragen will, von niemand mehr theoretisch bezweifelt wird. Um so größer sind noch die praktischen Hemmnisse, die der Durchführung des Prinzips im Wege stehen. Diese zu beseitigen und unsere politisch-bürgerliche Gleichberechtigung in allen Ländern restlos und uneingeschränkt durchzusetzen, muß das erste große Ziel aller jüdischen Politik sein.

Allein damit hört das Programm der jüdischen Politik noch nicht auf; damit fängt es erst an. Die Forderung unserer bürgerlichen Gleichberechtigung ist ja nicht so sehr eine jüdische als vielmehr eine allgemein menschliche Forderung sittlicher und kultureller Natur. Ihre Erfüllung bedeutet, recht gesehen, noch nichts Positives für uns als

Juden, sondern lediglich die Beseitigung von etwas Negativem; sie gibt uns noch keinerlei besondere Rechte, sondern beseitigt nur unsere Rechtlosigkeit. Und darum muß unser zweites beherrschendes Interesse darin bestehen, dafür Sorge zu tragen, daß wir überall als Juden leben können, daß man uns die Pflege unserer jüdischen Eigenart und die Wahrung unserer Traditionen nicht erschwert oder gar verwehrt. Dieses Interesse besteht in erster Reihe für die osteuropäische Judenheit, die noch in kompakten Massen zusammenwohnt, und die noch bis zum heutigen Tage ihre eigene Kultur bewahrt und fortentwickelt hat. Daß ihr auch in Zukunft die Möglichkeit zur Bewahrung ihres jüdischen Eigenlebens gewährt wird, daß die Ostjuden frei und uneingeschränkt, nicht nur bürgerlich gleichberechtigt, sondern auch als Juden existieren können, dies zu erreichen muß das zweite große Ziel der jüdischen Politik sein.

Zu diesen beiden tritt noch ein dritter Gesichtspunkt, der die jüdische Politik bestimmen muß. Es ist bekannt, daß vor dem Kriege eine große jüdische Emigrationsbewegung bestand, auf deren vielfältige Ursachen einzugehen hier nicht der Platz ist. Diese Emigration wird auch nach dem Kriege fortdauern, infolge der furchtbaren Verwüstungen der westrussischen Gebiete durch die kriegerischen Operationen wahrscheinlich noch in verstärktem Maße. Und es ist klar, daß damit der jüdischen Politik die Aufgabe erwächst, sich um diesen bedeutsamen Prozeß zu kümmern und für seine Regulierung und Einordnung Sorge zu tragen. Vor allem wird es not tun, für diesen Auswandererstrom die geeigneten Einwanderungsländer zu finden, Länder, in denen die jüdischen Emigranten wirtschaftlich existieren können, politisch gleichberechtigt sind und ihre jüdische Kultur fortentwickeln können. So wird das Problem der jüdischen Emigration zum dritten großen Gesichtspunkt der jüdischen Politik. Vom Standpunkt dieser drei beherrschenden Leitgedanken — Gleichberechtigung, Ostjudenfrage und Emigrationsproblem — wollen wir nun versuchen, unsere Stellungnahme als Juden in diesem Kriege zu finden und zu bestimmen.

Erstes Kapitel.

Die Frage der jüdischen Gleichberechtigung.

I. Unser Feind Rußland.

Überblickt man die europäischen Staaten vom Gesichtspunkt unserer bürgerlich-politischen Gleichberechtigung, so erkennt man sofort, daß sie in zwei Gruppen zu scheiden sind: auf der einen Seite stehen sämtliche mittel- und westeuropäischen Staaten, in denen die Juden rechtlich und verfassungsgemäß volle Gleichberechtigung besitzen, auf der anderen steht Rußland, in dem sie bis heute politisch entrechtet und Ausnahmegesetzen unterworfen sind, in dem sie verfolgt und mißhandelt werden, in dem Pogrome und Ritualmordprozesse an der Tagesordnung sind. Wäre diese Gegenüberstellung — die nicht nur vom jüdischen Gesichtspunkt, sondern darüber hinaus vom Standpunkt der gesamten europäischen Kultur die allein richtige und vernünftige ist — auch für die allgemeine politische Situation maßgebend, dann bedürfte unsere politische Stellungnahme als Juden wohl auch nicht eines Wortes der Beleuchtung und Untersuchung. Es wäre vielmehr für jeden Juden ganz selbstverständlich, daß er mit all seinen Sympathien auf der Seite der Gegner Rußlands stehen und nichts sehnlicher herbeiwünschen müßte als eine Niederlage des Zarenreiches. Wodurch die gegenwärtige Situation der Judenheit jedoch erschwert, wodurch die Klarheit und Sicherheit ihrer Stellungnahme getrübt wird, das ist vor allem die unnatürliche, sinnlose und vom Standpunkt der höheren Kulturgemeinschaft Europas verderbliche politische Konstellation, die die Weststaaten England und Frankreich mit Rußland zusammengekoppelt hat. Dieses Bündnis ist es, was viele Juden in ihrem Urteil stutzig und unentschieden macht. Denn heißt nicht gegen Rußland Stellung nehmen, es zugleich auch gegen die Entente in ihrer Gesamtheit zu tun? Und haben wir als Juden Grund, die Niederlage der Weststaaten zu wünschen? Und vor allem: Mildert nicht das Bündnis mit England und Frankreich die Rückständigkeit des Zarenreiches, liegt nicht hierin eine

Art von Bürgschaft für den Fortschritt Rußlands und damit auch für die Gleichstellung seiner jüdischen Bürger? Und im Zusammenhang mit diesen scheinbar „mildernden Umständen", die die natürliche jüdische Antipathie gegen Rußland abschwächen und beschwichtigen mögen, tritt dann noch gewöhnlich ein anderer Gesichtspunkt auf, der die entschiedene Stellungnahme gegen Rußland hemmt, die antisemitischen Erscheinungen im öffentlichen Leben Deutschlands. Wenn in Rußland die Juden entrechtet sind, enthält man ihnen nicht auch in Deutschland so manche Rechte vor? Stehen sie nicht hier viel ungünstiger da als in den Weststaaten? Wenn man also aus jüdischem Instinkt schon gegen Rußland ist, kann man da als Jude ohne weiteres für Deutschland und die Zentralmächte eintreten?

Dies sind die beiden Momente, die eine klare und entschiedene Stellungnahme der Juden hemmen. Eins steht nun von vornherein fest: wir können keinesfalls rückhaltslos mit unseren Sympathien auf seiten der Entente stehen, denn zu ihr gehört auch Rußland, und welcher Jude, der noch eine Spur jüdischen Empfindens hat, könnte einen Sieg Rußlands herbeiwünschen? Andererseits scheinen aber die erwähnten beiden Gesichtspunkte: das Bündnis Rußlands mit den Weststaaten und der Antisemitismus in Deutschland, auch unsere Stellungnahme für die Zentralmächte unmöglich zu machen. Also? Zwischen beiden Parteien lavieren wäre von allen Haltungen die verwerflichste: politisch wie moralisch. Stellung müssen wir nehmen und Stellung können wir nehmen; denn beide Momente, die unsere instinktiv natürliche Stellungnahme, wie sie durch unsere Antipathien gegen Rußland gegeben sind, hemmen könnten, sind nur Scheingründe und halten einer näheren Betrachtung und Kritik nicht stand. Das soll im folgenden gezeigt werden.

II. Der Antisemitismus in Deutschland.

Beginnen wir mit dem weniger wichtigen der beiden Argumente: dem deutschen Antisemitismus. Es ist eine Tatsache, die kein Jude bestreiten darf und kein Deutscher bestreiten wird, daß im öffentlichen Leben Deutschlands mannigfache Äußerungen des Antisemitis-

mus wahrzunehmen sind. Es ist eine Tatsache, daß in Deutschland vor dem Kriege Juden bis auf wenige Ausnahmefälle keine Offiziere wurden, daß ihnen der Zutritt zur Beamtenlaufbahn fast unmöglich gemacht, zur Richter- und Dozentenkarriere erschwert wird, daß die große und mächtige konservative Partei einen antisemitischen Passus in ihrem Programme hat, kurzum, daß in so manchen Dingen der jüdische Staatsbürger in Deutschland seines Judentums wegen zurückgesetzt wird. Und es ist unter solchen Umständen ein verständliches Argument, wenn demgegenüber auf die günstigere Stellung der Juden in Frankreich und England hingewiesen wird. Dieses Argument erhält auch eine historische Stütze durch die Tatsache, daß in Frankreich die Juden früher emanzipiert worden sind als in Deutschland, woraus dann von französischer Seite oft schon das Verdienst hergeleitet ward, den Gedanken der Gleichberechtigung der Juden überhaupt erst in die Welt gesetzt zu haben, so daß es gewissermaßen den Juden aller Länder gegenüber einen Anspruch auf Dankbarkeit und Liebe besitze.

All diese Tatsachen sind durchaus richtig. Dennoch aber wäre die schlagwortmäßige Gegenüberstellung von Deutschland als dem Lande des Antisemitismus und Frankreich als dem Lande der Emanzipation durchaus unberechtigt. Zunächst ist es eine historische Ungenauigkeit, daß Frankreich die Gleichberechtigung der Juden zuerst durchgeführt habe, vielmehr wurde sie in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie in Holland schon früher proklamiert. Auch der Gedanke selbst ist kein spezifisch französischer, sondern war nur eine notwendige Folge der freigeistigen und liberalen Ideen des 18. Jahrhunderts und wurde in Deutschland von den Anhängern des Fortschritts ebenso vertreten wie in Frankreich. Es ist beispielsweise bekannt, daß Graf Mirabeau, als er den Antrag auf Erteilung der Gleichberechtigung an die Juden in der französischen Nationalversammlung begründete, sich in seiner Begründung des Antrags vor allem auf die Schrift des deutschen Historikers Dohm (eines Freundes Moses Mendelssohns) stützte, in der dieser den Gedanken der jüdischen Emanzipation warm verteidigt hatte. Daß die Emanzipation selbst in Frankreich früher durchgeführt ward als in Deutschland, lag einfach in dem Umstande begründet, daß die Einführung der Konstitution und die Re-

formierung des Staatswesens nach den modernen Prinzipien in Frankreich eben früher vor sich ging als in Deutschland. Als sie in Preußen durch Stein erfolgte, da ward auch sofort die Emanzipation der Juden verkündet. Noch ein anderes Moment darf beim Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich nicht vergessen werden. In Frankreich wurden die Juden von Anfang an einzig und allein als Menschen und als Bürger emanzipiert; für ihr Sonderdasein als Juden hatte man sowohl damals als auch heute sehr wenig Verständnis. Schon in der Nationalversammlung, die die Gleichberechtigung der Juden aussprach, erklärte der Abgeordnete Clermont-Tonnere: „Die Juden als Menschen verdienen alle Rechte, die Juden als Volk keine!" In der Erteilung der Gleichberechtigung in Frankreich lag somit die Erwartung, mehr, die Forderung ausgesprochen, daß sie ihre jüdische Sonderart aufgeben und ganz und gar im Franzosentum aufgehen würden, was denn auch zum größten Teile geschehen ist. Hingegen erkannte man in Deutschland von Anfang an das Recht der Juden auf ihre Eigenheiten und Traditionen an, und bis zum heutigen Tage kommen die regierenden Kreise Deutschlands allen religiösen Forderungen der Juden mit außerordentlichem Verständnis entgegen.

Weitaus wichtiger als diese historische Argumentation ist aber diejenige, die auf den deutschen Antisemitismus von heute verweist. Aber auch hier ist eine einseitige Gegenüberstellung von Deutschland und Frankreich unmöglich. Was zunächst die Theorie des Antisemitismus betrifft, so haben an ihr französische Schriftsteller ebenso Anteil wie deutsche; Gobineau und Renan dürfen in dem gleichen Grade als die geistigen Väter des Antisemitismus angesprochen werden wie Treitschke und Chamberlain, der überdies von Geburt Engländer ist; und Drumonts „Les juifs en France" ist ein antisemitisches Hetzbuch, das von den Pamphleten eines Theodor Fritsch nicht übertroffen wird. Hingegen wird man in Deutschland von heute kaum Namen von Schriftstellern und Dichtern von der Bedeutung eines Brunetière, Lemaître, Barrés, Bourget in Frankreich finden, die in so offenkundiger und gehässiger Weise wie diese ihren Antisemitismus bekundet haben. Daß aber auch die antisemitischen Instinkte der breiten Massen in Frankreich sehr leicht wach werden können, hat wohl

der Dreyfusprozeß zur Genüge bewiesen. Wenn dennoch die Zurücksetzung der Juden im öffentlichen Leben, in der Offizier- und Beamtenlaufbahn, in Deutschland häufiger und stärker ist als in Frankreich, so liegt der eigentliche Grund nicht etwa in einer stärkeren antisemitischen Gesinnung des deutschen Volkes, sondern in dem Umstande, daß Deutschland, vor allem Preußen, noch heute in seiner sozialen Struktur gebundener, traditionaler, weniger demokratisiert ist als die Weststaaten. Die Ausübung der Staatsgewalt liegt noch heute in Preußen-Deutschland in einem stärkeren Maße in den Händen der früher allein herrschenden Schichten des Adels und der Großgrundbesitzer, als dies in England und Frankreich der Fall ist. Daß aber diese Schichten sich zunächst gegen die Abgabe eines Teiles ihrer Macht an die anderen breiteren Volkskreise sträuben, ist historisch begreiflich und war in den Weststaaten nicht anders gewesen. Ein guter Teil der Ursachen, die nun den Zutritt der Juden in Deutschland zur Beamten- und Offizierslaufbahn bis heute erschwert haben, ist aber hier zu suchen; es ist das großenteils nichts anderes als eine besondere Ausdrucksform des allgemeinen Widerstandes, den die herrschenden Stände überall dem Emporsteigen der früher rechtlosen Schichten entgegensetzen, deren stärkste Vertreter sie — mit Recht — in den Juden sehen. Die Frage des Zurückdrängens des deutschen Antisemitismus ist darum mit in erster Reihe eine Frage einer stärkeren Demokratisierung Deutschlands. In dem Maße, als diese Demokratisierung, die restlose freie Öffnung der Bahn zur aktiven Mitwirkung an der Leitung und Verwaltung des Staates für alle Kreise des Volkes erfolgen wird, werden auch die Lücken der jüdischen Gleichberechtigung schwinden. Da aber eine solche Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland — die keinesfalls eine sklavische Nachahmung der westeuropäischen Demokratie bedeuten, sondern in völliger Wahrung der deutschen Eigenart erfolgen muß — nach dem Kriege zweifellos eintreten wird — darüber sind sich alle heute in Deutschland völlig klar —, darf man mit gutem Grund auf ein allmähliches Schwinden des deutschen Antisemitismus für die Zukunft rechnen.

Noch ein anderes Moment deutet auf eine immer stärkere Überwindung des deutschen Antisemitismus hin: die fortschreitende Ent-

wicklung des Landes zur weltpolitischen Betätigung. Für jeden Kenner der deutschen Verhältnisse ist es klar, daß der deutsche Antisemitismus in der inneren Politik zum großen Teil die Folge einer kleinlichen provinziellen politischen Gesinnung und Denkweise ist, mit eines der Überreste der alten verderblichen Kirchturmspolitik. In dem Grade, als das deutsche Volk Weltpolitik treiben, als es politisch großzügiger, weiter zu denken lernen wird, werden die inneren erbitterten, vielfach sehr kleinlichen Kämpfe zwischen den einzelnen Schichten und Klassen, und damit auch der Antisemitismus, an Heftigkeit und Bedeutung verlieren. Ein Volk, das große Weltpolitik treibt, hat an andere Dinge zu denken als an kleinliche antisemitische Nadelstichpolitik, und muß notwendigerweise dazu gelangen, auch in der Verwaltung seines Staates die Tüchtigkeit allein nach ihrem Werte zu würdigen, ohne danach zu fragen, ob der Träger als Jude oder Nichtjude geboren ist. Diese beiden Momente: die stärkere Demokratisierung im Innern und die weltpolitische Betätigung nach außen, stellen die bedeutsamsten inneren Wirkungen dar, die der Krieg für Deutschland nach sich ziehen wird; beide Momente aber wirken dem Antisemitismus entgegen und müssen eine immer stärkere Zurückdrängung desselben zur Folge haben.

Diese Ansicht hat vor einiger Zeit auch der deutsche Botschafter in Nordamerika, Graf Bernstorff, in einem Interview zum Ausdruck gebracht, das er einem Mitarbeiter der „New Yorker Staatszeitung", Dr. J. S. Melamed, gewährt hat, und das wir seiner symptomatischen Bedeutung wegen in seinen wichtigsten Teilen hier wiedergeben (zitiert auf Grund der Veröffentlichung im „Jüdischen Archiv", Nr. 1, S. 1—28):

„Was denkt man in Deutschland über die Leistungen der jüdischen Soldaten in diesem Kriege?" fragte Dr. Melamed den deutschen Botschafter. „Ich kann Ihnen nur sagen," antwortete Graf Bernstorff, „daß unsere jüdischen Soldaten sich glänzend schlagen. Sie sind tapfer, mutig und intelligent, und unsere Regierung weiß das zu schätzen. Bisher sind ungefähr 800 jüdische Soldaten mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden, und 200 jüdische Soldaten sind auf dem Schlachtfelde zu Offizieren ernannt worden." [1]) „Glau-

[1]) Das Interview fand wenige Monate nach dem Ausbruch des Krieges statt. Seitdem hat sich die Zahl der jüdischen Offiziere und Träger des Eisernen Kreuzes beträchtlich erhöht.

ben Exzellenz, daß der Eindruck, den diese kriegerischen Leistungen gemacht haben, irgendwelche politischen Folgen nach sich ziehen werden?" „Die Folgen sind schon jetzt sichtbar," antwortete Graf Bernstorff. „Vor dem Kriege genossen die deutschen Juden alle politischen und bürgerlichen Freiheiten, nur Offiziere konnten sie nicht werden. Nicht deshalb, weil die Regierung dagegen war, sondern weil sie von dem Offizierkorps nicht gewählt worden sind. Die Regierung konnte beim besten Willen nichts dagegen tun, weil unsere Offizierkorps in dieser Frage vollständig autonom sind. Jetzt sind aber im deutschen Heere etwa 200 Offiziere jüdischen Glaubens, mit anderen Worten, die Macht der Ereignisse hat sich stärker erwiesen als die Vorurteile des deutschen Offizierkorps. Da nun dieses bis jetzt existierende Vorurteil in nicht weniger als 200 Fällen gebrochen wurde, so darf man ruhig behaupten, daß das Vorurteil als solches überhaupt nicht mehr existiert. Sobald ein Regiment einen oder mehrere Juden zu seinen Offizieren zählt, wird in der Zukunft ein jüdischer Offiziersaspirant wegen seines Judentums nicht mehr abgewiesen werden können. Die jüdische Offiziersfrage in Deutschland kann als gelöst betrachtet werden."

Im Laufe der Unterhaltung ließ sich Graf Bernstorff über die soziale und politische Stellung der Juden in Deutschland aus: „Kein englischer oder amerikanischer Jude nimmt eine solche Stelle in seinem Lande ein, wie etwa Herr Ballin in Deutschland. Der Deutsche Kaiser nennt viele jüdische Heren seine Freunde. Bis jetzt ist es den Juden in Deutschland nicht schlecht gegangen. Sie hatten die Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen und intellektuellen Kräfte zu entwickeln und zu einem großen Faktor im Leben Deutschlands zu werden. Sie haben dank ihrer Energie und Begabung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens Großes geleistet und sich starke Positionen geschaffen. Es ist wahr, der Antisemitismus war weit verbreitet, aber nach dem Kriege wird der Judenhaß verschwinden, denn erstens wird das Volk nach dem Kriege viel demokratischer werden, und zweitens ist das deutsche Volk von der Treue der deutschen Juden zum Reich und von ihrer ehrlichen Anteilnahme am jetzigen Kriege überzeugt. Ich bin fest überzeugt, daß, soweit Deutschland in Betracht kommt, der Antisemitismus als abgetane Sache betrachtet werden kann. Nach dem Kriege wird die jüdische Emanzipation ganz und voll durchgeführt."

Diese Worte des bedeutenden Staatsmannes verdienen größte Beachtung. Sie zeigen, wie man in leitenden Kreisen Deutschlands vielfach über den Antisemitismus denkt, und bestätigen unsere Ansicht, daß er in der Zukunft immer mehr schwinden muß. Jedenfalls aber, dies geht wohl aus allem klar hervor, daß es nicht zu begründen wäre, wollten wir Juden den verschiedentlich noch vorhandenen Antisemitis-

mus in Deutschland zum irgendwie entscheidenden Gesichtspunkt unserer Stellungnahme machen. Sosehr wir die antisemitischen Erscheinungen im öffentlichen Leben Deutschlands bedauern, so scharf wir auch dagegen protestieren und ankämpfen müssen, so müssen wir uns doch vor Übertreibung hüten, Deutschland schlechthin als einen antisemitischen Staat anzusprechen und darum etwa gegen ihn Stellung zu nehmen. Der Antisemitismus in Deutschland — es kann nicht genug betont werden — ist eine Folge der stärkeren Herrschaft der alten, traditionalen, antidemokratischen Anschauungen und Lebensformen; im Wesen des modernen deutschen Staates liegt er keinesfalls begründet und muß mit der stärkeren Demokratisierung desselben schwinden.

Aber auch in seiner heutigen Form: wie könnte man ihn in Vergleich stellen zum Antisemitismus in Rußland? Die Gleichberechtigung der Juden ist in Deutschland ebenso anerkannt wie in den Weststaaten; in Rußland ist sie es nicht. Die Lage der Juden in Deutschland ist wirtschaftlich glänzend, und auch politisch besitzen sie eine achtunggebietende Macht; in Rußland ist sie politisch ebenso menschenunwürdig wie wirtschaftlich. Es wäre absurd, wollte man auf die Behauptung, unser schlimmster Feind sei Rußland, mit dem Hinweis erwidern, auch in Deutschland gäbe es antisemitische Erscheinungen. Der Antisemitismus in Rußland betrifft das Dasein und die Zukunft von 6 Millionen Juden; in Deutschland handelt es sich aber um die Frage, ob einige hundert Juden Offiziere und leitende Beamte werden können, eine Frage, die zwar prinzipiell bedeutsam, aber praktisch wirklich keine Daseinsfrage des jüdischen Volkes darstellt. Der Hinweis auf den deutschen Antisemitismus kann und darf uns in unserer Stellungnahme gegen Rußland keineswegs behindern oder irremachen.

III. Das Bündnis Rußlands mit den Weststaaten.

Wir gelangen nunmehr zum andern Argument, das scheinbar gegen diese Stellungnahme spricht, zu dem Hinweis auf das russische Bündnis mit den Weststaaten. Dieses, sagt man, trage die Bürgschaft für die Besserung der Lage der russischen Juden in sich. Und in der Tat, wäre dieses Argument berechtigt, so wäre es nicht bedeu-

tungslos. Denn auch hier glauben wir, daß wir Juden uns in unserer politischen Stellungnahme nicht durch Gefühle und Empfindungen — und seien sie auch noch so berechtigt wie die des Hasses gegen Rußland — bestimmen lassen sollen, sondern durch eine klare und nüchterne Erwägung unserer großen Interessen. Würde das Bündnis Rußlands mit den Weststaaten die Herbeiführung der Gleichberechtigung für die russischen Juden mit Sicherheit oder auch nur mit Wahrscheinlichkeit zur Folge haben, man könnte es verstehen, daß trotz aller Empörung über die Unsumme von Unrecht, das Rußland uns Juden angetan hat, dennoch Juden für die Entente eintreten könnten. Aber das ganze Argument ist nichtig und trägt auch nicht eine Spur von Berechtigung in sich. Das Bündnis Rußlands mit Frankreich und England ist ja nicht erst durch den Krieg geschaffen worden, sondern bestand schon Jahre vorher. Hätte es also in der Richtung einer Besserung der jüdischen Lage in Rußland gewirkt, so hätte sich diese Wirkung schon lange zeigen müssen. Was sehen wir aber statt dessen? Daß dieses Bündnis nur so gewirkt hat, daß England und Frankreich antisemitisch infiziert wurden, nicht aber Rußland in seiner Politik gegenüber den Juden humaner geworden wäre. Nicht die Weststaaten, sondern Rußland war in diesem Punkte der beeinflussende, tonangebende Teil; so daß dieses Bündnis den russischen Juden nicht nur nichts Gutes, sondern den französischen und englischen Juden nur Schaden gebracht hat. Diese Behauptung läßt sich durch viele Tatsachen beweisen; wir greifen hier nur einige der wichtigsten und charakteristischsten heraus.

1. Die Wirkung des Bündnisses auf England.

Beginnen wir mit England. Jahrzehnte hindurch richteten sich die Blicke der russischen Juden, wenn Druck und Verfolgung zu unerträglich geworden waren, nach England. Die englische Presse pflegte auch stets scharf und energisch gegen die Unterdrückung der russischen Juden aufzutreten, und die englischen Proteste fanden in dem auf den englischen Finanzmarkt angewiesenen Rußland auch stets Beachtung. In den letzten Jahren jedoch, seit dem Bündnis zwischen England und

Rußland, änderte sich das Bild. Die englische Presse wurde immer zurückhaltender, und ab und zu konnte man in den „Times" und der „Daily Mail" sogar ausgesprochen antisemitische Artikel lesen. Heute ist uns der Grund dieser Wandlung wohl bekannt. Wir wissen, daß Lord Northcliffe, der allmächtige Besitzer der „Times" und „Daily Mail", mit dem Hauptorgan der russischen antisemitisch-reaktionären Partei, der „Nowoje Wremja", in enge Verbindung getreten war, und daß zwischen beiden ein inniger geschäftlicher Konnex besteht. Lord Northcliffe hat einen großen Teil der Aktien der „Nowoje Wremja" erworben, und die „Times" begründeten eine besondere russische Beilage in englischer und russischer Sprache, die von der russischen Regierung durch reichliche Gelder unterstützt und auf den russischen Bahnhöfen als „amtlich" verkauft wird. Kein Wunder, daß die Blätter des edlen Lord seit dieser Zeit alle Sympathie für die russischen Juden verloren haben und im Gegenteil alles tun, um die Verbrechen der russischen Regierung zu entschuldigen.

Charakteristisch war die Haltung der „Times" im Beilisprozeß, der berühmten Kiewer Ritualmordaffäre. Wenn die Zeitung auch natürlich nicht umhin konnte, diesen von der russischen Regierung künstlich angezettelten Prozeß zu verurteilen, so gab sich doch ihr Spezialkorrespondent alle Mühe, den schlechten Eindruck, den die Affäre in allen Kulturländern machte, zu mildern. Von der Führung des Prozesses, die bekanntlich durchaus darauf ausging, willkürlich einen Ritualmord zu konstruieren, berichtet er, „sie sei gerecht und frei gewesen" („The trial has at least been full, fair and free", „Times" vom 11. November 1913). Dem Präsidenten des Gerichts, der den Prozeß in der parteiischsten Art geleitet hat, nannte er „eine Verkörperung unparteiischer Höflichkeit" („The President of the Court has throughout been the impersonation of impartial courtesy"; daselbst).

Diese judenfeindliche Haltung der „Times" und der anderen Blätter des Lord Northcliffe wurde im Kriege noch deutlicher und ausgesprochener. Dauernd und systematisch bringen sie antisemitische Notizen und Bemerkungen; so fügte die „Times" der Meldung vom Falle Libaus die Bemerkung hinzu: „Nachweislich durch jüdischen Verrat" (zitiert im „Jüdischen Archiv" Nr. 2 S. 16); anläßlich der Lusitaniaaffäre

schrieb das Blatt: „Die bedeutsamste Erscheinung ist die zügellose Freude Hamburgs und der jüdischen Finanzpresse im allgemeinen über die Zerstörung eines so wichtigen Schiffes und eines so verhaßten Nebenbuhlers" (zitiert in der „Jüdischen Presse" Jahrg. 1915, Nr. 13/14).

Wie weit aber die Übernahme russischer Methoden und Ansichten in jüdischen Dingen innerhalb der englischen öffentlichen Meinung bereits fortgeschritten ist, beweist in einer geradezu erschreckenden Weise das Verhalten eines der bekanntesten englischen Schriftsteller, des russischen Korrespondenten der „Times", Mr. Stephen Graham. Dieser Herr, einer der besten Kenner Rußlands in England, der seit Jahren schon für ein inniges Bündnis zwischen England und Rußland eintritt, hat während des Krieges ein Buch: „Russia and the World" veröffentlicht, das seine Landsleute über das Wesen Rußlands aufklären soll. In diesem Buche, das in England eine außerordentliche Verbreitung gefunden hat und eine Verherrlichung des Zarenreiches als der Quelle zur Gesundung des verderbten Europas darstellt, widmet er ein Kapitel der Judenfrage, das auf eine Rechtfertigung des russischen Antisemitismus hinausläuft. „Die Juden", meint Herr Graham, „sind immer eine große Gefahr für die Russen gewesen. Man darf behaupten, daß, wenn die Revolution gelungen wäre, oder wenn all den Nationalitäten Freiheit gewährt würde, die Juden Rußland überfluten würden, und die gesamte weltliche Macht in ihre Hände fallen würde" (S. 135). Die wahre Ursache des russischen Antisemitismus ist nach der Meinung des Herrn Graham „der fundamentale Gegensatz des jüdischen Charakters zu allem, was am Slawen am wertvollsten ist" (S. 139). Darin gleiche der Jude dem Tataren, denn „der Tatare im Russen ist ein dem Juden ähnlicher Typus, und in der Tat glauben viele, daß die russischen Juden nicht Hebräer, sondern einfach die Nachkommen von zum Judentum übergetretenen Tataren seien. Wie diese, ist der Jude ein Gift für Rußland" (S. 139). „Die Juden mit ihrer Begabung für den Handel, ihrer Sympathie für das Westlertum und ihrer Verachtung des Mystizismus bedrohen das russische Ideal. Man glaubt von den Juden, daß sie ungeheure Vermögen durch zweifelhafte Mittel sich erwerben, und die Russen rächen sich in schwacher Weise, indem sie schweren Tribut von ihnen erpressen, wenn sie können. . . . Sie sind

zu geschickt für die Russen. Die Folge ist, daß keine umfassende gesetzliche Maßnahme gegen sie ergriffen wird, die geeignet wäre, ihren Praktiken ein Ende zu machen. Das Resultat dieser russischen Machtlosigkeit ist Zorn und Unmut bei den Anständigeren und flammende Wut bei den Bestechlichen. Wegen all dieser Dinge, die zwischen dem Juden und dem Russen nicht geregelt und aus der Welt geschafft werden können, nimmt der letztere Zuflucht zu zügellosen Massakres, zu Ritualmordaffären und ähnlichem" (S. 140).

Man sieht, es ist ein wohlausgebautes System völliger Rechtfertigung des russischen Antisemitismus, das Herr Graham hier bietet. Und es ist so nur konsequent, daß er auch den Kiewer Ritualmordprozeß zu entschuldigen sich bemüht. Zwar gibt auch er zu, daß Beilis unschuldig war; aber, meint er, „die Wahrscheinlichkeit besteht, daß ein Jude das Verbrechen begangen hat" (S. 136), während der Prozeß es völlig klar erwiesen hat, daß die russische Hehlerin Tscherberjak die wirkliche Mörderin gewesen war. Herr Graham geht jedoch noch weiter und hält die Existenz des Ritualmordritus unter gewissen jüdischen Sekten für gar nicht unmöglich. „Wenn unter den ungebildeten und wilden Juden, die in den entfernteren Teilen des Rayons wohnen, dunkle Sekten existieren sollten, in deren Riten Kinderopfer, Molochanbetung und ähnliches geübt wird, so ist das eine Kuriosität unter den Religionen des heutigen Europas" (S. 136).

Als guter Kenner der Verhältnisse weiß dann Herr Graham auch, daß keine Besserung der Lage der russischen Juden zu erwarten ist. „Viele denken," sagt er, „daß Rußland den Juden Emanzipation versprochen habe, aber selbstverständlich hat es dies nicht getan" (S. 141); und in einem Gespräch mit dem englischen Lord-Oberrichter Sir Rufus Isaacs antwortete er auf die Frage, ob etwas für die Besserung der Lage der Juden in Rußland nach dem Kriege zu erhoffen sei: „Nicht sehr viel. Sie werden nicht die Möglichkeit erhalten, überall hinzuziehen, wohin sie wollen. Die russische Kirche, ohne zu schwanken, ist gegen die Juden, und der Hof selbst, wie Sie wissen, besitzt nicht nur keinerlei Toleranz für sie, sondern ist bereit, alles, was gegen sie vorgebracht wird, zu glauben, selbst Dinge wie den Ritualmord beispielsweise" (S. 144).

Diese Ausführungen des autoritativen englischen Schriftstellers und Sachkenners russischer Verhältnisse zeigen am klarsten, welche Folgen das englisch-russische Bündnis für die Stellungnahme eines sehr einflußreichen Teiles der englischen öffentlichen Meinung zur Judenfrage bereits gehabt hat. Die Lage der Juden in Rußland ist nicht im geringsten besser geworden, aber in England ist es bereits so weit gekommen, daß eine der ersten Autoritäten für russische Fragen, der Korrespondent der „Times", den russischen Antisemitismus billigt und selbst das Ritualmordmärchen verteidigt.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen auch von der englischen Regierung nichts für die russischen Juden zu erwarten ist. Daß sie bisher auch nur den geringsten Schritt zur Besserung ihrer Lage getan hätte, ist nicht bekannt; zahlreiche Petitionen englisch-jüdischer Organisationen, einen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen, hat Sir Edward Grey stets mit der Begründung abgelehnt, die Judenfrage sei eine innere Angelegenheit Rußlands, in die er sich nicht hineinmischen könne, und noch während des Krieges hat der Unterstaatssekretär im „Foreign Office", Lord Robert Cecil, eine jüdische Deputation im gleichen Sinne beschieden. Statt irgendwie auf die russische Regierung im Sinne einer Besserung der jüdischen Lage einzuwirken, hat die englische Regierung vielmehr für die Behandlung der in England wohnenden russischen Juden die russischen Methoden akzeptiert und bedroht sie mit zwangsweiser Ausweisung und Rücktransportierung nach Rußland, falls sie sich nicht freiwillig zum Heeresdienst melden. Angesehene englische Politiker — so Lord Sheffield, Lord Loreburn u. a. —, denen die alten englischen Ideale des Liberalismus und der Freiheit noch heilig sind, haben im Unter- und Oberhause gegen diese brutalen Maßnahmen ihrer Regierung protestiert und sie als einen Verrat an den besten Traditionen der englischen Geschichte bezeichnet. Ob ihr Protest aber Erfolg haben wird, ist noch sehr zweifelhaft; der Wunsch, Rußland in allem zu Gefallen zu sein, ist heute eben stärker in England als die Erinnerung an seine liberalen Traditionen.

Sollte aber jemand noch irgendwelche Hoffnungen auf die englische Regierung setzen, so möge er sich an dem Fall des Herrn Zangwill eine Lehre nehmen, der zu Beginn des Krieges von

Sir Edward Grey empfangen wurde und von ihm das Versprechen erhielt, England werde eine Besserung der Lage der russischen Juden herbeiführen, worauf er die Juden aller neutralen Länder zur Unterstützung der Entente aufrief. Sehr bald aber mußte sich dieser politisch leicht beeinflußbare, aber aufrichtige und von warmer Liebe zu seinem Volke erfüllte jüdische Dichter davon überzeugen, daß die Worte Sir Edwards eben nur Worte waren, und seitdem tritt er mit Eifer gegen das englisch-russische Bündnis auf, das er als ein Unglück und eine Schmach für England bezeichnet, wofür er sich von der englischen Presse die heftigsten Angriffe gefallen lassen muß. Der „Globe" wirft ihm vor, den jüdischen Interessen zuliebe die englischen zu verraten, und die Zeitschrift „The New Witneß" erklärte: „Der Patriotismus ist eine Eigenschaft, welche die Rasse des Herrn Zangwill verloren hat." Selbst die englische Regierung tritt gegen ihn auf und hat erst vor einiger Zeit eine Aufführung seines Dramas „The Melting Pott", in dem auch von den Leiden der russischen Juden die Rede ist, auf Ersuchen der russischen Regierung verboten.

Wie es Zangwill ergangen ist, wird es all jenen Juden ergehen, die in naivem Vertrauen von England eine Besserung des furchtbaren Schicksals der russischen Juden erwarten. Für jeden aber, der nicht blind sein will gegen die Lehren der Wirklichkeit, muß es klar sein, daß alle solche Erwartung nur eitle Illusion ist, und daß das Bündnis Rußlands mit den Weststaaten nicht Rußland in günstigem, judenfreundlichem, sondern England und Frankreich in ungünstigem, antisemitischem Sinne beeinflußt hat.

2. Die Wirkung des Bündnisses auf Frankreich.

England und Frankreich! Denn ein gleiches Bild wie England zeigt auch Frankreich. Auch die französische Presse hütet sich seit dem Bündnis mit Rußland, irgendwie für die russischen Juden einzutreten, und lediglich die sozialistischen Zeitungen, die das Bündnis überhaupt stets bekämpft haben, wagten es, gegen die russische Judenverfolgung zu protestieren. Charakteristisch für das Verhalten der gesamten übrigen französischen Presse ist die Haltung des „Journal des Débats" im

Beilisprozeß. Die Zeitung brachte es fertig, über den Prozeß, der fast 6 Wochen hindurch die gesamte Welt in atemlose Spannung hielt, in vier kurzen Telegrammen zu berichten, ohne auch nur während der ganzen Zeit ein Wort des Protestes und der Verurteilung zu finden. Und in dieser Weise wurden in Frankreich systematisch alle Verfolgungen und Gewalttaten der russischen Regierung gegen ihre jüdischen Untertanen verschwiegen. In welch erschreckendem Umfang aber die antisemitischen Methoden Rußlands seit dem Bündnis Frankreich bereits infiziert haben — wo sie übrigens nie ganz verschwunden waren, wie der Dreyfusprozeß und die antisemitisch-klerikal-royalistische Bewegung zeigt —, dies offenbarte sich in geradezu furchtbarer Weise während des Krieges in dem Schicksal der russischen Juden in Frankreich.

Es ist bekannt, daß sich in den letzten Jahren in Frankreich, vor allem in Paris, eine große Zahl russischer Juden niedergelassen hatte, meist solche, die infolge der Verfolgungen in Rußland auswandern mußten. Schon vor dem Kriege hatten französische Zeitungen häufig gegen die Zulassung dieser jüdischen Flüchtlinge Stellung genommen. Während des Krieges jedoch setzte eine dauernde und systematische Hetze gegen sie ein, an der sich nicht nur die ausgesprochen antisemitischen Blätter, sondern auch andere, zum Teil führende Zeitungen beteiligten. So schrieb der „Petit Parisien" vom 11. Juni 1915: „Diese Leute — die jüdischen Verkäufer auf dem carreau du Temple — sind eine wahre Plage; sie haben sich erst schüchtern bei uns hineingeschlichen, und nun wimmelt es von ihnen. Welches ist ihre Nationalität? Ich rate euch nicht, es zu wissen; sie behaupten, sie seien alle Russen. Sind es polnische Juden? Das ist möglich. Österreicher, Türken? Das ist wahrscheinlich. Keine Papiere können ihre Identität beweisen. Diejenigen von ihnen, die jung sind und voll von Kraft und Gesundheit sind, sind nicht mobilisiert worden und werden es auch nicht. Also, unsere Leute müssen sich töten lassen, damit Ausländer wie diese es sich bei uns behaglich machen und Geld verdienen!" Diese Hetze fand Unterstützung von seiten der Behörden, und die russischen Juden wurden vor die Wahl gestellt, entweder in die Fremdenlegion einzutreten oder in Konzentrationslager zu gehen oder aber Frankreich zu verlassen.

Ein Teil von ihnen war schon früher, freiwillig, in die Fremdenlegion eingetreten; wie es ihnen da ergangen ist, davon berichtet der Brief eines dieser Freiwilligen, namens Litwak — er ist im Kampfe bei Arras gefallen —, den Gustave Hervé in seiner „Guerre sociale" (heute „Victoire") vom 20. Juni 1915 in einem Artikel, überschrieben „Zur Beschämung der Antisemiten", veröffentlicht hat. Wir geben hier die wichtigsten Stellen daraus wieder (zitiert nach dem „Jüdischen Archiv" Nr. 2 S. 18—21 und der „Jüdischen Rundschau" vom 31. Juli 1915):

„Aus dem Brief des gefallenen Litwak, an einen Landsmann, den er nicht persönlich gekannt, aber durch Briefe kennen gelernt hat, welche an Kameraden an der Front gerichtet waren.

Guten Tag, unbekannte Freunde!

Am Vorabend einer Schlacht, da mich Gefühle erfüllen, die ich kaum erklären kann, fühle ich das Bedürfnis, Euch einige Worte zu schreiben. Ich empfinde instinktiv, daß ich auf dem Felde bleiben werde, und daß ich niemals die schöne Erde, die Sonne und den blauen Himmel wiedersehen werde; meine Seele ist voll Angst. Nein, ich werde weder meine Frau noch mein Kind noch meine Freunde wiedersehen, und wenn es mir in diesem Augenblick unmöglich ist, den fernen Lieben zu schreiben, so genügt die Feder doch für Worte an Freunde, die ich zwar nicht kenne, aber die mir doch lieb sind. Ich werde Euch alles sagen, was die Seele erfüllt, wenn man weiß, daß man seine letzten Stunden lebt, während die Kanonen dröhnen, inmitten aller Schrecken des Krieges. Und je ängstlicher die Seele ist, um so stärker ist der Wille, daß alle Welt sehen soll, wie Juden für die Freiheit, für ihr Ideal zu sterben verstehen.

Als wir, die jüdischen Kriegsfreiwilligen, herbeieilten in jenen Tagen, da die Republik von Gefahren umdroht war, Seite an Seite mit den anderen Bürgern, da hofften wir, bei den militärischen Behörden dieses Landes eine Aufnahme zu finden, die den Gefühlen entsprach, die uns geführt hatten. Wie bitter war unsere Enttäuschung! Während des ganzen Winters, während des langen und qualvollen Aufenthaltes in den Schützengräben waren die Qualen der Seele in jedem Augenblick unsere Begleitung. Bei jedem Schritt überlegte man argwöhnisch den Beweggrund unseres Handelns, und unser brennender Wunsch, unser Blut für Frankreich hinzugeben, wurde mit unserem Wunsche erklärt, die Soldatenkost zu essen. Oh, dieser verfluchte Kochtopf! Wie oft hat er uns schon angewidert, und wie teuer müssen wir ihn jetzt bezahlen. Was konnten wir in der ganzen Zeit antworten? Hört man denn hier auf Worte? Gab es denn hier einen einzigen Menschen, der sich die Mühe gab, unsere Seele zu erforschen, um uns zu verstehen? Nein, man betrachtete uns argwöhnisch, man mißtraut uns vielleicht. Und

wir stehen nun vor Arras: In einigen Stunden werden wir in den Kampf gehen, zu dem wir den Befehl erhalten haben! Sterben, aber nicht zurückgehen! Ich weiß, daß wir uns gut schlagen werden, daß wir mit freier Brust sterben werden (russischer Ausdruck), und daß wir aller Welt zeigen werden, daß die Juden stolz zu sterben verstehen. Aber ich habe an diesem schönen, vielleicht letzten Abend einen Wunsch: Euch meinen Seelenzustand zu schildern, den eines Juden, den man hier nicht versteht und den man nicht liebt. Wenn Ihr wüßtet, Ihr lieben unbekannten Freunde, wie oft ich Euch im Geiste für Eure Freundlichkeit gedankt habe, mir russische Zeitungen zu schicken. Und doch muß ich Euch gestehen, daß meine Dankbarkeit mit etwas Bitterkeit gegen Euch gemischt war, gerade wegen dieser russischen Zeitungen, denn teilen sie uns nicht die Schreckнisse mit, deren Opfer unsere Brüder sind, die dort in dem fernen Vaterlande zurückgeblieben sind? Alles, was Ihr in diesen Zeitungen freundlicherweise angestrichen habt, ließ uns geradezu das Herz erzittern und rief in uns den Wunsch nach Rache wach gegen — ich weiß nicht gegen wen —, jedenfalls gegen den, der diese furchtbare Ungerechtigkeit erfunden hat.

Oh, wir wären glücklich, wenn wir in einer französischen Zeitung ein Wort der Mißbilligung gegen so viel Ungerechtigkeit finden würden! Niemand, mit einer Ausnahme, wenn diese Stimme des einsamen, mutigen Mannes überhaupt gehört wird. Haben wir nicht alle unsere Pflicht getan, unsere ganze Pflicht? Und während der jüdische Soldat sein Blut auf den Schlachtfeldern dahingibt, werden seine Frau, seine Schwester, seine kleinen Kinder, bedeckt mit Schmach und Schande, von Haus und Hof vertrieben und füllen alle Straßen an mit ihrem Elend und ihrer Not. Diese Stellen, die Ihr mit dem Rotstift unterstrichen habt, scheinen mir, als seien sie mit dem Blute des jüdischen Soldaten unterstrichen.

Der Tod flößt uns keine Furcht ein, wenn wir daran denken, daß er nicht unbemerkt vorübergehen wird, daß für die verfolgte jüdische Rasse irgend etwas Gutes daraus folgen wird. Wir werden Frankreich zeigen, daß die Juden für ein Vaterland zu sterben verstehen, das keinen Unterschied zwischen seinen Söhnen macht. Entschuldigt diese Gemeinplätze, aber ich schreibe meine Gedanken aufs Papier, so wie sie kommen. Was mögen in diesem Augenblick meine Frau und mein Kind machen? Wissen Sie, daß ich in diesem Augenblick noch lebe und doch glücklich bin, für das edle republikanische Frankreich sterben zu dürfen, das aller Opfer würdig ist, denn es wird meine Frau und mein Kind nicht im Stich lassen, mein Kind, das ich selbst nicht mehr kenne. Mein teueres Kind, Dein Vater geht in den Tod für eine große Idee, und er hofft, daß dieselbe Flamme auch in Deinem Herzen lodern wird. Ihr werdet meine Kinder küssen und meine Frau trösten und ihr sagen, daß ihnen bei meinem Tode mein letzter Gedanke galt. Wie erscheint mir mein früheres Leben so fern! Wie viel Sentimentalitäten! Ich fühle mich

nur noch als Jude und als Soldat. In einer Stunde werden wir marschieren und werden sterben für Frankreich, für die Juden, für die Befreiung aller Juden. Es lebe die Freiheit, es lebe die Republik, es lebe das freie, edle und demokratische Frankreich!

Ich umarme Euch. Euer Litwak."

Zu diesen Briefen schreibt Gustave Hervé: „Ah! Man hat es ihnen schön gedankt! Eine Administration ohne Herz und ohne Hirn, deren einzige Entschuldigung war — im August —, daß sie den Kopf verloren hatte, hat sie nicht die Ungeheuerlichkeit begangen, für diese Geschöpfe voll Gefühl und Empfindsamkeit, die sich zusammengetan hatten, ohne je Soldaten gewesen zu sein, um eine Dankesschuld an das republikanische Frankreich zu zahlen, als Instrukteure und als Caders, — wen zu bestimmen? Korporale und Unteroffiziere der Fremdenlegion, von Algier und Marokko her an die Art der Behandlung gewöhnt, wie man sie den Bataillonen von Afrika, den Disziplinarsoldaten, den irgendwie Bemakelten und Entwurzelten aus all den Völkern zuteil werden läßt, die sich in Friedenszeiten als Söldlinge in unsere Legion einreihen lassen. Heldenmütiger Litwak, dessen letzten Brief, geschrieben am Vorabend seines ruhmvollen Todes in der Schlacht von Carency, in der Schlacht von 2000 anderen Juden wie du, ich hier veröffentlicht habe, verzeih diesen armen Unteroffizieren, die euch seit Monaten als ‚jüdische Schweinehunde' und ‚Suppenfresser' behandelten, euch, die ihr, ohne dazu verpflichtet zu sein, gekommen seid, in einer Stunde eines edlen Enthusiasmus, um euer adeliges Blut Frankreich zu schenken, das in euren Augen das Symbol aller Freiheiten und aller moralischen Größe war! Verzeiht ihnen, sie wußten nicht, was sie tun. Und man sollte nun wünschen, daß die russischen Juden, die wissen, wie man die ersten Freiwilligen ihrer Rasse behandelt hat, und die das schreckliche Drama kennen, das eben vorgestern die jüdische Legion so blutig heimgesucht hat — nicht weit von Carency —, ein Drama, von dem ich aus patriotischer Scham nicht sprechen will, aber das bereits die ganze jüdische Kolonie kennt —, man kann wünschen, daß diese russischen Juden sich in die Fremdenlegion einreihen lassen?"

Es ist ein furchtbares Schicksal, das uns dieser Brief enthüllt. Freiwillig ziehen diese jüdischen Soldaten für Frankreich in den Kampf,

in bewundernswertem Heroismus stürmen sie bei Carency in den Tod — von den 4000 jüdischen Soldaten der Brigade blieben 190 am Leben — und müssen sich zum Danke die Verleumdungen und Beschimpfungen der niedrigsten Art gefallen lassen. Aber es kam noch schlimmer. Als die jüdischen Soldaten Protest einlegten gegen die schmähliche Behandlung, der sie unterworfen wurden, wurden 9 von ihnen hingerichtet, 18 zu Zwangsarbeiten verurteilt; dies ist das schreckliche Drama, auf das Hervé in seinem Artikel anspielt, und von dem er „aus patriotischer Scham nicht sprechen will". (So berichten die „Jüdische Rundschau" vom 31. Juli 1915 und das „Jüdische Archiv" Nr. 2.) Wahrlich, Schlimmeres hätte sich auch in Rußland nicht ereignen können.

Während aber diese jüdischen Helden an der Front so Furchtbares erdulden mußten, ging die Hetze gegen die in Paris noch befindlichen Juden weiter. Auch diesmal war Hervé der einzige, der Mut hatte, für sie einzutreten. Der Artikel, den er in der „Guerre sociale" vom 18. Juli 1915 unter der Überschrift: „Der Kampf gegen die russischen Juden" veröffentlicht hat, gibt einen klaren Einblick in die antisemitischen Methoden der französischen Behörden. Wir geben den Aufsatz in seinen wichtigsten Teilen hier wieder:

„Der Kampf gegen die russischen Juden, die in Paris wohnen, dauert an. Der ‚Petit Parisien' teilt mit, daß er auf dem Polizeipräsidium und im Ministerium des Innern, wo er sich über diese Frage erkundigt hat, folgende denkwürdige Antwort erhalten hat: ‚Die israelitischen Russen sind in keiner Weise Gegenstand irgendwelcher Ausnahmebestimmungen. Gesetz ist Gesetz, sie müssen sich ihm unterwerfen, wie alle guten Bürger. Es geht nicht an, daß sie ihre militärischen Verpflichtungen nicht erfüllen; wenn sie sich auf ihre russische Nationalität berufen, so sollen sie in Rußland dienen. Um den Fall des Ungehorsams zu vermeiden, hätten sie dorthin schon vor der Kriegserklärung zurückzukommen sich bemühen müssen. Wollen sie in Frankreich dienen, so können sie nur in die Fremdenlegion gehen. Und, nebenbei bemerkt, wenn eine gewisse Anzahl von ihnen nach Algier geschickt worden ist, wo die gewöhnlichen Rekrutendepots der Fremdenlegion sich befinden, so dienen doch viele andere, bzw. haben gedient, in Orléans und in Südfrankreich in den Kriegsrekrutendepots. Wenn sie durchaus nicht Soldaten sein wollen, so gehören sie, wie andere Ausländer, in die Konzentrationslager. Jetzt, wo jeder in Frankreich seine Schuldigkeit tut, darf es für die russischen Juden keine Privilegien geben, so interessant sie sonst auch sein mögen.'

Wie, Gesetz ist Gesetz? Aber auf Grund von welchem französischen Gesetz — ich bitte den Minister des Innern und den Polizeipräfekten, sich daran zu erinnern, daß wir uns in Frankreich befinden, und daß in Frankreich ausschließlich französische Gesetze gelten —, nach welchem Gesetz zwingt man die russischen Juden, die vor der Verfolgung in Rußland geflohen sind, die in Frankreich als politische Flüchtlinge sich aufhalten, und die man, wenn sie nach Rußland zurückkämen, einsperren würde, wie irgendeinen Burzef, wieso zwingt man die zum Dienst im französischen Heere? Auf Grund welchen Gesetzes will man sie gewaltsam der Fremdenlegion einverleiben, wo doch diejenigen, die im August freiwillig dort eintraten, ihren Eintritt bitter bereuen? In Wirklichkeit handelt es sich um eine niedrige antisemitische Handlung, vor der die Polizei schwach genug ist, zu zittern, anstatt ihre Pflicht zu tun, das heißt, den Schutz der französischen Gesetze allen französischen Bürgern und allen politischen Flüchtlingen zu gewähren, die keine dem Gesetz widersprechende Agitation betreiben, und ebenso allen Ausländern von gutem Lebenswandel, die nicht feindlicher Nationalität sind. Das ist das französische Gesetz. Das ist das französische Recht. Noch einmal: Ich fordere von der Regierung, daß sie nicht vor der schwarzen Bande kapituliert, die bereits im August straflos die Häuser der Maggi-Gesellschaft plündern durfte. Wenn die Regierung nicht ihre Schuldigkeit tut, dann werden sich wohl im Parlament einige sozialistische Stimmen finden oder auch einfach einige republikanische, um die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern."

Aber all diese Mahnungen Hervés haben nichts genutzt. Die russischen Juden in Paris wurden weiterhin zum Eintritt in die Fremdenlegion gezwungen, und viele haben deswegen Frankreich bereits verlassen. Der Fluch Rußlands hat auch im Lande der Revolution und Demokratie seine Früchte bereits zu tragen begonnen.

Wer aber glauben wollte, diese schmachvolle Angelegenheit bilde einen außergewöhnlichen Sonderfall, der sei auf folgende Notiz verwiesen, die die „Humanité" vom 13. April 1916 unter der Überschrift: „Ist es wahr, daß . . .?" veröffentlicht hat. „Ist es wahr, daß bei der Verabschiedung des serbischen Heeres die russischen Medizinstudierenden, die in ihm als Ärzte wirkten, auf ihr Verlangen, in unseren Dienst übernommen zu werden, von unserem Auswärtigen Amt durch das serbische Konsulat einer großen neutralen Grenzstadt den Bescheid erhielten: ‚Den Wünschen der russischen Regierung entsprechend, sollen die orthodoxen Russen ins französische Heer übernommen werden; die politischen Flüchtlinge sollen nach der Lage des

Einzelfalles übernommen oder zurückgewiesen werden; die russischen Juden dürfen in keinem Fall übernommen werden'. Wir raten all denen, die noch Hoffnungen auf die französische Regierung für eine Besserung der Lage der russischen Juden setzen, diese kleine Notiz zweimal und dreimal zu lesen. So klein der Vorfall ist, so kennzeichnend und charakteristisch ist er und deckt mit blitzlichtartiger Klarheit die Folgen auf, die das französisch-russische Bündnis für uns gehabt hat. Hat man schon je vernommen, daß Rußland seinen jüdischen Untertanen auch nur die geringste Erleichterung gewährt hat; ‚den Wünschen der französischen Regierung entsprechend'? Ja, hat man je gehört, daß die russische Regierung für die französischen Juden, die nach Rußland reisen, auch nur eine der schimpflichen Beschränkungen, die für die jüdischen Reisenden in Rußland bestehen, aufgehoben hat; ‚den Wünschen der französischen Regierung entsprechend'? Nichts von alledem! Aber Frankreich, das demokratische Frankreich, verweigert jüdischen Ärzten aus Rußland den Eintritt in die französische Armee, ‚den Wünschen der russischen Regierung entsprechend'. Das kleine Wort kennzeichnet die ganze Situation und wird noch historische Bedeutung erhalten. Und man mag sich nun vorstellen, wie unser jüdisches Schicksal sich gestalten würde, wollten wir unsere Hoffnungen auf Frankreich und England setzen, die es ‚den Wünschen der russischen Regierung entsprechend' bestimmen würden."

3. Die „Wirkung" des Bündnisses auf Rußland.

Wem aber all diese Tatsachen zum Beweis dafür, daß wir von England und Frankreich nichts für das Schicksal der russischen Juden zu erhoffen haben, nicht genügen, dem muß ein Blick auf die Lage der russischen Juden während des Krieges auch die letzte Spur einer solchen Hoffnung nehmen. Was diese in den 22 Kriegsmonaten von seiten der russischen Regierung und der russischen Soldateska hat erdulden müssen, steht beispiellos da in unserer gesamten, an Leiden und Verfolgungen wahrlich nicht armen jüdischen Geschichte. Man muß bis zu den furchtbarsten Zeiten altorientalischer Despotentyrannei oder mittelalterlicher Ketzerverfolgung zurückgehen, um ähnlichen Ausbrüchen

der menschlichen Bestialität zu begegnen, wie sie dieses jüngste Kapitel unserer Leidensgeschichte auf Schritt und Tritt zeigt. Doch wir wollen nicht emphatisch werden. Angesichts der Furchtbarkeit dessen, was die russische Judenheit in dieser Zeit hat erdulden müssen, wirkt jedes Wort der Entrüstung nur wie eine Profanierung ihres Leidens. Wir begnügen uns daher, die entsetzlichsten dieser Missetaten zu berichten, die sich in ihrer Gesamtheit zu einer Anklage gegen das Zarenreich verdichten, vor der jegliches Wort der Entschuldigung verstummen muß; aber auch zu einer Anklage gegen England und Frankreich, die solches schweigend mitangesehen haben, wo ein energischer Druck ihrerseits genügt hätte, es zu verhindern.

a) Die rechtliche Lage der russischen Juden.

Doch vorher wollen wir in kurzen Strichen ein Bild von der Lage der Juden in Rußland vor dem Kriege entwerfen, die in ihrer ganzen Trostlosigkeit vielfach noch nicht bekannt ist.

Die Grundlage der russischen Ausnahmegesetzgebung gegen die Juden bildet das Ansiedlungsrayon. Es bedeutet ein über einige Provinzen erweitertes jüdisches Ghetto. 95 Prozent der mehr als 6 Millionen zählenden jüdischen Bevölkerung Rußlands werden durch dieses System in einem relativ engen Gebiet zusammengepfercht, das 15 west- und südwestliche Gouvernements und die 10 Gouvernements Polens umfaßt. Innerhalb des Rayons selbst ist den Juden durch das Gesetz vom 2. Mai 1882 der Aufenthalt auf dem Lande verboten; durch gerichtliche und administrative Interpretation werden häufig Städte zu Dörfern erklärt, was die sofortige Ausweisung sämtlicher dort wohnenden Juden zur Folge hat. Berücksichtigt man alle diese Beschränkungen, so ergibt sich laut einer Berechnung des bekannten englisch-jüdischen Schriftstellers Lucien Wolf („Legal Suffering of the Jews in Russia"; edited by Lucien Wolf, London 1912), daß in Wahrheit die Juden nur ein Zweitausendstel des gesamten russischen Reiches bewohnen dürfen. Außerhalb des Rayons dürfen sich nur ganz wenige, durch Reichtum oder Bildung privilegierte Teile der russischen Judenheit, außerdem auch Handwerker aufhalten.

Die staatlichen Berufe sind den Juden völlig gesperrt. Kein Jude

kann Beamter und Offizier werden, auch Lehrer — außer an jüdischen Schulen — kann kein Jude sein, so daß sie, da ihnen ja die Ansiedlung auf dem Lande verboten ist, notwendigerweise alle in die kaufmännischen Berufe hineingedrängt werden, was eine unerhörte Konkurrenz untereinander und trostlose Existenzbedingungen zur Folge hat.

Juden dürfen in Rußland außerhalb des Rayons und im Rayon selbst außerhalb der Städte keinen Grundbesitz erwerben, besitzen und verwalten; auch das Eigentum an Bergwerken und Petroleumgruben ist Juden untersagt.

Die Juden werden in Schulen und in Universitäten nur in einem gewissen Prozentsatz aufgenommen, der zwischen 3 und 15 Prozent von der Gesamtzahl der nichtjüdischen Schüler schwankt. Durch diese Beschränkung wird der größere Teil der jüdischen Jugend innerhalb der Rayons, wo die Juden in den Städten oft 30 bis 80 Prozent der Bevölkerung bilden, vom Schulbesuch ausgeschlossen. Die Folge ist, daß viele jüdische Eltern ihre Kinder in ausländische Schulen schicken und viele jüdische Jünglinge ausländische Universitäten aufsuchen müssen.

Die Juden zahlen außer den allgemeinen Steuern eine besondere Lichtsteuer, bestimmt zum Unterhalt ihrer Schulen, die die Regierung nicht subventioniert, ferner eine Fleischsteuer, die eigentlich für die religiösen Einrichtungen bestimmt ist, meist jedoch von der Polizeibehörde, die über die Verwendung verfügt, für andere Zwecke benutzt wird.

Die Juden bilden in Rußland 4,5 Prozent der Bevölkerung, werden aber zum Heeresdienst im höheren Maße herangezogen, bis zu 5,7 Prozent; denn viele Privilegien und Befreiungen vom Heeresdienst, die für die nichtjüdische Bevölkerung bestehen, gelten für sie nicht. Im Heere kann kein jüdischer Soldat einen höheren Rang als den eines Wachtmeisters bekleiden. Stellt sich ein militärpflichtiger Jude nicht ein, so haften seine Verwandten mit einer Strafe von 300 Rubel.

Zu all diesen gesetzlichen Beschränkungen treten noch unzählige andere administrativer und polizeilicher Natur hinzu, so daß in Wahrheit kein Jude in Rußland weiß, was ihm eigentlich noch er-

laubt und was verboten sei. Es läßt sich leicht vorstellen, welche Gelegenheit zu dauernden Schikanen ein solcher Zustand für die russischen Behörden ist, und welche unsaubere Einnahmequelle er insbesondere für die Polizeiorgane bedeutet. Auf jeden Schritt und Tritt muß man Bestechung bezahlen, und ganz abgesehen von den materiellen Schäden entwickelte sich dadurch eine Atmosphäre der Korruption, die moralisch für die russische Judenheit sehr schädlich ist. Die Zusammenpferchung innerhalb des Rayons, die Beschränkungen auf gewisse Berufe, der Ausschluß von der öffentlichen Schulbildung, all dies macht ihre ökonomische Lage geradezu unerträglich, und man gewinnt eine Vorstellung von ihren Existenzbedingungen, wenn man hört, daß in Odessa — um ein Beispiel herauszugreifen — im Jahre 1909 von den 150000 Juden, die dort wohnten, 48,5 Prozent öffentlich Armenunterstützungen empfingen und 63 Prozent der Gestorbenen auf Kosten der jüdischen Gemeinden beerdigt werden mußten. Und der Rest von Existenzmöglichkeit, der noch den russischen Juden verblieb, wurde ihnen durch Pogrome und ständige Pogromgefahr verbittert und erschwert.

b) Das Martyrium der russischen Juden im Kriege.

So war ihre Lage, als der Krieg ausbrach. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte sich daran auch nicht das Geringste geändert; das Bündnis mit den Weststaaten hatte auch nicht eine Spur von Besserung in ihrer Lage gebracht; das einzige bedeutsame Ereignis, das die Entwicklung der russischen Judenpolitik in dieser Epoche zu verzeichnen hat, war — der Kiewer Ritualmordprozeß. Trotzdem stellte sich bei Kriegsausbruch die gesamte russische Judenheit in bewunderungswerter Treue in den Dienst des Vaterlandes. 400000 jüdische Soldaten wurden einberufen, viele stellten sich freiwillig und schlugen sich überaus tapfer. Über 1000 erhielten das Georgskreuz, den höchsten russischen Orden für Tapferkeit vor dem Feinde. Die jüdischen Gemeinden sammelten aber große Summen für patriotische Zwecke, die jüdische Presse erklärte, alles den Juden bisher angetane Unrecht solle vergessen sein, jetzt gelte es, für das Vaterland zu kämpfen. Die gesamte russische Judenheit wollte einen erneuten Beweis ihrer so oft angezweifelten

Treue zu Rußland geben und hoffte auf eine Besserung ihrer Lage durch den Krieg, vor allem im Vertrauen auf die Einwirkung Frankreichs und Englands. Selten aber erlitt ein Volk eine furchtbarere Enttäuschung, als sie dem russischen Judentum beschieden war.

Die russische Regierung dachte nicht im mindesten daran, angesichts der Treue und des Patriotismus ihrer jüdischen Untertanen irgendwelche Besserung in ihrer Lage eintreten zu lassen; im Gegenteil, sie betrachtete den Krieg als die beste Gelegenheit, ihrem Haß uneingeschränkten Ausdruck zu geben. Nach allem, was wir heute wissen, darf man ohne jede Übertreibung sagen, daß die russischen Behörden, in erster Reihe die militärischen unter Führung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, den Krieg dazu benutzen wollten, einen großen Teil der russischen Juden auszurotten. Das alte Programm, das Pobjedonoszew als Lösung der russischen Judenfrage aufgestellt hat: „ein Drittel wird ausgerottet, ein Drittel wandert aus, ein Drittel tauft sich", es sollte jetzt verwirklicht werden. Den Protest Europas brauchte man nicht zu befürchten, die Völker hatten andere Sorgen, als sich um die russischen Juden zu kümmern; so schien der beste Zeitpunkt zur Einleitung eines groß angelegten Vernichtungsfeldzuges gegen die Juden gekommen zu sein.

So begann denn von seiten der militärischen Befehlshaber eine systematische Hetze gegen die Juden. Sie mußten als Verräter und Spione hingestellt werden, um die Wut der Soldateska und der Bevölkerung gegen sie zu erregen und um einen Vorwand für ihre Verfolgung zu besitzen. Eine ganze Reihe von Befehlen der obersten militärischen Kommandos beweist, wie systematisch die Verleumdung der Juden durchgeführt war. Einige der bezeichnetsten seien hier wiedergegeben; (sie sind dem „Jüdischen Archiv", Wien, sowie der von dem Jüdischen sozialistischen Arbeiterverband „Poale-Zion" herausgegebenen Denkschrift „Die Juden im Kriege" (Haag, 1913) entnommen):

I. Erlaß des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch an die Militärgouvernements.

„Unsere Erfahrung in diesem Kriege hat uns die feindliche Haltung der jüdischen Bevölkerung, vollends Galiziens und der Bukowina, klargelegt. So-

bald eine wesentliche Änderung in den Stellungen und Verschiebungen unserer Heere stattfindet, und jedesmal, wenn wir einen oder den anderen Distrikt temporär räumen, werden infolge der Einmischung von Juden vom Feinde grausame Maßregeln gegen die loyale nichtjüdische Bevölkerung ergriffen. Um diese uns treu ergebene Bevölkerung gegen die Bedrückung des Feindes und unsere Heere vor dem Verrat, den die Juden die ganze Front entlang üben, zu schützen, erachtet es der Höchstkommandierende der russischen Streitkräfte für nötig, daß die Juden verbannt werden, sobald nur der Feind sich zurückzieht, und daß Geiseln genommen werden, und zwar sollen die reichen oder vermögenden und die eine bevorzugte Stellung einnehmenden Juden zuerst und dann namentlich die einen großen Einfluß besitzenden Rabbiner der betreffenden Gemeinden ergriffen und als Gefangene nach dem Innern des Landes verschickt werden. (Vorderhand nach der Provinz Kiew, wo sie in Konzentrationslagern gehalten werden müssen.)

Die jüdische Bevölkerung sowohl wie die abgeführten Geiseln sind zu warnen, und es mag ihnen klargemacht werden, daß sie für jede strenge Maßregel, die vom Feinde der uns ergebenen loyalen Bevölkerung gegenüber ergriffen wird, verantwortlich gemacht werden. Gleichzeitig ist aber der uns ergebenen nichtjüdischen Bevölkerung klarzumachen, daß unsere Maßnahmen gegen die Juden zum Schutze der treu ergebenen Bevölkerung ergriffen werden, nachdem die sechsmonatige Kriegführung uns überzeugt hat, daß die jüdische Bevölkerung uns gegenüber illoyal und verräterisch aufgetreten ist und für die Mitbevölkerung keinerlei Sympathien hat.

Die Regierungsbehörden der verschiedenen Provinzen sind aufgefordert, die Juden nach dem links vom Dnjepr liegenden Provinzen einstweilig zu verbannen, und dem Minister des Innern bleibt es vorbehalten, über die weitere Verschickung der Gefangenen die nötigen Vorkehrungen zu treffen."

II. Erlaß des russischen Generalgouverneurs in Lemberg Grafen Bobrinsky vom 13. (26.) Februar 1915.

„Infolge der Befehle des Oberkommandierenden der Armeen an der Südwestfront bestimmt der Militärgouverneur von Galizien angesichts der in letzter Zeit erhöhten Spionage durch Juden auf Grund der Punkte 1, 2 und 3 des Gesetzes, betreffend die Ortschaften, die als im Kriegszustande befindlich erklärt sind, folgendes:

1. Personen jüdischer Nationalität ist der Eintritt in die Grenzen Galiziens untersagt.

2. Personen jüdischer Nationalität ist untersagt, von einem Kreise Galiziens in einen anderen zu reisen.

3. Die Schuldigen werden im Administrativverfahren mit Geldstrafen bis 3000 Rubel oder Arrest bis zu 3 Monaten bestraft.

Die Durchführung dieser Verkündigung erfolgt durch den Stadthauptmann

von Lemberg, den Gouverneur von Galizien und die Chefs derjenigen Kreise, welche nicht zum Bestande des Gouverneurs gehören."

III. Erlaß des Festungskommandanten von Nowo-Georgiewsk an die ihm unterstellten Truppen des Festungsrayons vom 27. November 1914 a. St., Nr. 89:

„In deutschen Blättern sind Artikel erschienen, worin davon gesprochen wird, daß die Deutschen in den Juden hoffnungsvollen Verbündeten begegnen, die, abgesehen davon, daß sie für die Verproviantierung sorgen, als die besten, teilweise uneigennützigsten Spione erscheinen, bereit zu allen Diensten, wenn nur zum Schaden der russischen Interessen. In einem Siege der Deutschen erblicken die Juden ihre Errettung vom Zarenjoche und von der Unterdrückung durch die Polen. Analoge Mitteilungen treffen fortgesetzt auch von den Truppen ein. Zum Zwecke der Sicherung der Truppen gegen die schädliche Tätigkeit der jüdischen Bevölkerung hat der Oberbefehlshaber angeordnet, bei der Besetzung von bewohnten Punkten von der jüdischen Bevölkerung Geiseln zu nehmen und die Bewohner darauf hinzuweisen, daß im Falle verräterischer Tätigkeit irgendeines Ortsbewohners die Geiseln hingerichtet würden....

Auf Grund des Telegramms des Generals Oranowski Nr. 3432.

Der Kommandant des Festungsrayons: G. d. K. Bobyr."

Der Befehl wurde am 2. Dezember 1914, abends 6 Uhr, von der Druckerei ausgegeben.

IV. Befehl des Generals Janow vom 30. März 1915, Nr. 3803.

„In Anbetracht der offenen Erklärung der Frontkommandeure, daß die Juden als Kriegsmaterial untauglich seien, und es sehr wünschenswert wäre, wenn der Zufluß von Juden bei der Komplettierung von Korps vermindert würde, hat der Stab des Höchstkommandierenden wegen dieser Frage mit dem Generalstab verhandelt. Es hat sich herausgestellt, daß es augenblicklich keinen Ausweg gibt, so daß die Frage über die Unfähigkeit der Juden zum Militärdienst und die Notwendigkeit, sie zu lösen, sofort nach dem Kriege behandelt werden muß. Sie zwingt uns jetzt schon, Material zu sammeln, wonach festgestellt werden kann, daß die Anwesenheit von Juden in der Armee nicht wünschenswert ist. Der Höchstkommandierende hat daher befohlen, die Kommandeure der einzelnen Armeeabteilungen wegen dieses Materials jetzt schon anzufragen. Dieses soll für die Untauglichkeit der Juden als Kriegsmaterial zeugen. Es ist notwendig, festzustellen, wie viele von den Juden desertiert sind und sich freiwillig in Gefangenschaft begeben haben. Diese Fragen müssen möglichst allseitig beleuchtet werden und sowohl durch einzelne Tatsachen wie durch allgemeine Ausführungen belegt werden. Das ganze Material ist sodann zusammen mit dem Gutachten des Korpskommandeurs dem Stabe der Armee zuzustellen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser

Frage hat der Höchstkommandierende befohlen, das oben Erwähnte sofort und genau auszuführen."

Auf der Rückseite: „Eilig", „Geheim".

Zum Schlusse das stärkste Stück:

V. Der Hauptkommandeur der I. Reserve-Infanterie-Brigade vom 8. Juli 1915, Nr. 7383.

„Es ist niemand ein Geheimnis, daß jeder Jude mit allerlei Mitteln bestrebt ist, sich dem Militärdienst zu entziehen. Sogar nebenstehende Privatpersonen entdecken ihre Fälschungen. Aber niemals ist ihre moralische Physiognomie so sehr hervorgetreten wie gerade jetzt. In der jetzigen Zeit, wo der russische Soldat heldenhaft, von tief patriotischem Gefühl getragen, sein Blut für den Zaren und das Vaterland vergießt, in dieser Zeit ist der Jude bemüht, durch verschiedene Kunststücke sich seiner Pflicht zu entziehen, in die Reihen der russischen Armee zu treten, um sein eigenes Vaterland zu verteidigen. Er hofft, auf diese Weise alle zu betrügen, nach dem Kriege wiederum anzufangen, die Gleichberechtigung zu verlangen für seinen angeblichen aktiven Anteil an der Verteidigung des Vaterlandes zusammen mit allen Russen. Die Offiziere sind daher verpflichtet, gegen diese jüdische Boshaftigkeit in der russischen Armee jetzt schon mit Eifer den Kampf zu beginnen, diese Boshaftigkeit, die auch die russischen Soldaten ansteckt. Es muß dagegen nicht mit Drohungen und Abschreckungsmitteln gekämpft werden, sondern durch das lebendige Wort müssen sie überzeugt werden, ebenso wie durch zweifellose Beweise, wie schändlich diese Künste sind. Man muß die Soldaten darüber aufklären, wie wir alle, mit Ausnahme der Juden, uns zum Schutze des Vaterlandes vereint haben, wie wir einig für die gemeinsame Sache eingetreten sind, und wie sämtliche nationale Gegensätze bei uns völlig vergessen worden sind.... Die Offiziere müssen die jüdischen Soldaten energisch darüber aufklären, daß der Krieg schließlich mal ein Ende haben wird, und der russische Soldat nach Hause zurückkehrt. Er wird dann seinen Landsleuten erzählen, mit welchen Mitteln und Kniffen die russischen Juden gearbeitet haben, um sich ungestraft der Verteidigung des Vaterlandes zu entziehen. Und wenn dies kein Geheimnis mehr ist, nicht nur für Militärpersonen, sondern auch für die Zivilisten, so wird wachsende Volksempörung einen Ausweg finden müssen, eine Gefahr, die viel schrecklicher ist als diejenige, in der sie sich befinden, wenn sie ehrlich ihre Militärpflicht erfüllen. Denn dann wird der Volkszorn angreifen nicht nur sie allein, die sich durch Taten zugunsten des Feindes befleckt haben, sondern auch ihre ganz unschuldigen Eltern und Kinder. (Die übliche Pogromandrohung!)

Das oben Angeführte sollen die Offiziere verlesen und der Mannschaft Weisung geben, wie man beim Militär zu dienen hat.

Der Brigadekommandeur: Generalleutnant Schdanowitsch."

Das Beispiel, das so die höchsten militärischen Behörden gaben, wurde von der offiziösen antisemitischen Presse natürlich aufgegriffen und die Hetze gegen die Juden von ihr systematisch fortgesetzt. Die „Nowoje Wremja" berichtete dauernd von Fällen, die den Verrat der Juden beweisen sollte. So brachte sie eines Tages die Nachricht aus Warschau, daß in einem polnischen Orte bei einem Begräbnis der Sarg behördlich geöffnet wurde und sich anstatt der Leiche 1½ Millionen Rubel in Gold vorfanden, die für die Deutschen bestimmt waren („Jüdisches Archiv" Nr. 3 S. 17). Als von deutschen Luftschiffen Bomben auf Bialystok geworfen wurden, schrieb das amtliche Organ des russischen Kriegsministeriums, der „Rußki Invalid": „die Tatsache sei deshalb bedenklich, weil hier eine von Juden bewohnte Stadt bombardiert wurde, unter denen doch die deutsche Spionageleitung zum größten Teil ihre Agenten angeworben habe". (Zitiert nach der russisch-jüdischen Zeitung „Nowy-Woschod" Nr. 16 vom 24. April 1915.) Als Fürst E. Trubetzkoy in den „Rußkija Wjedomosti" die Frage stellte: „Wenn die Juden für Rußland sterben, warum dürfen sie nicht überall in Rußland wohnen, nicht Offiziere der russischen Armee werden?" da antwortete dieses selbe amtliche Organ: „Unsere Armee ist eben dadurch stark, daß für die Mordechai-Majore mit ihrem kosmopolitischen Kredo der Zutritt gesperrt ist!" („Jüdisches Archiv" Nr. 3 S. 18).

Besonders charakteristisch und typisch für diese Methoden der Behörden und offiziösen Zeitungen, die Juden als Verräter hinzustellen, ist der berühmte Fall von Kuschi. Am 5. Mai teilte das amtliche Blatt der Nordwestarmee „Kasch Westnik" folgendes mit: „In der Nacht auf den 28. April wurde in Kuschi, nordwestlich von Schauli, von den Deutschen ein Überfall auf ein ruhendes russisches Infanterieregiment unternommen. Hierbei erwies sich die Ortsbevölkerung empörend verräterisch, insbesondere die Juden. Vor Ankunft unserer Truppen hatten die Juden in den zahlreichen Kellern die Deutschen versteckt, und auf einen Signalschuß wurde Kuschi von allen Seiten angezündet." Diese Darstellung wurde am folgenden Tage vom offiziellen Heeresorgan, dem „Prawitelstwenni Westnik", veröffentlicht und von der gesamten Presse übernommen. Es erregte in ganz Rußland ungeheures Aufsehen und wurde von der gesamten Bevölke-

rung als unwiderleglicher Beweis des jüdischen Verrats betrachtet. Die Wahrheit des Berichtes wagte niemand zu bezweifeln, bis drei sozialistische Dumaabgeordnete nach Kuschi reisten, um die Angaben an Ort und Stelle nachzuprüfen. Sie stellten dabei fest, daß im ganzen Städtchen nur sechs jüdische Familien wohnten, von denen nur eine einzige in ihrem Hause überhaupt einen Keller besitzt, der aber so klein und niedrig ist, daß man nicht aufrecht in ihm stehen kann; daß ferner diese sechs jüdischen Familien bereits am 27. April mit Erlaubnis der Militärbehörde das Städtchen verlassen hatten, während der deutsche Angriff erst am 28. begann; daß also die ganze Erzählung von Anfang bis zu Ende erfunden und erlogen war. Der Dumaabgeordnete Kerenski stellte dies in seiner Rede vom 19. Juli (1. August) 1915 in der Duma fest, indem er sagte: „Ich erkläre jetzt von dieser Tribüne, daß ich selbst nach Kuschi gereist bin, um die Wahrheit der Anklage, daß die jüdische Bevölkerung dieser Stadt einen verräterischen Angriff gegen die russische Armee unternommen habe, festzustellen; und ich halte es für meine Pflicht, zu erklären, daß dies nur eine schmähliche Verleumdung ist. Es hat niemals etwas Derartiges stattgefunden und konnte unter den dortigen Verhältnissen gar nicht stattfinden." Die Veröffentlichung dieser Erklärung wurde von der militärischen Zensur verboten!

Auf diese Weise suchte man systematisch die Bevölkerung und die Armee gegen die Juden aufzubringen, und diese Arbeit hat dann auch reiche Früchte getragen. Mit dem Aufmarsch der russischen Heere in den westrussischen und polnischen Grenzgouvernements setzte in diesen Gebieten ein regelrechter Feldzug gegen die jüdische Bevölkerung ein. Eine Kette von ununterbrochenen furchtbaren Pogromen begann, und Tausende von Juden sind deren Opfer geworden. Unschuldige wurden erhängt und erschossen, jüdische Frauen und Mädchen vergewaltigt, die jüdischen Läden geplündert; kein Verbrechen gibt es, das nicht gegen die schutzlosen jüdischen Opfer der russischen Soldateska tagtäglich verübt wurde. Noch ist es heute unmöglich, eine genaue Darstellung dieser organisierten Massenverbrechen zu geben, aber dennoch sind genügend Tatsachen und Zeugnisse bekannt geworden, die ein Bild von dem furchtbaren Martyrium

geben, das die russischen Juden zu erdulden hatten. Der deutsche Feldrabbiner Dr. Arthur Levy, der gleich nach der deutschen Okkupation nach Polen kam, hat versucht, an verschiedenen Orten genaue Feststellungen über die russischen Missetaten zu erheben. Die Ergebnisse seiner Nachforschungen hat er in drei Briefen an den „American Hebrew" zusammengestellt, von denen wir die wichtigsten Stellen hier wiedergeben:

Aus dem ersten Briefe (Lodz, den 27. Dez. 1914):

Überhaupt das Herz krampft sich mir zusammen, wenn ich hier in Polen sehe und höre, welch entsetzliche Gewalttaten an den Juden im Laufe dieses Krieges von den Russen verübt worden sind und tagtäglich verübt werden. Die Pogrome früherer Zeiten sind ein Nichts gegen die rasende Vernichtung jüdischer Häuser und jüdischen Lebens, die mit dem russischen Heere sich durch ganz Polen wälzt, mit ihm vorwärts, mit ihm rückwärts geht und es begleitet wie ein drohender Schatten. In mehr als 215 Ortschaften wurde bisher pogromiert, und es ist kein Ende dieses Schreckens abzusehen.

Ich will aber ins einzelne gehen und Ihnen Tatsachen berichten, nackte Tatsachen, deren Wucht sich niemand wird verschließen können, und die sich durch keinerlei Schönfärberei aus der Welt schaffen lassen.

In Staschew wurden am Jaum-Kippur 11 Juden in Tallis und Kittel in der Synagoge aufgehängt. — In Klodowa wurden 2 der angesehensten Juden an einem Freitagabend, als die Juden aus der Synagoge kamen, am Balkon des eigenen Hauses aufgeknüpft, nachdem die Frau des einen selber die Stricke hatte herbeiholen müssen. 24 Stunden mußten die Leichen hängen bleiben, und die Juden der Nachbarschaft durften die Fensterläden nicht schließen, damit sie sich dem entsetzlichen Anblick nicht entzögen. Auf die Brust hatte man den Getöteten einen Zettel mit der Aufschrift geheftet: Gehängt, weil sie ein Dreirubelstück nicht wechseln wollten. — In Schildlowice haben sich jüdische Mädchen in den Pilicer-Teich geworfen, weil sie geschändet worden waren und diese Schmach nicht durchs Leben tragen wollten. — In Ostrowice forderten die Kosaken die Auslieferung des Rabbiners Zaddik-Kalischer, der gehängt werden sollte, weil er angeblich die Österreicher begünstigt hatte. In Wirklichkeit war er zusammen mit dem polnischen Geistlichen den österreichischen und deutschen Truppen so wie früher den russischen entgegengegangen und hatte um schonende Behandlung der Einwohner gebeten. Da der Rabbiner sich versteckt hielt, warteten die Kosaken den herannahenden Jaum-Kippur ab und umzingelten die Synagoge, um dort den Rabbiner gefangenzunehmen. Als sie im Begriff waren, in das Bethaus einzudringen, zogen die Deutschen in O. ein, und die Kosaken flüchteten, nachdem sie vorher Haus und Hof des Rabbiners zerstört hatten. — Am 4. Dezember, während

des Freitagabend-Gottesdienstes, kam in Petrikau der Gouverneur mit Polizisten in die Synagoge, ließ sämtliche Thorarollen aus der heiligen Lade entfernen und diese nach einem geheimen Telephon durchsuchen, das die Juden dort untergebracht hätten. — In Kleszew wurden 150 Juden als Spione verhaftet und nach Warschau geschleppt. — Aus Zyrardow, Pruschkow, Bialabrzeg, Iwangorod, Grodzisk, Skiernewice und vielen anderen Orten wurden sämtliche Juden fortgejagt. In Skiernewice traf sie der Ausweisungsbefehl am Freitagabend, als sie gerade die Sabbatlichter angezündet hatten. Und so gingen die 10000 Skiernewicer Juden aus ihren Häusern, ließen Licht und Challoh (Sabbatgebäck) zurück und zogen, der Rabbiner an ihrer Spitze, hinaus ins Dunkel der Nacht. Die Grodziskер Juden wollten sich nach Warschau wenden und baten durch eine Deputation um Erlaubnis. Der General hieß sie nach dem linken Weichselufer gehen, und da sie ihm antworteten, das wäre dasselbe wie in die Weichsel gehen, meinte er zynisch: „Das wäre das allerbeste." — In Lowicz wurden 2 junge Juden, Sandberg und Fränkel aus Zgierz, wegen angeblicher Spionage nach vorheriger Verstümmelung des einen aufgehängt; dasselbe Los wurde dem angesehenen Getreidehändler Moses Lipschitz zuteil, weil er — vor dem Kriege — nach Deutschland Geschäfte gemacht hatte. — In Bechawa (Lubliner Gouvernement) wurden im Oktober 78 Juden an einem Tage wegen „Spionage" aufgehängt. — In Kramostaw (Lubliner Gouvernement) wurden viele Häuser eingeäschert, die Juden (200 Familien) zum großen Teil mit Frauen und Kindern vernichtet. — In Lodz sind 15000 Kleinhändler ihrer Habe beraubt und zu Bettlern gemacht worden. Lodzer Frauen wollten ihre verwundeten Männer in den Lazaretten in Petersburg und Moskau besuchen. Es wurde ihnen verboten, weil diese Städte nicht im Ansiedlungsrayon liegen. — In Zdunska-Wola wurden sämtliche Frauen und Mädchen geschändet, selbst eine Wöchnerin am dritten Tage ihrer Niederkunft und Kinder von 6 und 5 Jahren blieben nicht verschont. — Eine Frau, deren Mann im Kriege war, starb an den Folgen einer Vergewaltigung. Bald darauf kehrte der Mann verwundet heim. Er fand sein Kind ohne Mutter und seine Frau von einem „Kameraden" zu Tode geschändet.

Aus dem zweiten Briefe (Lodz, den 26. Jan. 1915):

Ich sprach in diesen Tagen einen alten Mann; er war zu mir gekommen, sich mit mir auszusprechen und bei mir Rat und Trost zu holen; ich konnte ihn nicht trösten, sein Unglück ist zu groß; aber ich hoffe, ihm helfen zu können. Seine Geschichte ist folgende: Mendel Janowski war Gutsbesitzer in Russisch-Polen, wo er im Dorfe Chozew bei Widawa sein Besitztum hatte. Im Anfang des Krieges kamen die Deutschen ins Dorf, und 8 Offiziere bezogen auf seinem Gut Quartier. Als 8 Tage später die Russen zurückkamen, denunzierten die Bauern den Juden bei den Kosaken, die ihn als Spion einsperrten, bis er nach 14 Tagen von den wieder einrückenden Deutschen frei-

gelassen wurde. In sein Dorf zurückgekehrt, drohten ihm die Bauern, wenn die Kosaken wiederkämen, würde er aufgehängt und sein Gut an die Bauern aufgeteilt werden. Janowski hatte unter diesen Umständen nicht den Mut, im Dorfe zu bleiben, und zog von dort fort, seinen 27jährigen Sohn auf dem Gute zurücklassend. Als am 24. November die Russen wiederkamen, nahmen die Kosaken diesen Sohn gefangen und erschossen ihn, nachdem die Bauern ihn als deutschen Spion denunziert hatten. Das Haus wurde ausgeraubt und ausgeplündert, dann in Brand gesteckt. Nicht einmal die Leiche des Erschossenen gaben die Russen heraus, sondern ließen es zu, daß sie von den Bauern aufgespießt und ins Feuer des brennenden Hauses geworfen wurde. Der Tote hinterläßt Frau und 4 kleine Kinder, denen nichts geblieben ist als die Kleider, die sie auf dem Leibe tragen.

In Slupci erschienen eines Tages die Russen auf dem Gute des Besitzers Hoffmann und nahmen dort alles fort, was sie vorfanden: Pferde, Wagen, Getreide, Hab und Gut. Als sie mit dem Plündern fertig waren, fragten sie den Besitzer, was sie sonst noch haben könnten. Dieser, für sein Leben fürchtend, bot ihnen Speise und Trank an und führte sie in sein Haus. Dort gewahrten sie sein Weib, eine schöne Frau, und machten sich gleich daran, sie „für die Offiziere" mitzuschleppen. Hoffmann stellte sich ihnen wehrend in den Weg, doch kalten Blutes schlugen sie ihn nieder und warfen seine Leiche in ein Loch am Wege, von wo sie dann später mit Erlaubnis der inzwischen eingerückten Deutschen nach dem Friedhof in Wloclawek übergeführt worden ist.

In Subbota wurde eines Tages der Rabbiner und 5 Gemeindemitglieder verhaftet. Man wußte nicht, was mit ihnen geschah und wohin sie gebracht wurden; 6 Wochen später fand man im Subbotaer Wald alle sechs aufgehängt, zum Teil schon verwest und angefressen. — In Brzezinn wurde in einer Dezembernacht eine russische Abteilung von deutscher Kavallerie überfallen und gefangengenommen. Am anderen Nachmittag kam von Lodz aus Verstärkung nach B. Ihre erste Tat war, daß sie die 26 Juden gefangennahmen und 13 von ihnen, darunter sehr angesehene Männer, als die verräterischen Urheber des deutschen Überfalls, umbrachten. Bei zweien nur wurde gestattet, daß sie auf dem jüdischen Friedhof beerdigt wurden. — In Plawna wurden 2 Juden ohne Grund aufgehängt und alle jüdischen Geschäfte geplündert. Bei einer Frau Golde Scherfack wurden die Betten aus dem Hause geschleppt und auf der Straße verbrannt. — In Klomnic wurde der Schneider Chaim Kalischer aufgehängt, weil die Deutschen bei ihm gewohnt hatten. Der Jude Meier Chatke aus Klomnic wurde in Noworadomsk aufgeknüpft. — In Wloszczawa wurde die ganze Stadt pogromiert und 8 Juden erschossen, weil sie Proviant für die österreichische Armee geliefert hatten. In Janow wurden an einem Tage 4 Juden, Abr. Grünbaum, J. und M. Tennenbaum und Ruben Tschennotz aufgehängt, ihre Frauen geschändet. In Sieradz wurden alle jü-

dischen Häuser geplündert, der Schlächter Samuel festgenommen und grausam mißhandelt, so daß er bis heute krank daniederliegt. Eine Frau wurde einige Tage nach ihrer Niederkunft vergewaltigt. — In Sloti-Pateck wurde das Haus der Familie Blumke von allen Seiten angezündet. Eine Frau und ihr 9jähriges Kind verbrannten. In Konizpol wurden sämtliche Häuser ausgeplündert, 9 Juden festgenommen und mit der Nagaika mißhandelt. Einem kleinen Jungen, Leibel Kutscher, wurde auf dem Wege zum Cheder die Hand abgeschnitten. Eine Frau wurde geschändet. — Nach Wielun brachten die Russen 3 Juden, die sie bei Sieradz gefangengenommen hatten. 10 Tage saßen sie im Gefängnis, und die Juden durften ihnen kein Essen bringen. Am 11. Tage wurden sie aufgehängt. Die Stadt wurde pogromiert und 2 Frauen, davon eine unmittelbar nach ihrer Niederkunft, geschändet. — In Noworadomsk gingen Mannschaften und Offiziere jede Nacht von Haus zu Haus und vergewaltigten Frauen und Mädchen. In das Haus eines angesehenen, sehr reichen Mannes kamen 2 Offiziere und verlangten, mit dem Tode drohend, daß er ihnen seine Tochter ausliefere. Mit großer Mühe gelang es ihm, sein Kind mit 2000 Rubel loszukaufen und die Schande von seinem Hause fernzuhalten. In Tschurek haben die Russen Juden mißhandelt, Frauen geschändet und alles ausgeplündert; was sie nicht fortschleppen konnten, wurde verbrannt. In das Haus des frommen und hochangesehenen Juden Ehrlich drangen 2 Offiziere und forderten, daß dessen Tochter sich ihnen preisgebe. Da der Vater ihnen dies verweigerte, zog der eine Offizier seinen Säbel, legte dessen Schneide Ehrlich drohend an die Kehle, während der andere sich daran machte, die schlafende Tochter aus dem Bette zu zerren. Als der Vater seinem Kinde helfend beispringen wollte, schnitt ihm der eine Offizier die Kehle durch. Angesichts der Leiche wurde das Mädchen mißbraucht und liegt heute noch schwer krank danieder. — Ein Bräutigam Israel aus Konin fuhr per Rad nach Slupci, um dort seine Braut zu besuchen. Zufällig stammte das Rad aus einer deutschen Fabrik und trug deutsche Marke. Für die Russen, die ihm begegnen, Grund genug, ihn zu verdächtigen. Sie rissen ihn vom Rad herunter, steckten ihn in einen Sack und haben ihn lebendig begraben. Hatten sogar kaltes Blut genug, zu diesem teuflischen Geschäft jüdische Soldaten heranzuziehen und so Brüder zum Henker des eigenen Bruders zu machen.

Aus dem dritten Briefe (Lodz, den 16. Mai 1915):

Ich war vor kurzem in Kierniecia. Man führte mich dort in einen kleinen Garten. Es war der Garten des Ortsrabbiners. Jetzt ist er zum Friedhof geworden. 13 frische Gräber sind dort aufgeworfen, Gräber von erschlagenen Juden, die von den Russen niedergemacht und in Löchern verscharrt worden waren; nach dem Einrücken der Deutschen wurden sie exhumiert und in Kierniecia beigesetzt, wo ihre Gräber in ihrer stummen Sprache erschütternde Anklage erheben gegen russisches Barbarentum.

In Lenczyka zogen in einer Novembernacht die russischen Soldaten raubend und plündernd durch die Straßen der Stadt. Als sie sich dem Hause einer Familie Blum näherten, verriegelte deren 18jährige Tochter die Tür, um die Eindringlinge fernzuhalten. Ein Soldat schoß durch die Tür und zerschmetterte dem jungen Mädchen den Arm, der später abgenommen werden mußte. Ein in demselben Hause wohnender Feldscher, Abram Solne, eilte zum Arzt, um schnell Hilfe zu holen, und das sollte ihm zum Verhängnis werden. Er wurde, obgleich er, als Mitglied des russischen Roten Kreuzes, die weiße Binde trug, von den Kosaken verhaftet und unter Anklage der Spionage gestellt. In seiner Wohnung wurde unterdessen viel Geld, Gold, Silber und Kostbarkeiten geraubt, seine Frau und Kinder, auch ein jüngerer Bruder mißhandelt. Auf der Kommandantur sollte er seine Schuld durch Unterschreiben eines ihm vorgelegten Schriftstückes bekennen, und als er sich weigerte, wurde er geprügelt und eingesperrt. Am dritten Tage brachte man ihn, an Händen und Füßen gefesselt, nach Lodz, wo sein vom Kutnoer Etappenkommandanten verhängtes Todesurteil bestätigt und vollstreckt werden sollte. In der Umgebung des Lodzer Ortskommandanten befand sich eine Dame, eine Französin, von der bekannt war, daß sie auf den Offizier großen Einfluß besaß. Die zum Wahnsinn verzweifelte Frau des Verurteilten wandte sich an diese, und mit Bitten und Beschwören und einer Summe von 1000 Rubel gelang es ihr, das Herz der Dame zu rühren, und der Feldscher wurde wieder freigegeben.

In Kutno wurden 3 Juden, Isak und Abram Domanowicec und der 40jährige Witkowski, vom Landrat verhaftet, weil sie die Deutschen bewirtet hatten. Nach Lowicz gebracht, wurden sie zu 50 Knutenhieben verurteilt. Einer der beiden Brüder wurde im Anschluß an die Exekution so schwer mit Stöcken mißhandelt, daß er am anderen Tage starb. Die beiden anderen entgingen diesem Schicksal dadurch, daß sie unangekleidet vom Richtplatz flüchteten. In der Nacht vom 11. bis 12. Oktober drangen 5 Kosaken in das dortige Beth-Hamidrasch ein, wo die Juden zum Gebet versammelt waren, schlugen die Scheiben entzwei und bedrohten die Juden, die entsetzt durch die Fenster flüchteten. In Gombin, wo der Kommandant sich mit den Worten rühmte: „Mein Gericht ist nicht gerecht, aber schnell", wurde Ende November ein junger Mann, namens Zelonka, in der Stadt erschossen, 3 andere, der 30jährige Klempner Holzmann, der 22jährige Schneidergeselle Woidislawski und der 40jährige Lastträger Weingroß, wurden verhaftet, auf dem Rückzug mitgeschleppt und unterwegs getötet. Ein 22jähriger Poznanski wurde festgenommen und weggeführt; sein Schicksal ist bis zur Stunde unbekannt. Ein junges Mädchen wurde geschändet. — In Saniki wurden 2 Juden festgenommen und fortgeschleppt. Was mit ihnen geschehen ist, weiß man nicht. — Auf der Straße von Plozk nach Bozanow fuhren 2 Juden. Unterwegs begegneten ihnen die Russen, sie wurden verhaftet, 3 Tage hindurch mißhandelt und

schließlich bei Bozanow aufgehängt. — Auf dem Wege von Bolkow nach Sloczew wurde ein jüdischer Handlungsgehilfe und ein Selig Lachs aus Bolkow aufgegriffen und getötet. — 6 jüdische Kaufleute aus Sulejow hatten in Dobrzylin Zucker gekauft und wollten ihn auf ihren Wagen nach Hause fahren. Sie sind nicht zurückgekehrt, auf dem Friedhof in Lowicz liegen sie begraben. Die Russen haben sie unterwegs getötet. — In Sloczew wurde der Jude Helfant auf dem Hofe des Hausbesitzers Kempinsky aufgehängt, weil er den Deutschen Proviant geliefert hatte. Seinem Sohne sollte dasselbe Schicksal bereitet werden, es gelang ihm aber, zu entkommen. Aus demselben Grunde sollte auch ein Heinrich Kohn aus Sloczew getötet werden, er entzog sich der Verfolgung, indem er sich in Frauenkleider steckte. — In Lodz wurde Abram Simche Kohan an einem Freitag abend vom Tische weggeholt, aus dem Kreise seiner Frau und 10 Kinder fortgeschleppt und getötet. In derselben Zeit wurde der Klempner Meier Blechmann getötet, angeblich weil er das Telephon beschädigt hatte. Ein dritter Jude, Meilech Ellenberg, ein harmloser Stubengelehrter, wurde wegen Spionageverdachts eingesteckt, der auf die in seiner Wohnung gefundenen deutschen Zigarren gestützt wurde. Er wurde zum Tode verurteilt, gefesselt, an einen Baum gebunden und mußte dort in bitterkalter Dezembernacht ohne Mantel und Kleider 14 Stunden lang stehenbleiben, gepeinigt vom blutigen Hohn russischer Soldaten. Ein Offizier trat an ihn heran, faßte ihn an die Kehle und bemerkte kalt lächelnd: „Die wird den Strick schon aushalten." Mit großer Mühe gelang es noch in letzter Stunde einer Lodzer Persönlichkeit, den Unschuldigen vom Tode zu retten. — In Kielce legte der Kommandant eines dort eingerückten Kosakenregiments den Juden eine Kontribution von 100 000 Rubel auf, und als zur festgelegten Stunde die geforderte Summe nicht vollzählig hinterlegt war, bestimmte er für jeden weiteren Tag eine Extrastrafe von je 5000 Rubel. Derselbe Kommandant hielt in der ganzen Umgegend aufrührerische Reden gegen die Juden. So forderte er in der Kirche von Jarnow die Anwesenden zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden auf; nach dem Krieg würden sie auch von der Regierung für diese Taten belohnt werden. Nur durch das Eintreten des dortigen polnischen Pfarrers wurde ein Blutvergießen verhindert. — In Jerzow wurde Mordechaj Januschewich und Meilach Herrschenberg aufgehängt, 2 Juden werden vermißt. — Mitte September trafen die Russen den 25jährigen Salomon Wilczynski aus Sompolno auf einem Rade fahrend. Radfahren eines Juden ist bei den Russen erwiesener Spionageversuch. Wolczynski wird festgenommen, mit Säbelhieben erschlagen und in einen Wassergraben geworfen. — Auf dem Wege von Piotrkow nach Sompolno wurde der Jude Radziejowski, Vater von 6 Kindern, lebendig begraben. — In Dombie war der Jude Altschul eines Tages spurlos verschwunden; man wußte nicht, wo er war und was mit ihm geschehen. Nach dem Einrücken der deutschen Truppen kam eine christliche Frau zu den Juden und meldete ihnen, ein

Jude sei von den Russen lebendig begraben worden. Man ließ sich an die von ihr bezeichnete Stelle führen, öffnete das Grab und fand dort die Leiche des Altschul. Die Augen waren ausgestochen, die Nasenlöcher zugestopft, der Körper zertreten und in einen Sack gesteckt.

Diesen Tatsachen, die Dr. Levy auf Grund persönlicher Kenntnisnahme berichtet, ließen sich viele andere hinzufügen; aber es würde Bände füllen, wollte man alles erzählen, was in diesen Monaten von russischen Soldaten gegen die jüdische Bevölkerung verübt wurde. Hier seien nur noch einige Vorfälle berichtet, die wir dem vom American Jewish Commitee herausgegebenen Buche „The Jews in the Eastern War Zone" (New York 1916) entnehmen: „In Josefow wurden die Juden von den Russen beschuldigt, die Brunnen vergiftet zu haben. 78 Juden wurden sofort getötet, viele jüdische Frauen vergewaltigt und alle Häuser und Läden geplündert. In Mariampol wurde die gesamte jüdische Bevölkerung mit ihrem Rabbiner an der Spitze gezwungen, 3 Tage hintereinander (22.—24. September 1914), von denen die ersten beiden jüdische Feiertage waren (Laubhüttenfest), an der Herstellung von Chausseen zu arbeiten. In Samost, nahe der österreichischen Grenze, wurden die Juden beschuldigt, bei der vorübergehend erfolgten Besetzung der Stadt den österreichischen Truppen Spionagedienste geleistet zu haben. 12 Juden wurden verhaftet und zum Tode verurteilt. 5 von ihnen waren bereits hingerichtet worden, als der russische Priester des Ortes, ein Marienbild in der Hand, erschien und bei dem Bilde schwor, daß die betreffenden Juden völlig unschuldig waren."

Allein mit all diesen furchtbaren Exzessen wollte sich die russische Armeeleitung nicht begnügen. Vielmehr beschloß sie, einen Schlag gegen die russische Judenheit in ihrer Gesamtheit zu führen, der große Teile derselben auf einmal vernichten sollte. Zu diesem Zwecke erfand sie das System der Evakuierungen ganzer jüdischer Gemeinden. In Kurland, in Litauen und vielen anderen Gegenden wurde der gesamten jüdischen Bevölkerung vor dem Herannahen der deutschen Truppen befohlen, ihre Heimstätten zu verlassen. Gewöhnlich wurde ihnen eine sehr kurze Frist gelassen, meist nur 1 oder 2 Tage, und oft auch mußten sie binnen weniger Stunden fortziehen. Wie groß

die Zahl der auf diese Weise binnen weniger Stunden aus ihren Heimstätten vertriebenen Juden ist, läßt sich heute noch gar nicht genau feststellen. Sie geht sicherlich hoch in die Hunderttausende. Der jüdische Dumaabgeordnete Friedmann schätzte sie in seiner Rede vom 1. August 1915 auf 500000; heute soll sie eine Million bereits überschritten haben. Mit welch unerhörter Brutalität dabei von seiten der russischen Behörden vorgegangen wurde, möge man den Berichten einiger Augenzeugen entnehmen, die wir in folgendem wiedergeben. Der erste stammt von einem Korrespondenten der „Jüdischen Rundschau" (Jahrg. 1915 Nr. 26) und lautet:

„Mitte Mai erging der Befehl, vermutlich auf Veranlassung der obersten Heeresleitung der russischen Armee, die genannten Gebiete des russischen Reiches ‚von Juden zu evakuieren', wie der technische Ausdruck lautet. Die Frist, die man den Juden vom Moment der Ankündigung dieser Maßregel bis zum Wegzug gewährte, schwankte zwischen 8 Stunden wie in Schawl und 30 Stunden wie in Kowno. Im Gouvernement Kowno allein wurden ca. 180000 Seelen von der Ausweisung betroffen. Ausgewiesen wurden alle Juden, die sich zu der betreffenden Zeit in diesen Gebieten aufhielten, auch Greise und Kinder, Frauen, die im Wochenbett lagen oder ihrer Niederkunft unmittelbar entgegensahen, Schwerkranke, Wahnsinnige, Krüppel und Blinde. Ausgewiesen wurden auch die Familien der eingezogenen Reservisten, alle jüdischen Soldaten, die sich mit Erholungsurlaub in der Heimat aufhielten, und sogar alle diejenigen jüdischen Soldaten, die sich in den Lazaretten befanden. Mit den Ausgewiesenen mußten die jüdischen Militärärzte und Sanitätspersonen die Orte verlassen, alle jüdischen Krankenhäuser und Hospitäler wurden von den Behörden geschlossen. Städte wie Kowno, Poneweſch, Wilkomir u. a. waren über Nacht mit einem Schlage verödet. In vielen Orten haben die Juden vor ihrem Abzug alle wertvollen Gegenstände, die sie nicht mitnehmen konnten, selbst vernichtet.

Die ausgewiesenen Juden durften sich nicht etwa in den benachbarten Gouvernements niederlassen, sondern erhielten Befehl, nach den östlichen Provinzen des Ansiedlungsrayons (Czernigow und Poltawa) auszuwandern. Trotz der ungeheuren technischen Schwierigkeiten, die der Auswanderung entgegenstanden, gab es weder Rücksicht noch Aufschub. Etwa 35—40000 Personen wurden am 18. und 19. Mai innerhalb von 30 Stunden in 26 sogenannten ‚Extrazügen' abtransportiert. Jeder dieser Züge bestand aus 40—70 Güterwagen, in die man Männer, Frauen und Kinder, Gesunde und Kranke, Menschen, Vieh und Mobiliar wahllos zusammengepfercht hatte. Den Zügen war es verboten, auf den Stationen zu halten. Die Entfernung der Haltestellen vom nächsten Bahnhof mußte mindestens 1 km betragen. Die Folge davon war,

daß den vielen Hilfskomitees, die sich sofort gebildet hatten, um den Ausgewiesenen auf ihrer Reise einigermaßen behilflich zu sein, ihre Arbeit außerordentlich erschwert wurde. Ein großer Teil der Ausgewiesenen fand jedoch in diesen ‚Extrazügen' keinen Platz mehr. Zehntausende fuhren auf Bauernwagen hinaus, für die horrende Preise (50, 80 und 100 Rubel) gefordert wurden. Zehntausende gingen zu Fuß.

Als die Evakuierung vollzogen war, begannen einzelne Handels- und Industriekorporationen, die russischen Minister der Finanzen und des Handels mit der Bitte zu bestürmen, daß wenigstens das Eigentum der Ausgewiesenen bewacht werden möge. Jüdische Abordnungen begaben sich zu dem Premierminister Goremykin sowie dem Minister des Innern Maklakow, um die Katastrophe abzuwenden. Jedoch erst nach vollbrachter Tat kam am 22. Mai der Befehl, wonach die Maßregel rückgängig gemacht werden sollte. Bald stellte es sich jedoch heraus, daß die Zurücknahme des Ausweisungsbefehls an entwürdigende Bedingungen geknüpft war.

Die in Betracht kommenden Gouvernements Kowno, Kurland und Suwalki unterstehen zur Zeit dem militärischen Generalgouvernement Fürst Tumanow, der seinen Sitz in Dwinsk hat. Dieser erklärte der jüdischen Abordnung, die sich bei ihm einfand, daß die Juden nur dann zurückkehren dürften, wenn sie aus den Reihen der Rabbiner und der wohlhabenden und einflußreichen Juden Geiseln stellten. Fürst Tumanow beauftragte die Abordnung hierbei, der jüdischen Bevölkerung klarzumachen, daß ‚diese Geiseln in Fällen des kleinsten Verrats seitens der Juden gehängt werden würden'. Auf Grund dieser Unterredung beschloß man, von der Erlaubnis, in die alten Heimstätten zurückzukehren, keinen Gebrauch zu machen, da die an diese Erlaubnis geknüpfte Bedingung die Ehre des Judentums herabwürdigt.

Seit Mitte Mai sind also außer den durch die früheren Ausweisungen Betroffenen weitere 280 000 Juden vertrieben. Aber auch alle anderen russischen Juden fühlen sich vogelfrei, seitdem trotz aller Opfer, die sie gebracht haben, von der russischen Regierung offiziell die Parole ausgegeben worden ist, daß sie Landesverräter seien."

Soweit der von einem Augenzeugen stammende, absolut authentische Bericht der „Jüdischen Rundschau". Einen womöglich noch entsetzlicheren Einblick in die Einzelheiten der Durchführung dieser Evakuierungen bietet die Schilderung, die der Dumaabgeordnete Dsiubinski in den Dumaverhandlungen vom 30. August 1915 anläßlich einer dringlichen Interpellation über die Behandlung der Juden im Kriegsgebiete gab. Er berichtete:

„Als Bevollmächtigter der fünften sibirischen Kommission war ich an der Front und kann bezeugen, mit welcher unermeßlichen Grausamkeit die

Verbannung der Juden aus dem Gouvernement Radom vorgenommen wurde. Die gesamte jüdische Bevölkerung wurde in einigen Nachtstunden evakuiert. Um 11 Uhr nachts wurde der jüdischen Bevölkerung der Wegzug mit der Drohung angekündigt, daß, wer bis Sonnenaufgang zurückbleibt, gehängt werde. So begann in einer dunklen Nacht der Abzug der Juden in die nächste Stadt Ilscha, 30 km entfernt. Greise, Kranke, Paralytiker mußten auf den Händen getragen werden, denn es gab keine Transportmittel. Die Zahl der Verbannten ist ungeheuer; aus dem Gouvernement Kowno z. B. sind 150 000 evakuiert, aus dem Gouvernement Grodno 60 000, aus Polen bis 200 004, insgesamt etwa eine halbe Million Menschen, verurteilt zu Qualen gleich Verbrechern. Die politischen und Gendarmeriebehörden verhalten sich zu den jüdischen Verbannten genau wie zu irgendwelchen Verbrechern. Auf einer Station z. B. wurde das Homeler jüdische Hilfskomitee zu den Waggons der Flüchtlinge nicht zugelassen, um sie mit Nahrung und Wasser zu versorgen. In einem Falle wurde ein Zug mit Verbannten, die in 2 Stunden evakuiert wurden, kein einziges Mal geöffnet, und niemand wurde zugelassen. Die Mehrzahl der Verbannten im Zuge war in einem Zustand von Halbtoten, 16 waren scharlachkrank, einer hatte Flecktyphus, und nach 3 Tagen starb eine kranke Frau an Erschöpfung. Einige Gouverneure in den Orten, wohin man die Verbannten brachte, steigerten die Leiden dieser unschuldigen Menschen, indem sie die schutzlosen Opfer geradezu verhöhnten. Eine besondere Energie in dieser Beziehung zeigte der Gouverneur von Poltawa, der Minsker Gouverneur Giers und der von Jekaterinoslaw."

Ein umfassendes Bild von der furchtbaren Lage der Ausgewiesenen entwarf der jüdische Dumaabgeordnete Friedmann in seiner Rede in der Duma am 29. August 1915. Wir entnehmen seiner erschütternden Darstellung nur die folgende Stelle:

„Ausgewiesen wurden die Juden aus Polen. In letzter Zeit folgte die Ausweisung aus den Gouvernements Livland, Kurland, Wolhynien, Podolien u. a. Alles in allem sind etwa 500 000 Juden an den Bettelstab gebracht worden. Wie wurden diese Ausweisungen gehandhabt, und wer hat die Juden ausgewiesen? Meine Herren! Wer das gesehen hat, der wird es sein ganzes Leben lang nicht vergessen! Man wies die Leute innerhalb 24 Stunden, in einigen wenigen Fällen innerhalb zweier Tage aus. Es wurden Frauen, Kinder, Greise und Kranke ausgewiesen. Man holte sogar die Irrsinnigen aus den Irrenhäusern heraus und zwang die Juden, sie mitzunehmen. Aus Mogilniza wurden 5000 Menschen innerhalb 24 Stunden vertrieben. Sie hätten nun über Kalwaria nach Warschau gehen können; man zwang sie jedoch, auf Umwegen in das Gouvernement Lublin zu reisen; man nahm ihnen die Möglichkeit, einen Teil ihrer Habe zu retten. Viele mußten zu Fuß gehen. Als sie nach Lublin kamen, gestattete man ihnen nicht, Aufenthalt zu nehmen,

und sie mußten weiterziehen. Auf dem Wege geschah ein Unglücksfall. Ein 6jähriger Knabe fiel aus dem Wagen und starb; man erlaubte den Eltern nicht, ihr Kind zu begraben. Ich selbst habe die Flüchtlinge aus dem Gouvernement Kowno gesehen. Leute, die gestern wohlhabend waren, sind über Nacht zu Bettlern geworden. Ich habe unter den Flüchtlingen jüdische Frauen und Mädchen gesehen, die zusammen mit russischen Damen gearbeitet haben, zusammen mit ihnen für die Soldaten Wäsche genäht und Spenden gesammelt haben und die jetzt auf den Eisenbahngeleisen lagen. Habe Familien im Felde stehender Krieger gesehen, ich habe unter den Flüchtlingen verwundete Soldaten, mit Georgskreuzen geschmückt, gesehen. Meine Herren! Das sind die Helden von gestern — die Spione von heute! Man erzählt, daß jüdische Soldaten, die durch polnische Städte zogen, mitansehen mußten, wie ihre Frauen und Kinder ausgewiesen wurden.

Versetzen Sie sich nun in diese schreckliche Lage, in diesen Ruin, der uns bedroht! Man hat die Juden in Frachtwagen transportiert, wie Vieh, mit Frachtscheinen. Ein Frachtschein wurde ausgeschrieben: Ware — 350 Juden, die nach der und der Stadt versandt wurden. Mitunter haben die Gouverneure sie nicht aufgenommen. Ich selbst war in Wilna, als ein ganzer Zug vier Tage lang auf der Station Nowo-Wilejsk stand. Diese Juden waren aus dem Gouvernement Kowno nach dem Gouvernement Poltawa ausgewiesen, der Gouverneur hatte sie jedoch nicht aufgenommen und nach Kowno zurückgeschickt, von dort hatte man sie wieder nach Poltawa gebracht."

Nach einer Schilderung vieler Einzelheiten dieser Evakuierungen erklärte der Abgeordnete Friedmann zusammenfassend: „Die spanische Inquisition war ein Scherz gegen das, was man heute den Juden zufügt!" Das ist in der Tat die richtigste Bezeichnung für die furchtbare Katastrophe, die von seiten der russischen Regierung für ihre jüdischen Untertanen herbeigeführt wurde.

Was diese Evakuierungen für die davon Betroffenen bedeuteten, braucht nicht gesagt zu werden. Den meisten war es natürlich unmöglich, in der kurzen Zeit, die ihnen gelassen wurde, ihre Habe mitzunehmen, und so verließen sie als Bettler ihre Heimstätten, in denen sie in jahrelanger Mühe sich etwas erworben hatten. Ihre Läden und Wohnungen wurden fast überall gleich nach ihrem Wegzug von dem Mob unter Beihilfe der Soldateska geplündert, und so bedeutet die Evakuierung für die meisten den völligen wirtschaftlichen Ruin. Die Regierung trug für die Hunderttausende von Flüchtlingen keinerlei Sorge, und der größte Teil von ihnen wäre untergegangen, hätte

nicht die russische Judenheit in bewundernswerter Opferfreudigkeit und Organisationskunst ein großzügiges Hilfswerk organisiert, durch das der Flüchtlingsstrom in geregelte Bahnen geleitet wurde.

Hier muß auch eine Tatsache richtiggestellt werden, die von russischer Seite bisher entstellt und ausgebeutet wurde: die sogenannte „Aufhebung" des Rayons. Die russische Regierung hat sich nicht wenig darauf zugute getan und in den neutralen Ländern den Glauben zu erwecken gesucht, sie habe den Ansiedlungsrayon abgeschafft. Demgegenüber muß betont werden, daß es sich keinesfalls um irgendwelche freiwillige, gesetzliche Aufhebung des Rayons handelt, sondern lediglich um die Tatsache, daß angesichts der Okkupation des größten Teils des Rayons durch die deutschen und österreichischen Truppen die Regierung gezwungenerweise den jüdischen Flüchtlingen erlauben mußte, auch außerhalb des Rayons zu wohnen. Der ministerielle Erlaß, der die sogenannte „Aufhebung" des Rayons ausspricht, erklärt dies auch mit aller Deutlichkeit. Das Zirkular des Ministers des Innern an die Gouverneure lautet: „Ew. Exzellenz teile ich mit, daß ich auf Grund der außerordentlichen Verhältnisse der Kriegszeit und bis zum Zeitpunkte der Revision der Judenfrage überhaupt mit Bezug auf den Beschluß des Ministerrates vom 4. August d. J. genehmige, daß Juden in den Städten des russischen Reiches außerhalb ihres allgemeinen Ansiedlungsrayons wohnen dürfen, mit Ausnahme der Hauptstädte und der Ortschaften, die innerhalb des Machtbereiches des Hofministers und des Kriegsministers liegen." Es geht somit klar aus dem Wortlaut des Zirkulars hervor, daß hier lediglich eine durch die Kriegsverhältnisse bedingte Notwendigkeit vorliegt, nicht aber irgendwelche rechtliche Besserung der Lage der russischen Juden, wie dies auch der oktobristische Dumaabgeordnete Rostowzew in der Duma erklärt hat, indem er ausrief: „Von welchem Rayon spricht man hier? Es gibt keinen Rayon mehr; Kaiser Wilhelm hat ihn abgeschafft!"

Die russische Judenheit ist sich auch dessen sehr wohl bewußt, und die Petersburger Konferenz der jüdischen Hilfskomitees vom 20. bis 23. August 1915 hat denn auch, um irgendwelche Mißverständnisse im Auslande zu verhindern, folgende Resolution zu diesem Punkte angenommen: „Die Konferenz konstatiert, daß das Aufenthaltsrecht

in den Städten außerhalb des Ansiedlungsrayons, welches den Juden gewährt worden ist, nicht imstande sei, die akuten und nicht aufzuschiebenden Forderungen des Tages zu befriedigen, und die Grundsäulen der jüdischen Rechtlosigkeit unberührt läßt. Die Konferenz drückt ihre tiefe Entrüstung aus über die Verfolgungen und Verleumdungen der jüdischen Bevölkerung während des Krieges und erklärt, daß nur durch die gesetzliche Abschaffung aller in bezug auf die Juden herrschenden Beschränkungen der Staat seine Pflicht dem jüdischen Volke gegenüber erfüllen und die Wiederholung solcher Verfolgungen unmöglich machen wird." Die russische Regierung aber suchte gleich aus der Abschaffung des Rayons Profit zu schlagen, und zwar in Form einer Anleihe bei englischen und amerikanischen jüdischen Bankiers. Graf Bobrinsky, der reaktionäre Dumaabgeordnete, erklärte ganz offen, daß die Abschaffung des Rayons erfolgt sei, „um eine Anleihe in Amerika unterzubringen". Erfreulicherweise haben die jüdischen Finanzmänner Amerikas das Spiel der russischen Regierung durchschaut, und aus der Anleihe ist wohl nichts geworden. Aber selbst diese von der Regierung für die Kriegszeit verfügte relative „Aufhebung" des Rayons ist noch vielfach an dem eigenmächtigen Verhalten der lokalen Behörden gescheitert, und zahllos sind die Fälle, in denen Gouverneure in ihre Gouvernements keine Juden hineinlassen, in vielen anderen wurden die bereits dort wohnenden Flüchtlinge wieder ausgewiesen. Das führende Blatt der russischen Judenheit „Jevrejeskaja Zhisn" erklärt denn auch am 23. August 1915: „Die neue Maßnahme bedeutet lediglich eine kleine Besserung der Lebensbedingungen von Bürgern, die keine Rechte haben und ohne Rechte bleiben. Die Juden werden im neuen Erlaß als Bürger zweiter Klasse betrachtet. Wir bleiben dieselben Parias. Die Unterscheidung zwischen Juden und anderen Bürgern bleibt und wird sogar noch mehr betont. Das Prinzip der jüdischen Gleichberechtigung ist nicht verwirklicht worden." Und der berühmte jüdisch-russische Historiker S. Dubnow — der später aus Petersburg ausgewiesen wurde — erklärte in einem Aufsatz in der „Jewerjeskaja Nedelja" (September 1915): „Sollte unsere weitere Emanzipation in demselben Tempo weitergehen, so werden wir unsere völlige Freiheit erst nach unserer völligen Vernichtung erlangt haben."

Dies ist der wahre Sachverhalt von der „Aufhebung" des Rayons, die in Wahrheit keine ist und keinesfalls als eine irgendwie gesetzliche Besserung der Lage der russischen Juden betrachtet werden kann. An den Verbrechen und Exzessen, die seitens der russischen Behörden und Soldaten den Juden gegenüber begangen wurden, ändert diese Maßregel auch nicht das Geringste.

Von diesen Verbrechen haben wir vorstehend nur die furchtbarsten kurz geschildert. Vieles andere — die willkürliche Unterdrückung der jüdischen Presse, das Verbot der jiddischen und hebräischen Sprache, die unerhörte Behandlung der kriegsentlassenen jüdischen Invaliden, die Hinrichtung vieler jüdischer, unschuldiger Geiseln für angeblich begangene Verrätereien — kann hier nur erwähnt werden. Die Leidensgeschichte der russischen Juden in der Kriegszeit in ihrer Gesamtheit zu schreiben, wird erst später möglich sein, und die Welt wird dann mit Schaudern in eines der furchtbarsten Kapitel der Geschichte menschlicher Bestialität und Niedertracht hineinschauen. Und diese Unsumme von Verbrechen und Schandtaten, wie sie schlimmer kein menschliches Hirn ersinnen könnte, durfte geschehen, ohne daß jemand den unglücklichen Opfern zu Hilfe gekommen wäre, ja ohne daß sie die Beachtung und das Mitleid der Kulturwelt gefunden hätten. In Rußland selbst protestierten zwar die liberalen Zeitungen gegen diese Exzesse, wurden aber gewöhnlich dann zur Strafe sofort unterdrückt; auch eine Anzahl russischer Schriftsteller erließ eine Sympathieerklärung zugunsten der Juden, und auch in der Duma fanden zweimal größere Debatten über die Behandlung der jüdischen Bevölkerung statt, ohne daß dies aber auch nur die geringste praktische Wirkung gehabt hätte.

Denn auch die russischen Liberalen — und dies ist vielleicht für die russische Judenheit das Traurigste von allem — ließen die Juden in Stich. Wirklich energisch traten für sie nur die Sozialisten und Arbeiterdeputierten ein; die Kadetten jedoch in ihrer fanatischen Kriegsbegeisterung wagten es nicht, gegen die russische Regierung aufzutreten, und erklärten, die Kriegszeit sei für eine Revision der Judengesetzgebung ungeeignet. Geradezu kläglich aber war ihre Haltung in der großen Debatte, die am 2. August 1915 in der Duma über die Nationalitätenfrage stattfand. Die Resolution, mit der diese Debatte ge-

schlossen wurde, forderte von der Regierung „ein gutes Verhältnis und freundliches Entgegenkommen gegenüber den Interessen aller ‚treugesinnten' Elemente der russischen Bevölkerung ohne Unterschied der Abstammung, der Sprache und des Bekenntnisses". Es war klar, daß das Wort „treugesinnt" sich offenkundig gegen die Juden richtete und in diesem Zusammenhang eine empörende Beleidigung derselben darstellte. Die Kadetten beantragten daher, dieses Wort zu streichen; als aber dieser Antrag abgelehnt wurde, stimmten sie dennoch für die Resolution unter Beibehaltung dieses Wortes und sanktionierten damit die brutale Verleumdung der russischen Juden, die diese Resolution ausspricht. Nicht besser verhielten sie sich in der letzten großen Debatte über die Judenfrage am 10. März 1916. Die jüdischen Abgeordneten Friedmann und Bomasch hatten eine Interpellation gestellt wegen eines Zirkulars des Polizeidepartements des Ministeriums des Innern an die Provinzbehörden vom 23. Juli 1915, in dem die Juden als Verräter und als die an der Teuerung, dem Mangel an Kleingeld sowie an den Niederlagen schuldigen Elemente bezeichnet worden waren. Nach einer gewundenen nichtssagenden Erklärung eines Regierungsvertreters zwangen die Kadetten die jüdischen Abgeordneten, die ihrer Fraktion angehörten, die Interpellation — zurückzuziehen. So haben auch die russischen Liberalen nichts für die Juden während des Krieges getan und nichts tun wollen. Völlig verlassen, ohne jeden Schutz, mußten diese ihr furchtbares Martyrium ertragen.

England und Frankreich aber, die Schützer der kleinen Nationalitäten und Vorkämpfer der Zivilisation, die angeblichen Schöpfer des jüdischen Emanzipationsgedankens, haben von alledem gewußt und auch nicht das Geringste zugunsten der Juden getan. Das Einzige, wofür sie Sorge trugen, war dies, daß nichts von diesen Schandtaten in ihren Ländern bekannt wurde. Die Presse durfte mit keinem Worte von all den Evakuierungen und Verfolgungen berichten, und jüdische Zeitungen in London, die es wagten, einiges davon zu melden, wurden sofort unterdrückt. Damit haben England und Frankreich bewiesen, daß sie entweder für die russischen Juden nichts tun können oder aber nichts tun wollen. Denn eins von beiden: entweder sie haben nichts zu ihren Gunsten tun können, dann werden sie es später noch viel weniger ver-

mögen; denn wenn sie jetzt, da Rußland sich in einer Notlage befindet und auf die finanzielle Unterstützung durch seine Bundesgenossen angewiesen ist, die Lage der russischen Juden auch nicht im geringsten zu verbessern, ja nicht einmal die unmenschlichsten Exzesse gegen sie zu verhindern imstande sind, dann ist es wohl klar, daß sie später, nach einem für Rußland siegreichen Kriege, noch viel weniger in dieser Hinsicht etwas werden ausrichten können. Oder aber es war in ihrer Macht, helfend einzugreifen, und sie wollten es nicht tun, dann stehen sie moralisch nicht besser da als ihr russischer Partner. Wie dem auch sei, die furchtbare Leidensgeschichte der russischen Judenheit im Kriege hat jedem, der die Dinge sehen will, wie sie sind, gezeigt, daß von dem Bündnis Rußlands mit England und Frankreich auch nicht das mindeste für die russischen Juden zu erhoffen ist. Vielleicht wäre von den Weststaaten etwas zu erwarten, wenn sie Rußland gegenüber unabhängig daständen. Solange sie ihm verbündet sind, ist jegliche Hoffnung, die wir Juden auf sie setzen, eitel Selbstbetrug und kindliche Selbsttäuschung. Unter diesen Umständen erscheint die Zukunft der russischen Judenheit in einem sehr düstern Lichte. Daß von der russischen Regierung selbst auch nicht die Spur einer Besserung der jüdischen Lage zu erhoffen ist, hat ihre Haltung im Kriege wohl zur Genüge bewiesen. Vor kurzem erst wurde aus Petersburg gemeldet, daß der Ministerpräsident Stürmer die von dem früheren „liberalen" Minister des Innern Schtscherbaow eingesetzte „Kommission zur Prüfung einer Revision der Judengesetzgebung" aufgelöst habe, ein deutlicher Beweis, daß die russische Regierung an keinerlei Änderung ihrer Judenpolitik denkt. Darüber hinaus aber trifft sie schon jetzt alle Anstalten, um nach dem Kriege im wahrscheinlichen Falle einer Niederlage die Empörung und die Wut der Volksmassen nach bewährter Methode auf die Juden abzulenken und sie als die einzig Schuldigen hinzustellen. Viele Befehle und Anordnungen der Behörden sowie die Äußerungen der offiziösen Presse bereiten schon heute den Boden dafür vor. Und so muß man denn für die Zeit nach dem Kriege die Möglichkeit eines Ausbruches von Pogromen gegen die russischen Juden befürchten, gegen die jene des Jahres 1905 ein Kinderspiel waren. So furchtbar das Schicksal ist, das sie bereits in diesem Kriege durch-

gemacht haben, düsterer und entsetzlicherer erscheint noch das Los, das ihnen nach dem Kriege droht. Und es kann so für jeden Juden kein Zweifel daran bestehen, daß es für all die Not und das Elend, das die russische Judenheit bisher zu ertragen gehabt hat, und für all das Furchtbare, das ihr vielleicht noch bevorsteht, nur eine Rettung gibt: die Möglichkeit einer empfindlichen Niederlage Rußlands in diesem Kriege. Nur in diesem Falle ist jene große innere Revolution in Rußland zu erwarten, auf die viele bisher vergeblich gerechnet haben, und die allein die Voraussetzung für eine Besserung der Lage der russischen Juden darstellt; nur in diesem Falle aber ist auch die Loslösung weiter Grenzgebiete Westrußlands vom Zarenreiche möglich und die Befreiung eines möglichst großen Teiles der russischen Judenheit vom russischen Joche zu erhoffen.

IV. Die rumänische Judenfrage.

Im Anschluß an Rußland muß auch ein Wort über die Judenfrage in Rumänien gesagt werden. Nach zweijährigem Feilschen und Zögern hat sich dieses endgültig der Entente angeschlossen und sein Heer mit den russischen Armeen vereinigt. Vom Standpunkt der jüdischen Lage — die aber hier wie anderwärts nur der Ausdruck des allgemeinen Kulturniveaus des Landes ist — kann man darin nur die Bestätigung des alten Spruches erblicken: „Gleich und gleich gesellt sich gern." Denn mit Rußland ist Rumänien bekanntlich derjenige Staat, in dem die jüdische Bevölkerung am furchtbarsten unterdrückt wird. Alle Bedrückungen und Brutalitäten der russischen Judengesetzgebung finden sich in Rumänien wieder; vermehrt aber noch durch einige andere, die selbst Rußland nicht kennt — so dürfen beispielsweise die rumänischen Juden keiner Handelskammer angehören, dürfen keine Börsen- oder Getreidemakler sein, können keine Kreis- und Gemeindeärzte, keine Rechtsanwälte und Notare werden —, und gekrönt durch die einzigartige Niederträchtigkeit, daß sie nicht einmal als Untertanen anerkannt sind, sondern schlechthin als „Fremde" gelten. Zwar werden sie zu allen Pflichten wie alle Bürger herangezogen — Steuerpflicht, Heeresdienst —, sind aber in allem, was ihre Rechte be-

trifft, „Fremde". Und all dies trotz des berühmten Artikels 44 des Berliner Vertrags, der die völlige Gleichberechtigung der Juden bestimmte[1]), und trotz des Artikels 7 der Konstitution, der lautet: „Der religiöse Glaube und die Konfession bilden in Rumänien kein Hindernis, um bürgerliche und politische Rechte zu erlangen." Beide Bestimmungen wurden einfach dadurch umgangen, daß man die Juden als „Fremde" erklärte, die mithin auf keinerlei Rechte überhaupt Anspruch erheben können. Trotz aller Proteste der öffentlichen Meinung Europas, trotz aller offiziellen und inoffiziellen Hinweise europäischer Staatsmänner und Souveräne auf diese offenkundige freche Verletzung der auf dem Berliner Kongreß feierlich übernommenenen Verpflichtung hat Rumänien bis heute an dieser beispiellosen Entrechtung seiner jüdischen Untertanen festgehalten und ihre Lage dauernd verschlechtert. Selbst die treue patriotische Haltung der rumänischen Judenheit im zweiten Balkankriege, da sich viele junge Juden als Kriegsfreiwillige meldeten, hat daran nichts geändert; zwar versprach dann die Regierung, allen jüdischen Soldaten die Bürgerrechte zu verleihen, aber nach dem leicht errungenen Siege brach sie dieses Versprechen mit demselben frechen Zynismus, mit dem sie den Berliner Vertrag dauernd verletzt. Und so ist die ökonomische und politische Lage der rumänischen Juden von unerhörter Trostlosigkeit, bei weitem elender und trostloser selbst als diejenige der russischen Judenheit.

Man muß daher von dem Eintritt Rumäniens in den Krieg an der Seite Rußlands für die rumänischen Juden ähnliche furchtbare Folgen befürchten, wie sie der Krieg den russischen Juden gebracht hat, und mit Schaudern mag man nur daran denken, was gegenwärtig die jüdische Bevölkerung der Moldau, wo die Vereinigung der russischen Truppen mit den rumänischen vor sich geht, wohl erdulden muß. Die ungerechte, brutale Behandlung der jüdischen Soldaten während der

[1]) Seine Hauptbestimmung lautete: „En Roumanie, la distinction des croyances réligieuses et des confessions ne pourra être opposée à personne comme un motiv d'exclusion ou d'incapacité en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différents professions et industries dans quelque localité que ce soit."

zweijährigen rumänischen Mobilisation, die bereits vor einiger Zeit erfolgte „Evakuierung" der jüdischen Bevölkerung der Grenzgebiete unter dem üblichen Vorwand ihrer „verräterischen Gesinnung", der sofort nach der Kriegserklärung erlassene Befehl der rumänischen Armeeleitung, wonach Juden in Schreibstuben, Intendanturen usw. nicht verwendet werden dürfen, sie vielmehr alle in die vorderste Linie geschickt werden müßten, alles dies gibt bereits eine Vorstellung von all dem Entsetzlichen, was dieser Krieg den rumänischen Juden noch bringen mag. Und wie ihre Lage im wesentlichen derjenigen der russischen Judenheit gleicht, so gilt auch für unsere jüdische Stellungnahme zu Rumänien dasselbe, was wir bei Rußland erkannt haben: wir müssen durchaus seine Niederlage erwünschen und ersehnen. Nur im Falle einer Niederlage ist eine gründliche innere Reformierung des rumänischen Staatswesens zu erwarten, die allein eine Besserung der jüdischen Lage bewirken kann; nur im Fall einer Niederlage ist auch eine teilweise Befreiung der rumänischen Juden von der rumänischen Herrschaft zu erwarten.

Um aber vom rumänischen Judenproblem zu der prinzipiell gleichartigen, ihres Umfanges wegen aber weitaus bedeutsameren russischen Judenfrage zurückzukommen, so bestätigt die Behandlung dieses parallelen Problems nur die Erkenntnis, zu der wir bereits gelangt waren, daß wir als Juden keinen größeren Wunsch haben können als den, daß Rußland besiegt und so ein möglichst großer Teil seiner jüdischen Bevölkerung vom russischen Joche erlöst werde.

Zweites Kapitel.

Die Ostjudenfrage.

Glücklicherweise hat es den Anschein, als ob diese Möglichkeit Wirklichkeit werden würde. Was zu Beginn des Krieges eine allzu kühne Illusion zu sein schien, darf heute als eine durch die realen Verhältnisse wohl begründete Erwartung und Wahrscheinlichkeit betrachtet werden. Ein großer Teil der westrussischen Gebiete (Kurland, Litauen, Polen, ein Teil von Wolhynien) ist von den Zentralmächten erobert worden, und ohne irgendwie in leere Prophezeiungen verfallen zu wollen, darf man doch heute behaupten, daß eine Rückeroberung dieser Gebiete durch Rußland im weiteren Verlaufe dieses Krieges unwahrscheinlich ist. Es fragt sich also in erster Reihe, ob Deutschland bereit ist, diese Gebiete an Rußland wieder zurückzugeben, oder aber entschlossen ist, sie dauernd vom Zarenreich zu trennen. Seit der Reichstagsrede des deutschen Reichskanzlers vom 5. April 1916 kann über diese Frage keine Unklarheit mehr bestehen; denn in klaren und deutlichen Worten hat der Kanzler erklärt, daß Deutschland die okkupierten Gebiete nicht wieder an Rußland zurückfallen lassen könne. Und nicht nur in Deutschland, auch in den Ländern der Entente scheint man schon vielfach mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß Deutschland dieses Kriegsziel zu verwirklichen in der Lage sein wird; ist es doch bezeichnend und vielsagend, daß in allen Reden und Interviews, in denen die Staatsmänner Englands und Frankreichs in der letzten Zeit sich über ihre Kriegsziele verbreitet haben, wohl von der Wiederherstellung Belgiens und Serbiens die Rede war, nicht aber von der Rückgabe Polens und Litauens. Man scheint sich mit dieser Eroberung Deutschlands bereits abgefunden zu haben.

Damit aber wird die ganze russische Judenfrage von neuem aufgerollt. Das bedeutsamste Problem der jüdischen Gegenwart, die Unter-

drückung und Vergewaltigung von Millionen russischer Juden, des Hauptteils des jüdischen Volkes, tritt damit in ein völlig neues Stadium. Was vordem kein jüdisches Herz zu hoffen sich erkühnt hat, daß der Tag kommen könne, da das Gros der russischen Judenheit von dem russischen Joche befreit würde, das rückt jetzt in greifbare, reale Nähe. Und die Ostjudenfrage wird damit wieder als bedeutsamste jüdische Frage auf die Tagesordnung des jüdischen Lebens gesetzt.

Worin besteht diese Frage, und welcher Art sind die Forderungen, die sich aus ihr für uns Juden ergeben? Um zweierlei handelt es sich hier: zunächst um die elementare Grundforderung der politisch-bürgerlichen Gleichberechtigung für die Ostjuden. Damit aber kann es nicht genug sein. Die osteuropäische Judenheit ist ein geschlossener jüdischer Organismus, der sich bis zum heutigen Tage seine jüdische Kultur und Tradition bewahrt hat, und es muß Sorge aller Juden sein, daß ihm die Möglichkeit gegeben wird, auch in Zukunft seine jüdischen Kulturwerte frei und ungehindert pflegen und fortentwickeln zu können. Darum wäre die Erteilung der politisch-bürgerlichen Gleichberechtigung noch nicht ausreichend, wenn sie auch schon einen großen und segensreichen Fortschritt gegenüber der bisherigen entrechteten Lage bedeuten würde. Neben der Gleichberechtigung müssen wir als Juden wünschen und verlangen, daß das osteuropäische Judentum in seiner kulturell-nationalen Sonderheit anerkannt und ihm die Möglichkeit zur Wahrung dieser Sonderart gegeben wird. Mit den Polen, Litauern, Letten, Balten und den anderen Nationalitäten der westrussischen Gebiete müssen auch die Juden als besondere Volksgruppe anerkannt werden und die gleichen Rechte wie jene anderen erhalten.

Die Erfüllung beider Forderungen, die den praktisch-politischen Kern der Ostjudenfrage ausmachen, war unter der russischen Herrschaft aussichtslos. Wie es mit der Gleichberechtigung aussah, haben wir im vorigen Kapitel gesehen. Noch viel weniger aber war an irgendwelche Ermöglichung freier kultureller Entwicklung zu denken. Wohl verwehrte die russische Regierung den Juden nicht die Pflege ihrer jiddischen Sprache und Kultur; aber es geschah dies nicht aus freier An-

erkennung ihrer Rechte, sondern als Folge ihrer Unterdrückungspolitik, um die Juden von der russischen Kultur auszuschließen und sie in einem großen Ghetto — dem Rayon — abzusperren. Freie Anerkennung der Juden in ihrer Sonderart und in ihrem Anspruch auf Wahrung dieser Sonderart war vom russischen Staate nicht zu erwarten, und wäre es auch in Zukunft nicht, selbst wenn irgendwelche inneren Reformen in Rußland erfolgen sollten. Denn wenn es irgendeine feste, historisch fixierte und geheiligte Tradition des russischen Staates gibt, so ist es die der prinzipiellen Nichtanerkennung und Unterdrückung der nichtgroßrussischen fremden Nationalitäten. Das innerste Wesen des russischen Staates ist der brutale großrussische Imperialismus, der keine Duldung und Gleichberechtigung anderer Nationalitäten verträgt. Alle Völker, die im Laufe der Jahrhunderte unter die russische Herrschaft kamen — und es waren ihrer nicht wenige —, wurden rücksichtslos unterdrückt und vergewaltigt, ob es Finnen oder Balten, Letten oder Litauer, Juden oder Polen, Ukrainer oder Georgier waren, und man lese den erschütternden Notschrei, den die Vertreter von neun unter russischer Herrschaft schmachtenden Fremdvölkern vor nicht langer Zeit an Präsident Wilson gerichtet haben, um zu verstehen, was von Rußland für die russische Judenheit vom Standpunkt der Pflege und Fortentwicklung ihrer Kultur und Tradition zu erwarten wäre.

Was aber dürfen wir von Deutschland erhoffen? Dürfen wir auf die Erfüllung beider Forderungen rechnen, falls die westrussischen Gebiete von Rußland getrennt werden, und Deutschland ihr Schicksal bestimmen wird? Es wäre natürlich vermessen, in ganz bestimmter Form heute schon Behauptungen aufzustellen, denn noch haben die leitenden Männer Deutschlands mit keinem Worte etwas Näheres über die Gestaltung der inneren Verhältnisse der okkupierten Gebiete verlauten lassen, und noch ist nicht der Zeitpunkt gekommen, da man schon bestimmte Erklärungen erwarten und fordern dürfte. Und so kann man nur Behauptungen aufstellen, die sich weniger auf unmittelbare Tatsachen und bereits bestehende Zustände stützen, als vielmehr auf die wahrscheinliche Lösung, die Deutschland auf Grund seiner Interessen all diesen Problemen geben wird. Und diese Betrachtung vom Gesichtspunkt der deutschen Interessen führt zu der bestimmten Erwartung,

daß beide Forderungen — die eine in restloser, die andere in mehr oder minder vollkommener Gestalt — ihre Erfüllung finden werden.

Worin besteht das deutsche Interesse an den okkupierten westrussischen Gebieten? Sie sollen gegen künftige russische Angriffe ihm als Schutz und Mauer dienen, die zu durchbrechen Rußland unmöglich sein soll. Drum müssen diese Gebiete politisch möglichst eng und fester an Deutschland und die Zentralmächte gekettet werden, muß das neue Staatsgebilde, das da entstehen soll, politisch unbedingt zuverlässig sein. Dies aber wird am besten erreicht werden können, wenn die verschiedenen Nationalitäten dieser Gebiete anerkannt und gleichberechtigt werden, so daß keine die alleinige Herrschaft ausübe, und so die Möglichkeit habe, durch einen eventuellen Anschluß an Rußland den Wert dieser Schutzmauer für Deutschland illusorisch zu machen. Während die Tradition und das Wesen des russischen Staates auf die Nichtanerkennung, Unterdrückung und gewaltsame Russifizierung der westrussischen Fremdvölker hindrängen, erfordert das deutsche Interesse ihre Anerkennung und die Ermöglichung kultureller Selbständigkeit für sie alle. Damit aber fällt die Forderung freier kultureller Entwicklungsmöglichkeit für die Ostjudenheit innerhalb des Rahmens der deutschen Interessen, und ihre Erfüllung wird so zu einer begründeten Wahrscheinlichkeit.

Es kommt aber für die Juden noch ein ganz besonderes Moment hinzu, das zugunsten ihrer Ansprüche wirkt. Sie sind von allen Bevölkerungsgruppen dieser Gebiete die sprachlich und kulturell dem Deutschtum am nächststehende. Nicht, daß sie sich irgendwie als Deutsche fühlten; es wäre absurd, solches zu behaupten. Aber durch ihre jiddische Sprache, die ja in ihrem Wortgrundstock größtenteils deutsch ist, ist ihnen das Verständnis des Deutschen stets sehr leicht geworden, und so sind sie auch in ihrer Kultur von der deutschen stark beeinflußt worden. Dies aber ist für Deutschland darum von erheblicher Bedeutung, weil es ja im Falle einer Lostrennung dieser Gebiete von Rußland selbstverständlich bestrebt sein muß, sie nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell in den mitteleuropäischen Kreis einzugliedern und sie so an sich zu ketten. Diese Eingliederung und Überleitung vorzunehmen, sind aber die Juden als die der deutschen Sprache nächststehenden, außerdem aber als die Städter und Händler die ge-

eignetste Bevölkerungsschicht, so daß auch dieses Moment die Berücksichtigung der jüdischen Ansprüche und die Sicherstellung ihrer freien Entwicklungsmöglichkeit als im deutschen Interesse gelegen und die Verwirklichung dieser Forderungen als wahrscheinlich erscheinen läßt.

Was bisher an Äußerungen der deutschen öffentlichen Meinung, sowie an Verordnungen und Maßnahmen der deutschen Behörden in den okkupierten Gebieten vorliegt, kann gleichfalls diese Erwartung nur bestärken. Bald nach der Eroberung Warschaus setzte in der deutschen Presse eine eifrige Erörterung der Ostjudenfrage ein, wobei der größere Teil der zu Worte gekommenen Schriftsteller und Zeitungen für die Gewährung politischer und kultureller Gleichberechtigung für die polnischen Juden neben den Polen eintrat. Von besonderen Büchern, die über diese Frage erschienen sind, sei hier nur die Schrift von Dr. Grabowsky, „Die polnische Frage", erwähnt, die namentlich auch in Regierungskreisen Beachtung fand, und in welcher der angesehene konservative Schriftsteller sehr eifrig und warm für die politische und kulturelle Gleichberechtigung der polnischen Judenheit eintritt.

Die Regierung selbst hat naturgemäß noch keinerlei Stellung genommen. Allein die Haltung der deutschen Behörden in den okkupierten Gebieten den Juden gegenüber zeugt von ihrem Bestreben, ihnen Recht widerfahren zu lassen und sie neben den anderen Nationalitäten zu berücksichtigen. Gleich zu Beginn des Krieges, sofort nach dem Einmarsch der deutschen und österreichischen Armeen in Polen, verbreiteten die Armeeoberkommandos beider Heere in jiddischer und hebräischer Sprache eine Proklamation an die jüdische Bevölkerung, die wir ihrer grundsätzlichen, richtungweisenden Bedeutung wegen hier zum Abdruck bringen:

„Die tapferen Armeen der großen mitteleuropäischen Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns haben Polen betreten; der machtvolle Vormarsch unserer Armeen hat die despotische russische Regierung zur Flucht gezwungen. Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit: bürgerliche Gleichberechtigung, Glaubensfreiheit, die Möglichkeit, ungestört auf allen Gebieten des ökonomischen und kulturellen Lebens nach Eurer Art zu schaffen. Wie lange schon leidet Ihr unter dem eisernen moskowitischen Joche. Als Freunde kommen wir zu Euch,

die barbarische Herrschaft Rußlands hat ein Ende gefunden. Die Gleichberechtigung für die Juden soll auf festen Fundamenten errichtet werden. Laßt Euch nicht wie so oft durch falsche Versprechungen irreführen. Hat nicht im Jahre 1905 Euch der Zar die Gleichberechtigung versprochen? und hat er nicht dies in seinem Manifest erklärt? Wie hat er dieses sein Versprechen erfüllt, das er angesichts der ganzen Welt gegeben hat? Gedenkt der Ereignisse von Kischinew, Homel, Bialystok, Siedlez und vieler anderer Pogrome! Gedenkt des Beilisprozesses und der Bemühungen der barbarischen russischen Regierung, die niederträchtige Ritualmordlüge unter dem Volke zu verbreiten! So hat der Zar sein monarchisches Wort gehalten, das er Euch in einer Stunde der Not gegeben hat. Auch jetzt befindet er sich wieder in einer Notlage. Das ist die Ursache seiner Versprechungen. Eure heilige Pflicht ist es jetzt, alle Kräfte zu sammeln und bei der Befreiung mitzuarbeiten. Alle Volkskräfte: Eure Jugend, Eure Gemeinden, Eure Organisationen müssen sich wie ein Mann in den Dienst der heiligen Sache stellen. Wendet Euch mit dem größten Vertrauen an die Kommandanten unserer Truppen in den Orten, in denen sie Euch nahe sind. Bahnt den Weg, den Feind zu bezwingen, und den völligen Sieg der Freiheit und Gerechtigkeit herbeizuführen!

Die oberste Leitung der verbündeten deutschen
und österreichisch-ungarischen Armee."

Daß aber die Versprechungen dieses Aufrufs keine leeren Worte waren, zeigt das Verhalten der Behörden. In den meisten Städten der okkupierten Gebiete wurden von militärischen Kommandanten Stadtverwaltungen aus der einheimischen Bevölkerung eingeordnet, in die auch jüdische Vertreter, dem Anteil der Juden an der Stadtbevölkerung entsprechend, berufen wurden, so in Lodz, Wilna, Grodno, Bialystok u. a.

Nur in Warschau wurde zunächst das schon vor der Besetzung der Stadt ins Leben gerufene polnische Bürgerkomitee, dem kein einziger Jude angehörte, in seiner Funktion gelassen, bis es vor einiger Zeit aufgelöst wurde, um durch eine auf allgemeine Wahlen beruhende Stadtverwaltung ersetzt zu werden. Die Geschichte der Entstehung der Wahlordnung, auf Grund deren die Wahl erfolgen soll, ist recht

interessant und bedeutsam. Ein polnisches Komitee wurde zuerst mit der Abfassung der Wahlordnung beauftragt; es beabsichtigte, dieselbe so zu gestalten, daß ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung entrechtet worden wäre; so sollte nach seinen Vorschlägen nur derjenige wählen können, der die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrsche, eine Wohnung auf eigenem Namen besitze, oder aber eine Mittelschule besucht habe. Da aber infolge der Politik der russischen Regierung der größte Teil der jüdischen Bevölkerung vom Schulbesuch ausgeschlossen ist und so weder die polnische Sprache beherrscht noch eine Mittelschule besucht hat, würde eine solche Bestimmung für die meisten eine Entziehung ihres Wahlrechts bedeutet haben. Allein die deutsche Zivilverwaltung ließ es gar nicht erst zu konkreten Vorschlägen des polnischen Komitees kommen, sondern gab am 9. Mai 1916 öffentlich bekannt, daß „sie unter diesen Umständen geglaubt hat, nicht länger untätig einer Entwicklung zusehen zu sollen, die infolge ihres schleppenden Ganges und ihrer unklaren und unbefriedigenden Ergebnisse die städtischen Interessen Warschaus und seiner Bevölkerung ernstlich zu gefährden geeignet sei". An demselben Tage erließ sie in Nr. 32 des Verordnungsblattes eine Stadtordnung für Warschau nebst einer Wahlordnung für die Stadtverwaltung. Nach dieser Wahlordnung genießen die Juden volle Gleichberechtigung. Für den Besitz des aktiven Wahlrechts wird weder die Kenntnis der polnischen Sprache noch der Besuch einer Mittelschule verlangt, sondern jeder männliche Bürger Warschaus, der 25 Jahre alt ist und seit 2 Jahren in Warschau wohnt, ist wahlberechtigt. Gewählt wird in 6 Kurien, die nach den verschiedenen Berufen gebildet werden, und innerhalb der Kurien gilt das Verhältniswahlsystem, was für die Juden außerordentlich wichtig ist, da ihnen so die Möglichkeit gegeben ist, in allen Kurien eigene Kandidaten durchzubringen, was unmöglich gewesen wäre, wenn das Majoritätswahlsystem gegolten hätte. Eine einzige Anordnung nur, die den Besitz des Wahlrechts von einem 15jährigen Aufenthalt in Polen abhängig macht, ist als eine Beeinträchtigung der Juden anzusehen und auf polnischen Einfluß zurückzuführen. Von ihr abgesehen, trägt das Wahlrecht, wenn es auch noch nicht das vom jüdischen Standpunkt ideale ist — dieses könnte nur das Kuriensystem auf nationaler Grund-

lage sein — doch den berechtigten Ansprüchen der jüdischen Bevölkerung durchaus Rechnung und sichert ihre volle Gleichberechtigung. Bei den Anfang Juli erfolgten Wahlen haben denn auch die Juden auf Grund eines Abkommens mit den Polen 19 Kandidaten durchgebracht, wobei zu beachten ist, daß sie sehr wohl in der Lage waren, eine größere Zahl von Abgeordneten zu entsenden, sich aber im Bestreben, es nicht zu einem Wahlkampf mit den Polen kommen zu lassen, mit dieser kleineren Zahl begnügten. Dasselbe Prinzip völliger Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung beherrscht auch die allgemeine Städteordnung, die Generalfeldmarschall Hindenburg für das gesamte Okkupationsgebiet erlassen hat. Und nun vergleiche man damit das Gesetz der „städtischen Selbstverwaltung" in Polen, das unter der russischen Herrschaft kurz vor dem Kriege von der Duma akzeptiert und in wenig veränderter Gestalt zu Beginn des Krieges erlassen wurde (veröffentlicht in Nr. 91 der russischen Gesetzessammlung vom 23. März 1915). Das Gesetz ist ganz auf dem Grundsatz der Zurücksetzung der Juden aufgebaut. Nach Art. 12 des Gesetzes dürfen die Juden keinerlei städtischen Ämter bekleiden. Art. 16 schafft für die jüdischen Wähler eine besondere Kurie, und Art. 18 bestimmt, daß die Zahl der jüdischen Stadtverordneten in den Städten, in denen die Juden weniger als die Hälfte der Bevölkerung bilden, ein Zehntel, in den Städten, in denen sie mehr als die Hälfte bilden, ein Fünftel der Gesamtzahl der Stadtverordneten nicht überschreiten darf. Um die empörende Ungerechtigkeit, die in diesen Beschränkungen liegt, zu verstehen, darf man nicht vergessen, daß die Juden in 4 polnischen Gouvernements mehr als 50 Prozent der Bevölkerung bilden, in einzelnen Städten sogar mehr als 80 Prozent. Überall aber dürfen sie nicht mehr als höchstens ein Fünftel der Stadtverordneten wählen; den Rest wählt die polnische Bevölkerung. Und es wurde der Fall angeführt, daß in einem bestimmten Städtchen 15 Nichtjuden — 24 Stadtverordnete zu wählen haben. Man halte diese russische Städteordnung mit der deutschen zusammen, um zu verstehen, welch unvergleichliche Besserung ihrer Lage die Trennung der westrussischen Gebiete von Rußland für die jüdische Bevölkerung herbeiführen würde.

Von demselben Geiste des Entgegenkommens der Gerechtigkeit der

jüdischen Bevölkerung gegenüber zeugt auch die Haltung der deutschen Behörden in der für das innere Leben der Ostjudenheit so wichtigen Schulfrage. Hier vor allem war sie vor die Frage gestellt, ob sie die jiddische Volkssprache als gleichberechtigt neben der polnischen anerkennen solle. Und überall hat sie sich auf den Standpunkt der Anerkennung des Jiddischen als Schulsprache gestellt. In der Schulordnung, die Generalfeldmarschall Hindenburg für die okkupierten Gebiete erlassen hat, ward zwar offiziell das Deutsche als Unterrichtssprache in den jüdischen Schulen eingeführt. Aber sehr bald erfolgte eine Interpretation, wodurch das Jüdisch-Deutsche als deutscher Dialekt anerkannt ward, so daß es überall als Schulsprache dienen darf. Dieser Standpunkt der Behörde fand seine klarste Formulierung in einer Erwiderung des Warschauer Polizeipräsidiums vom 14. Dezember 1915 auf eine Eingabe des Vorstandes der Warschauer jüdischen Gemeinde, die die Einführung des Polnischen als Schulsprache forderte (um das Seltsame dieser Forderung der Einführung des Polnischen von seiten einer jüdischen Gemeinde zu verstehen, darf man nicht vergessen, daß der Vorstand der Warschauer Gemeinde auf Grund eines korrupten Wahlsystems aus einer kleinen Zahl von durchaus an das Polentum assimilierten Juden besteht, deren Haltung im schärfsten Widerspruch zu den Wünschen und Forderungen der jüdischen Massen steht). Die Antwort des Warschauer Polizeipräsidiums lautet in ihren wichtigsten Teilen:

„Das Verlangen nach Volksschulen für die polnischsprechenden jüdischen Kinder ist durch die schon bestehenden jüdischen Schulen mit polnischer Unterrichtssprache im hohen Maße befriedigt, zumal die höhere jüdische Schicht die Kinder nicht in die Volksschule schickt. Andererseits mangelt es stark an jüdischen Schulen überhaupt. Die Schulverwaltung wird dafür sorgen, daß die städtische Verwaltung eine größere Anzahl jüdischer Schulen mit der Unterrichtssprache im Jargon eröffnet. Dies ist unumgänglich nötig, da die Muttersprache der Mehrheit der jüdischen Kinder der Jargon ist. Dadurch wird die Verwaltung die Wünsche der breiten Schichten der jüdischen Bevölkerung berücksichtigt haben. Überdies will die Verwaltung während der Okkupationszeit das Schulwesen nicht einseitig, gemäß den Wünschen bloß eines

Bruchteiles regeln, um nicht dadurch bei der übrigen jüdischen Bevölkerung Empörung und Unzufriedenheit hervorzurufen. Auch muß während der Okkupation dem entgegengewirkt werden, daß in nationaler Hinsicht irgendeine Beeinflussung der jüdischen Bevölkerung, die zum größeren Teil sprachlich und kulturell nicht polnisch ist, ausgeübt werde." Und entsprechend dieser Anerkennung des Jiddischen hat die deutsche Zivilverwaltung die Oberaufsicht über das jüdische Schulwesen einem jüdischen Dezernenten übertragen und zu seiner Unterstützung zwei orthodoxe Rabbiner berufen, die speziell mit der Neuorganisierung der Chedarim betraut wurden. Außerdem aber — und dies ist von großer Bedeutung — sorgt sie dafür, daß eine bestimmte Zahl von jüdischen Schulen in den einzelnen Städten von den Stadtverwaltungen unterhalten werden, während unter der russischen Herrschaft die Stadtbehörden bekanntlich auch keinen einzigen Groschen für die jüdischen Schulen hergaben, und diese lediglich von jüdischen Geldern unterhalten wurden. Welche schnell fortschreitende Entwicklung unter der deutschen Verwaltung das jüdische Schulwesen nimmt, zeigt beispielsweise die Tatsache, daß in Lodz im Jahre 1914 18 öffentliche Schulen (mit Ausschluß der Chedarim) mit 2980 Schülern bestanden, im Jahre 1916 aber bereits 32 Schulen mit 7400 Schülern.

All dies sind naturgemäß nur provisorische Maßnahmen und stellen noch keine dauernde, bestimmte Regelung der Lage der jüdischen Bevölkerung dar. Aber sie zeugen doch in charakteristischer Weise von dem Geist, der die deutschen Behörden leitet, und von ihrer Haltung gegenüber den Juden. Die Betrachtung des gegenwärtigen Zustandes zeigt bereits, daß die eine jüdische Grundforderung, die politisch-bürgerliche Gleichberechtigung betreffend, schon jetzt restlos verwirklicht ist und zweifellos auch bei der dauernden Regelung zum unantastbaren Prinzip erhoben werden wird. Was aber die andere Forderung nach kultureller Selbständigkeit und Gleichberechtigung betrifft, so wird es naturgemäß noch notwendig sein, daß die osteuropäische Judenheit mit Energie und in sich einig und geschlossen für die Anerkennung auch dieses Prinzips kämpft. Allein die Anerkennung des Jiddischen als Unterrichtssprache in den Schulen, die Einführung des Proportionalwahlsystems für die Warschauer Stadtratswahlen dürfen als Vorzeichen

und Symptome angesehen werden, die auch die Erfüllung dieser Forderung erwarten lassen. Was dies aber für die osteuropäische Judenheit und darüber hinaus für das gesamte jüdische Volk bedeuten wird, läßt sich heute noch gar nicht übersehen. Wenn die Millionen Juden in den westrussischen Gebieten frei und ungehemmt wirtschaftlich und politisch sich ausleben und ihre jüdische Kultur pflegen und fortentwickeln können, so bedeutet dies für das gesamte Judentum einen Kraftzuwachs und eine innere Stärkung vom höchsten Werte.

Wie aber auch die Regelung der ostjüdischen Frage im Falle einer Lostrennung der westrussischen Gebiete von Rußland im einzelnen ausfallen möge, daß sie jedenfalls einen außerordentlichen Fortschritt gegenüber der bisherigen Lage unter russischer Herrschaft darstellen wird, bedarf keines Beweises. Allerdings würde sich die wirtschaftliche Lage der Juden der okkupierten Gebiete in der ersten Zeit nach der Losreißung von Rußland ungünstiger gestalten, da der Handel dieser Provinzen, der vorwiegend in ihren Händen lag, sein Absatzgebiet im Innenrußland hat. Aber zunächst darf man erwarten, daß die wirtschaftliche Tüchtigkeit der Ostjuden auch der neuen Lage bald Herr werden wird, wobei ihnen von seiten Deutschlands, das ja alles Interesse an dem wirtschaftlichen Wohlstande der neuen Gebiete hat, gewiß Unterstützung zuteil werden wird. Allein, selbst wenn ihre Befreiung von der russischen Herrschaft in der ersten Zeit wirtschaftlich ungünstig wirken würde, welcher Ostjude wollte auf seine bürgerliche und politische Gleichberechtigung wirtschaftlicher Vorteile wegen verzichten? Auch das Verhältnis zu den Polen, das bisher, zum großen Teil infolge der gegenseitigen Verhetzung seitens der russischen Regierung, recht gespannt war, wird wohl unter den neuen Verhältnissen, da den Polen freie Entwicklungsmöglichkeit gegeben sein wird, gewiß besser werden, und mehrere Symptome deuten bereits heute auf den Beginn einer Besserung des gegenseitigen Verhältnisses hin. Es kann nach alledem kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Trennung der westrussischen Gebiete von Rußland für die jüdische Bevölkerung eine bedeutende Verbesserung ihrer Lage darstellen würde, so daß jeder Jude wünschen muß, daß die Zentralmächte in der Lage sein mögen, das Programm des deutschen Reichskanzlers zu verwirklichen.

Drittes Kapitel.

Die jüdische Emigrationsfrage und die palästinensische Kolonisation.

Es bleibt uns noch übrig, die Frage unserer Stellungnahme als Juden in diesem Kriege vom Gesichtspunkt des dritten großen Problems der jüdischen Politik zu prüfen, vom Gesichtspunkt der jüdischen Emigrationsfrage. Das Problem darf nicht unterschätzt werden. Es kann für die künftige Entwicklung des jüdischen Volkes von geradezu ausschlaggebender und entscheidender Bedeutung werden. Denn die jüdischen Emigrantenmassen können dazu bestimmt sein, unter günstigen Verhältnissen die Grundlagen einer neuen, freien, allen Verfolgungen und unnatürlichen Daseinsbedingungen des Diasporajudentums entrückten, jüdischen Zukunft zu errichten.

Der Umfang der jüdischen Emigration vor dem Kriege ist bekannt. Es wanderten in der Zeit von 1881 bis 1908 aus Osteuropa 2 136 000 Juden aus, also etwa der sechste Teil des gesamten jüdischen Volkes. Daß die jüdische Emigrationsbewegung auch nach dem Kriege fortdauern wird, ist mit Sicherheit anzunehmen; ja es ist zu erwarten, daß sie infolge des ökonomischen Ruins von Hunderttausenden von Juden in den westrussischen Gebieten sowie in Galizien infolge des Krieges an Umfang noch zunehmen wird. Und es entsteht so die große und schicksalsschwere Frage: Wohin soll diese Emigration gehen und wie soll sie eingeordnet werden?

Das bisher wichtigste jüdische Emigrationsland war Nordamerika. Es ist wahrscheinlich, daß es auch nach dem Kriege zunächst das hauptsächlichste jüdische Einwanderungsland bleiben wird, wenn auch vieles darauf hindeutet, daß es gewillt ist, seine Tore vor den jüdischen Emigranten immer mehr zu schließen. Schon in den letzten Jahren wurde die jüdische Einwanderung immer mehr erschwert, und zu

Beginn des Krieges (im Januar 1915) scheiterte ein Gesetz — die Burnett-Bill —, das die jüdische Einwanderung so gut wie unmöglich gemacht hätte und bereits vom Senat und Repräsentantenhaus angenommen worden war, lediglich am Veto des Präsidenten Wilson. Ob nicht jedoch im Falle einer starken jüdischen Neueinwanderung nach dem Kriege die einwanderungsfeindlichen Parteien, zu denen vor allem auch die mächtigen Gewerkschaften zählen, ihren Willen doch durchsetzen werden, ist noch sehr die Frage. Doch wie dem auch sei, Amerika muß bei unserer Betrachtung völlig ausscheiden, da es ja vom Ausgang des Krieges nicht berührt wird, und außerhalb unserer Frage nach unserer Stellungnahme im Kriege steht.

Von all den Ländern, die gegenwärtig am Kriege teilnehmen, kommt für uns hier nur eins in Betracht: die Türkei. Um so größer aber ist die Bedeutung, die diese als Einwanderungsland für uns Juden besitzt.

Die Türkei ist schon seit Jahrhunderten das Ziel vieler jüdischer Wanderer gewesen, die Zufluchtsstätte vieler geplagten und verfolgten Juden. In den Tagen, da man die Juden aus Spanien und Portugal vertrieb, wandte sich ein großer Teil der Vertriebenen nach der Türkei, und es wird für immerdar ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Osmanenreiches bleiben, daß es die jüdischen Einwanderer stets mit größtem Wohlwollen aufnahm und seine jüdischen Untertanen stets in der toleransten Weise behandelt hat. Leider war die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bis heute nur langsam und mangelhaft, und so bot es in den letzten Jahrzehnten für größere jüdische Einwandererermassen wenig Raum und Existenzmöglichkeit; sonst wäre zweifelos ein beträchtlicher Teil der nach Amerika Emigrierten nach der Türkei gegangen, denn für den „türkischen Vetter" besaß und besitzt der Ostjude stets eine ganz besondere Sympathie. Diese wirtschaftliche Stagnation, in der die Türkei sich bisher befand, wird in Zukunft nicht mehr fortdauern. Schon die letzten Jahre vor dem Kriege bahnten eine neue, schnell fortschreitende Entwicklung des Landes, eine steigende Kapitalisierung und Industrialisierung an, und nach dem Kriege wird dieser Prozeß sicherlich einen sehr beschleunigten und erweiterten Fortgang nehmen. Der vorderasiatische Gedanke, der die Türkei eng an Österreich-Ungarn und Deutschland knüpfen will, wird seine Verwirklichung

finden, und deutsches Kapital und deutsche Energie werden ein rasches Emporblühen der türkischen Wirtschaft anregen. In dem Maße aber, in dem die Türkei wirtschaftlich fortschreitet, in dem Industrie und Handel sich steigern, wird es für die jüdischen Emigranten zu einem immer geeigneteren Einwanderungslande werden.

Aber nicht nur kann die Türkei für uns Juden überaus bedeutsam werden; wir Juden sind auch für die Türkei von Bedeutung, und gerade auf die Erkenntnis dieses gegenseitigen Wertes, den beide füreinander haben, stützen sich die großen Hoffnungen, mit der wir der Zukunft der Türkei entgegensehen. Alle Kenner des Landes sind sich einig, daß ihm zur wirtschaftlichen Regenerierung vor allem eins fehlt: Menschen, schaffensfrohe, arbeitsame Einwohner, die die reichen natürlichen Schätze des Landes heben und fruchtbar machen können. Wer aber wäre da geeigneter und wertvoller für die Türkei als die jüdischen Emigranten, die selbst in Amerika, dem so hochentwickelten Lande der Großindustrie und des Trustkapitalismus so Großes bereits geleistet haben und überall in der Welt zu den Pionieren des wirtschaftlichen Fortschritts zählen? Die jüdischen Emigranten besitzen für die türkische Regierung noch den weiteren Vorzug, daß sie ohne alle politischen Aspirationen ins Land kommen und nicht Werkzeuge und Schrittmacher irgendwelcher fremden Mächte sind, deren Einfluß sie stärken könnten. Die Juden, die nach der Türkei einwandern, kommen nur als Juden hin, mit Gefühlen der Liebe und Sympathie für dieses Land, als loyale und treue türkische Bürger.

Von ganz besonderer Bedeutung innerhalb des türkischen Staatswesens ist aber für uns Palästina. Nicht nur weil die starke zionistische Weltorganisation die Kolonisation dieses Landes auf ihre Fahne geschrieben hat, sondern auch, weil Palästina für alle Juden der Welt von besonderer Weihe umflossen ist und für die Majorität des Volkes bis zum heutigen Tage das Land seiner historischen Zukunftshoffnungen und religiösen Ideale geblieben ist. Dies ist eine Tatsache von größter Bedeutung, der jeder jüdischer Politiker Rechnung tragen muß. Die Kolonisierung jüdischer Emigranten in Palästina gelingt leichter und besser als in jedem anderen Lande, und die Erfolge der jüdischen Kolonisation in Palästina übertreffen die aller anderen jüdischen Koloni-

sationsversuche. Es ist beispielsweise bekannt, wie verhältnismäßig gering die Ergebnisse des Kolonisationswerks der von Baron Hirsch gegründeten Ica (Jewish Colonisation Association) in Argentinien sind, die doch mit so großen Kapitalien (300 000 000 Frank) arbeitet; und wenn man damit die Leistungen der jüdischen Kolonisation in Palästina vergleicht, diesen Kranz jüdischer Kolonien, die die Bewunderung aller hervorrufen, die sie sehen, so erkennt man am besten, welch ungemein fruchtbare und wunderwirkende Kraft in der jüdischen Zionsliebe ruht, eine Kraft, die für die Gestaltung der jüdischen Zukunft nutzbar zu machen jeder Jude bestrebt sein muß.

Gerade an dem, was bisher in Palästina geleistet worden ist, mag die Türkei erkennen, von welchem Werte für sie die jüdische Emigration und Kolonisation ist. Große Strecken Landes, die vordem wüst und öde waren, sind durch die jüdischen Kolonien in blühende Gärten und Äcker verwandelt worden; der Handel der palästinensischen Städte ist bedeutend gestiegen, Schulen sind überall entstanden, und das Land, das vor 30 Jahren wüst, unkultiviert und für den Reisenden gefährlich war, ist heute in weiten Strecken ein reiches Kulturland mit regem Leben. Erst vor wenigen Jahren hat ein Bericht des deutschen Konsuls in Jaffa an der Hand eines reichen Materials diese außerordentliche Steigerung des Handels Palästinas infolge der jüdischen Kolonisation dargestellt. So ist — um nur ein Beispiel herauszugreifen — der Orangenexport, der durch Jaffa ging, in den Jahren 1903–1910 von 2½ Millionen Franken auf 6 Millionen gestiegen, der Gesamthandel Jaffas aber in derselben Zeit von 19 Millionen Franken auf 46 Millionen. Und was bisher geleistet wurde, bedeutet ja nur einen kleinen Anfang; welche Fülle großer, bedeutsamer Werte wird da noch geschaffen werden können, wenn das bisher Begonnene auf breiter Basis, in ungehemmter Entfaltung und in sehr viel schnellerem Tempo wird fortgesetzt und entwickelt werden können.

Weite Kreise der europäischen Öffentlichkeit haben denn auch schon die große, allgemeine kulturelle Bedeutung des jüdischen Kolonisationswerks in Palästina erkannt und es mit warmer Sympathie begrüßt. Vor allem in Deutschland, und gerade während des Krieges, haben sich viele Stimmen vernehmen lassen, die mit Eifer und Wärme für die

jüdische Kolonisation Palästinas eintraten und sie als das geeignetste Mittel zur Lösung der östlichen Judenfrage bezeichneten. Wir erwähnen von bekannten Schriftstellern und Politikern, die sich in diesem Sinne geäußert haben, Dr. Paul Rohrbach, Prof. Ernst Jäckh, Dr. Alfons Paquet, Prof. Ballod; angesehene politische Zeitschriften wie „Das Größere Deutschland", die „Grenzboten", die „Sozialistischen Monatshefte", die „Hilfe", die „Preußischen Jahrbücher" haben im gleichen Sinne Stellung genommen, und erst vor einiger Zeit brachte das leitende, sehr einflußreiche Parteiorgan der Konservativen, die „Kreuzzeitung", in einem Artikel über Palästina seine Sympathien für die jüdischen Kolonisationsbestrebungen zum Ausdruck. Daß aber auch die deutsche Regierung diesen Bestrebungen sehr wohlwollend gegenübersteht, hat sie schon — insbesondere auch während dieses Krieges — oft gezeigt. Und es ist dies ja nur natürlich, da Deutschlands Interessen, die eine wirtschaftliche Gesundung und Stärkung der Türkei erfordern, mit den jüdischen parallel gehen und eine starke jüdische Einwanderung nach den Ländern der Türkei für Deutschland nur von Nutzen sein kann.

Auch die türkische Regierung hat bereits erkannt, von welchem Werte die jüdische Emigration und Kolonisation für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes ist, und hat demgemäß schon seit einiger Zeit das Mißtrauen, das sie vordem in gewissen Momenten gegen diese Bestrebungen — die sie politischer Aspirationen verdächtigte — vielleicht gehegt haben mag, fallen lassen und steht ihnen heute durchaus wohlwollend gegenüber. Dies hat sie vor dem Kriege bereits durch die Abschaffung des „roten Zettels" gezeigt, eines Überbleibsels aus den Tagen Abdul Hamids, der jedem Juden, der nach Palästina kam, gegeben wurde und eine Beschränkung seines Aufenthalts für 3 Monate enthielt. Noch deutlicher aber trat das Wohlwollen der türkischen Regierung den jüdischen Kolonisten Palästinas gegenüber zu Beginn des Krieges zutage, als die Türkei an der Seite der Zentralmächte in den Krieg eintrat. Da sehr viele Juden Palästinas Untertanen feindlicher Staaten, vor allem Rußlands, waren, gelangten sie durch die Teilnahme der Türkei am Kriege in eine schwierige Lage. Da erklärte sich die Regierung bereit, ihnen allen das türkische Staatsbürgerrecht zu verleihen und sie für das erste Jahr nach dem Erwerb desselben

vom Heeresdienst zu entbinden. Und Tausende palästinensischer Juden haben dank diesem Entgegenkommen der türkischen Regierung in jenen Tagen das türkische Bürgerrecht erworben. Leider hat das rücksichtslose, politisch höchst ungeschickte Verhalten eines einzelnen höheren türkischen Beamten eine größere Zahl von Juden zur Auswanderung gezwungen, aber durch seine bald erfolgte Desavouierung und Abberufung bewies die Zentralregierung, daß er nicht in ihrem Sinne gehandelt hatte.

Und so darf mit Recht erwartet werden, daß nach dem Kriege, wenn die Regierung mit verdoppelter Energie an die große Aufgabe der wirtschaftlichen Regenerierung der Türkei schreiten wird, sie die jüdische Einwanderung und Kolonisation fördern und unterstützen wird; und ohne Prophet sein zu wollen, darf man der jüdischen Einwanderung nach der Türkei eine verheißungsvolle Zukunft in Aussicht stellen, und dürfen wir Juden von diesen Bestrebungen Großes und Bedeutsames für die Gestaltung unserer Zukunft erwarten.

Voraussetzung bei alledem ist eins: die Erhaltung und Fortexistenz der Türkei, und dies heißt: der Sieg der Zentralmächte. Denn darüber kann heute kein Zweifel mehr bestehen, daß im Falle eines Sieges der Entente die Aufteilung der Türkei und die Lostrennung Palästinas von ihr sicher ist. Das haben die Erklärungen der Ententestaatsmänner und die Äußerungen ihrer Presse zur Genüge klargestellt. Wie aber würden sich die Aussichten für eine große jüdische Einwanderung nach den Ländern der Türkei, vor allem aber für die jüdische Kolonisation in Palästina in diesem Falle gestalten?

Wir wollen gar nicht von der Möglichkeit reden, daß Rußland Palästina erhalten würde; denn das dies eine restlose Vernichtung all unserer Hoffnungen, die wir mit dem Lande der Väter verbinden, bedeuten würde, braucht wohl mit keinem Worte bewiesen zu werden. Nun ist ja diese Möglichkeit selbst im Falle eines Sieges der Entente weniger zu befürchten, trotzdem Rußland bereits seit Jahren eine sehr rührige kulturelle Werbearbeit in Palästina unterhält, und trotzdem einflußreiche russische Zeitungen, wie „Rußkoe Slowo" und „Birschewija Wjedomosti" schon allen Ernstes Palästina für Rußland beansprucht haben. Es ist nicht anzunehmen, daß man mit Konstantinopel und

Armenien, das man Rußland versprochen hat, ihm auch noch Syrien und Palästina geben wird. So besteht denn die größere Wahrscheinlichkeit, daß es entweder Frankreich oder England nehmen würde; Frankreich, das Syrien schon seit langem beansprucht und dort schon vor dem Kriege eine eifrige Propaganda betrieben hat, und England, das Palästina als Schutz für Ägypten und als Teil des Verbindungsweges zu Lande nach Indien braucht. Wie würden sich die Aussichten der jüdischen Kolonisation in Palästina in diesem Falle darstellen?

Was zunächst Frankreich betrifft, so duldet dieses innerhalb seiner Grenzen und Kolonien überhaupt keine fremden Kulturen, sondern saugt sie mit der außerordentlich starken Assimilierungskraft, die das geschmeidige, liebenswürdige, suggestive Franzosentum besitzt, in sich ein. So ist es in Tunis und Algerien, so in Marokko, so auch in Syrien, soweit es unter französischem Einfluß stand. Schon vor dem Kriege war für das Judentum des Orients die stärkste innere Gefahr das Franzosentum, das mit Hilfe der rein nach französischen Gesichtspunkten wirkenden „Alliance Israélite universelle" die jüdischen Kinder, die ihre Schulen besuchten, den jüdischen Traditionen abspenstig machte und französisierte; seit Jahren galt darum der Kampf aller jüdischgesinnten Elemente Palästinas und der Türkei dem Wirken der Alliance. Man kann sich so ein Bild davon machen, wie es werden würde, wenn Frankreich nun Syrien und Palästina unter seine Herrschaft bringen würde. Für die Pflege und Fortentwicklung der jüdischen Kultur in Palästina wird kein Raum mehr sein, und damit wird eine der schönsten Hoffnungen unserer Zukunft, die Entwicklung eines jüdischen Eigenlebens in Palästina, für immer vernichtet werden. Daneben darf aber nicht vergessen werden, daß die antisemitische Bewegung, die sich in letzter Zeit unter den christlichen Arabern in Syrien breitgemacht hatte, von Frankreich großgezogen und gefördert wurde.

Diese unsere Auffassung von den verhängnisvollen Folgen, die eine Annexion Syriens und Palästinas durch Frankreich für die dortige jüdische Kolonisation nach sich ziehen würde, findet eine überzeugende Bestätigung in der umfangreichen politischen Literatur, die während des Krieges in Frankreich zur syrischen Frage erschienen ist.

Vor allem die Bücher von syrischer Seite, die sich lebhaft für die französische Herrschaft in Syrien einsetzen, tragen ihre judenfeindliche Gesinnung offen zur Schau. Hier sei auf ein einziges Buch dieser Art verwiesen, das aber symptomatischen Wert beanspruchen darf; es nennt sich „La Syrie de demain" (Paris 1916) und hat zum Verfasser einen syrischen Agitator Nadra Moutran, der — wie die Widmung des Buches an den Präsidenten der französischen Kammer, Paul Deschanel, beweist — sich der Förderung und Sympathie der leitenden französischen Regierungskreise erfreut. Das Kapitel, das er der „jüdischen Frage in Palästina" widmet (S. 142–152), ist von ausgesprochener Gegnerschaft zur jüdischen Kolonisation getragen. Nach einer Auftischung alter Märchen, die die angebliche Konspiration der Zionisten unter Abdul Hamid und gegen ihn — in Verbindung mit dem jungtürkischen Komitee — zum Zwecke des Erwerbs Palästinas beweisen sollen, in Wahrheit aber nur die völlige Uninformiertheit und politische Charlatanerie des Verfassers beweisen, und nach einer Aufzählung der jüdischen Kolonien gelangt Nadra Moutran bei der politischen Erörterung der Frage, wie sich das französisch gewordene Syrien von morgen zur jüdischen Kolonisation verhalten sollte, zum Ergebnis, daß man zwar die Einwanderung einzelner jüdischer Emigranten nicht verbieten könne, aber ihnen zwei Bedingungen stellen müsse: zunächst dürfte die jüdische Emigration sich nur auf Gebiete außerhalb des eigentlichen Palästinas erstrecken, sodann aber dürften die Juden keine Siedlungen gründen, die mehr als 1000–2000 Einwohner umfaßten, wobei jede Siedlung von der anderen eine bestimmte Zahl von Kilometern entfernt sein müßte. (... „l'acquisition, par eux, de terres, toutefois situées en dehors de la Palestine proprement dite, leur serait accordée, à condition de se faire préalablement naturaliser et de ne jamais former une agglomération dépassant le nombre de mille ou deux mille hommes, chaque agglomération devant être distante de l'autre par un nombre de kilomètres à déterminer" S. 151). Wie man sieht, ein wohlausgeklügeltes System, um jegliches jüdisches Eigenleben, jegliche Pflege eigener jüdischer Kulturwerte unmöglich zu machen und die schnelle Assimilation der jüdischen Einwanderer an die französisch-syrische Kultur zu erzwingen. Man mag daran

erkennen, was die jüdische Kolonisation in Palästina und die Entwicklung eines jüdischen Eigenlebens in Giez-Israel im Falle einer Annexion des Landes durch Frankreich zu erwarten hat.

Wie aber würde es werden, wenn England Palästina erhielte? Viele Juden der neutralen Länder halten dies für eine durchaus in unserem Interesse gelegene Möglichkeit, für etwas vom jüdischen Standpunkt durchaus Erstrebenswertes, und ein gut Teil der vielfach unter den Juden der neutralen Länder bestehenden Sympathien für England hat in dieser Überzeugung ihre Wurzel. England — sagt man sich —, das liberale, freiheitliche England, das allen seinen Kolonien Autonomie gewährt hat, es wird gewiß Palästina den Juden öffnen und sie dort eine Heimstätte finden lassen. Ja, viele erwarten sogar mit Gewißheit, daß es Palästina den Juden überhaupt überlassen und dort so etwas wie einen Judenstaat errichten wird, ähnlich, wie ja die englische Regierung vor 13 Jahren Teile von Britisch-Ostafrika der zionistischen Organisation als Heimstätte für die Juden angeboten hat.

Eine kritische Prüfung aller dieser Anschauungen und Erwartungen zeigt jedoch, daß sie ebenso falsch sind wie die Hoffnung, England werde das Los der russischen Juden bessern, naiv und eitel war. Es wäre an sich gewiß möglich, daß England Palästina den Juden zur Verfügung stellen würde, falls es dies als in seinem Interesse gelegen erachten sollte. Aber die einfachste Erfassung der leitenden Ziele der englischen Weltpolitik, soweit sie Palästina betreffen, zeigt, daß die Verleihung einer Autonomie an die Juden Palästinas nicht in der Tendenz der englischen Politik liegen kann, ihr vielmehr widerspricht.

Worin besteht das englische Interesse an Palästina? In zweierlei: zunächst soll Palästina ein Schutz für Ägypten gegen künftige türkische Angriffe sein, sodann aber — und das ist das Entscheidende — soll es die Landverbindung nach Indien herstellen helfen. Dieses Ziel, der Landweg nach Indien, ist einer der großen beherrschenden Weltgedanken der englischen Weltpolitik, der sie schon seit langer Zeit bestimmt. Deswegen wurde Ägypten in Besitz genommen; deswegen faßte England Fuß in Südarabien, deswegen bemühte es sich, den beherrschenden Einfluß in Afghanistan zu sichern; überall und immerdar arbeitet England mit der ihm innewohnenden Zähigkeit an der Herstellung

des Landwegs nach Indien; und zweifellos wäre der Erwerb Palästinas ein wichtiger Fortschritt in dieser Richtung. Dieses ganze riesige Gebiet, das dann diese Verbindung herstellen würde, Ägypten, Palästina, Arabien, Südpersien, Afghanistan, würde aber dann naturgemäß innerlich geeinigt und konsolidiert werden müssen. Dies soll durch die Errichtung des arabischen Khalifats erreicht werden. Das arabische Khalifat ist schon seit langem eine Lieblingsidee der englischen Politik und stellt nichts anderes dar als die Konsequenz und Krönung des Gedankens eines Landwegs nach Indien. England ist ja heute schon derjenige Staat, der mehr Araber uud Mohammedaner unter seiner Herrschaft hat als jeder andere, und der Erwerb Palästinas und Arabiens würde dies noch sehr steigern. Während des Krieges hat England denn auch schon den ersten Schritt zur Verwirklichung dieses Gedankens getan und den ägyptischen Khediven zum Khalifen ausgerufen. Wenn dies auch bis heute noch nicht von großer Bedeutung wurde, weil die Türkei noch unversehrt dasteht, so würde dies doch in dem Augenblicke bedeutsam werden, da die Türkei zertrümmert und England Herr über Palästina und Arabien wäre. Auch die mit so großem Aufwand unternommene Expedition nach Bagdad, die bei Kut-el-Amara so kläglich scheiterte, sowie der jüngst erst von England organisierte Aufstand des Emirs von Mekka gegen die Türkei beweisen, mit welcher zähen Energie die englischen Staatsmänner auf der Realisierung ihres Planes schon im Kriege hinarbeiten. Daß dieser Gedanke aber im Falle eines Sieges der Entente Wirklichkeit werden wird, darf mit Sicherheit angenommen werden.

Und wer wollte nun politisch so naiv sein, zu glauben, England werde mitten in diesem großen arabischen Khalifat, das von Ägypten bis Indien reichen würde, eine jüdische Enklave dulden, würde die Einheitlichkeit und Geschlossenheit dieses Gebietes durch einen „Judenstaat" in Palästina zerstören und sich überdies noch durch die Überlassung Palästinas an die Juden der Gefahr aussetzen, den Widerstand der Araber hervorzurufen? Gerade die Führer der großarabischen Bewegung, die auf die Lostrennung Syriens und Palästinas von der Türkei und ihren Anschluß an England hinarbeiten, sind bekanntlich zugleich auch die Leiter der antisemitischen Partei unter den Arabern,

die in den letzten Jahren mit aller Energie gegen die jüdische Kolonisation in Palästina aufgetreten ist. Und daß alles dies nicht etwa politische Kombinationen, sondern wirkliche Tatsachen sind, beweist der Umstand, daß in dem Programm der großarabischen Verschwörung, die Djemal Pascha zu Beginn des Krieges in Syrien aufgedeckt hat, sich auch ein Statut befand, das die sofortige Vernichtung der jüdischen Kolonien in Palästina und das Verbot jeglicher jüdischen Einwanderung forderte. Diese Verschwörung aber stand in engster Verbindung mit der englischen Regierung, wurde von ihr unterstützt und gefördert, und zweifellos wußte man im Londoner Foreign Office sehr wohl auch von diesem Programmpunkt der großarabischen Verschwörer. Es kann so für jeden politisch Denkenden kein Zweifel darüber bestehen, daß im Falle einer Annexion Palästinas durch England für die jüdische Emigration und Kolonisation nichts zu erwarten ist. In der Wahl zwischen den Sympathien der antisemitisch gesinnten Elemente unter den arabischen Führern und der Berücksichtigung der jüdischen Interessen wird England auch keinen Augenblick schwanken, auf die Seite der Araber zu treten.

Daß diese Ansicht diejenige aller Kenner der Verhältnisse ist und nicht etwa in besonderen Sympathien für die Zentralmächte ihren Grund hat, zeigt ein Leitartikel der führenden hebräischen Monatsschrift in Rußland, „Haschiloach", der sich vor längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt hat und ganz zu denselben Ergebnissen gelangt ist. Eine Annexion Palästinas durch England — meint das Blatt — würde wohl in kurzer Zeit eine wirtschaftliche Blüte des Landes herbeiführen. Aber „das alles könnte uns nur dann locken, wenn wir kein anderes Ziel vor Augen hätten, als einige Juden in höhere, bessere Lebensstellungen zu bringen. Da wir aber in erster Reihe an unser Palästina denken und an die Masse, so haben wir von einem englischen Palästina nicht viel zu erwarten. Gewiß würde England, wie es in Ägypten getan, den besten und ertragreichsten Boden ankaufen. Das würde auch einzelnen Juden zugute kommen. In unserem Streben jedoch, in Palästina geordnete nationalökonomische Zustände zu schaffen, würden wir damit um keinen Schritt weiter gekommen sein. Unser Wunsch geht nicht nach reichen Juden, sondern nach jüdischem Reichtum auf

der Basis der nationalen Arbeit. Das englische Handelsvolk würde, so es festen Fuß in Palästina faßt, den Tod der jüdischen Kolonisation bedeuten.

Zu diesen nationalökonomischen gesellen sich aber die schweren politischen Bedenken. England pflegt die okkupierten Staaten mit der Erteilung weitgehender Freiheit für sich zu gewinnen. Davon würden aber, wie die Dinge heute in Palästina liegen, einzig und allein die Araber profitieren, die die Majorität im Lande sind. Wer die arabische Bevölkerung Palästinas kennt, dem muß eine solche Perspektive mit banger Sorge erfüllen.

Und gar die jüdische Kultur und die hebräische Sprache, die noch eine gar zarte Blüte ist, und ohnedies einen bitteren Kampf nach vielen Fronten: mit Alliance, Hilfsverein, dem Jiddischen, dem spanioli schen Jargon und dem Arabischen zu führen hat. Solange sich Regierung und Verwaltung neutral verhielten und zugunsten keiner dieser Sprachen eingriffen, konnte sich das Hebräische halten. Gegen das Englische würden sie alle machtlos sein.

Sollte an Stelle Englands Frankreich seine Hand auf Palästina legen, so würden sich damit die Aussichten für uns Juden um nichts verbessern. Es ist zu bedenken, daß Frankreich seinen Ehrgeiz darin setzt, aus den eroberten Gebieten nach dem Grundsatz: „Und bist du nicht willig" ... französische Provinzen zu machen. Was die französische Sprache und Kultur – man vergesse nicht der antijüdischen Tätigkeit der „Alliance" – bereits in Palästina an schweren Schäden angerichtet hat, bedarf keiner weiteren Erörterungen. Man halte sich aber vor Augen, daß der vorher nie gekannte arabische Antisemitismus von Frankreich eingeführt wurde, und daß diese importierte Giftpflanze vom französischen Jesuitenorden in Palästina treulich gehütet wird. Wehe uns, wenn diese Herrschaften die Oberhand im Lande gewinnen!"

Diese kurzen Betrachtungen zeigen, daß die jüdischen Interessen einzig mit jenen der Türkei parallel gehen. Nur von einer starken und machtvollen Türkei dürfen wir für die palästinensische Sache eine verheißungsvolle Zukunft erhoffen. Die zionistische Organisation, die einzige von allen in Palästina wirkenden jüdischen Organisationen, die nicht nur philanthropisch und kolonisatorisch, sondern auch politisch

arbeitet, hat dies auch seit Anbeginn ihrer Tätigkeit erkannt und das Prinzip der Loyalität und Treue zur Türkei stets als die Grundlage ihrer Politik erklärt. Mag vielleicht die Türkei auch in früheren Jahren — zum großen Teil unter dem Einfluß von Denunziationen von französischer Seite — der jüdischen Kolonisation in Palästina mit einem gewissen Mißtrauen gegenübergestanden haben, heute ist dies nicht mehr der Fall. Die Logik der Tatsachen, die die völlige Übereinstimmung der jüdischen und türkischen Interessen beweist, ist stärker als alle Verdrehungen und Mißverständnisse, und sie läßt uns auch für die Zukunft Großes von der jüdischen Kolonisation in Palästina erwarten. Alle diese Hoffnungen aber werden aufs schwerste bedroht, wenn nicht gar vernichtet, wenn die Entente siegen und die Türkei zertrümmern würde. Auch hier ist der Sieg der Zentralmächte ein dringendes Erfordernis der jüdischen Lage.

Schlußbetrachtung.

Der Kreis unserer Betrachtungen ist geschlossen. Wir haben den Weltkrieg unter dem Gesichtswinkel der Lage des jüdischen Volkes betrachtet und vom Standpunkt der großen beherrschenden Leitziele der jüdischen Politik Stellung zu den beiden Mächtegruppen zu nehmen gesucht. Wir sind dabei jedesmal zu demselben Ergebnis gelangt: zur Erkenntnis, daß die Notwendigkeit und Interessen unserer Lage den Sieg der Zentralmächte erfordern. Welcher Jude aber wollte angesichts dieser Erkenntnis aus Sentimentalität für die Entente eintreten, etwa weil Frankreich demokratischer ist und uns früher emanzipiert hat als Deutschland? Und wer wollte so kleinlich sein, aus berechtigtem Unmut über den deutschen Antisemitismus, der für die vitalen Interessen unseres Volkes ohne erhebliche Bedeutung ist, Stellung gegen die Zentralmächte zu nehmen? Es hieße wahrlich die Größe und Bedeutung des Moments verkennen und die folgenschweren Forderungen und Notwendigkeiten der Zeit nach den Methoden einer kleinlichen Kirchtumspolitik beurteilen. Vom Gesichtspunkt der Frage des deutschen Antisemitismus ist der Ausgang des Krieges für uns ziemlich gleich-

gültig. Eine Niederlage Deutschlands würde keinesfalls eine Vernichtung des deutschen Antisemitismus bedeuten; im Gegenteil, nur ein Sieg Deutschlands erhöht, wie wir gezeigt haben, die Wahrscheinlichkeit seines Verschwindens. Aber nicht gleichgültig kann uns die Entscheidung des Krieges vom Standpunkt der drei großen beherrschenden Fragen unserer jüdischen Gegenwart sein. Der eine Fall — der Sieg der Entente — bedeutet eine Fortdauer der unerträglichen Lage der russischen Judenheit auf Jahrzehnte hinaus, bedeutet die Vernichtung jeglicher Hoffnung auf eine freie, national-kulturelle Entwicklungsmöglichkeit des Ostjudentums und bedeutet endlich den Zusammenbruch unserer Hoffnungen auf die Entstehung eines neuen jüdischen Zentrums mit eigener hebräischer Kultur in Palästina. Der andere Fall aber — der Sieg der Zentralmächte — gibt uns die Hoffnung auf Befreiung eines großen Teiles der russischen Judenheit, auf eine freie, gleichberechtigte national-kulturelle Entwicklungsmöglichkeit für die jüdische Bevölkerung der von Rußland losgelösten Westprovinzen und auf eine bedeutsame Zukunft der Einwanderung nach der Türkei und der jüdischen Kolonisation Palästinas. Wer so den Weltkrieg frei von jeder Sentimentalität und Voreingenommenheit, mit den Augen des nüchtern und sachlich prüfenden jüdischen Politikers betrachtet, kann gar nicht daran zweifeln, daß wir als Juden nur den Sieg der Zentralmächte herbeiwünschen müssen.

Die breiten jüdischen Volksmassen jenes neutralen Landes, in dem allein von allen neutralen Staaten sich ein starkes jüdisches Zentrum befindet, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, haben dies denn auch von Anbeginn des Krieges mit dem sicheren Instinkt des nationalen Selbsterhaltungstriebes erfaßt und sich, ohne zu schwanken, mit all ihren Sympathien auf die Seite der Zentralmächte gestellt. Alle Beeinflussungsversuche seitens der Entente haben daran nichts zu ändern vermocht, weil die jüdischen Volksmassen Amerikas in ihrem unverdorbenen jüdischen Instinkte wissen, wohin unsere jüdischen Interessen weisen. Nicht aus besonderer Liebe oder Sympathie für Deutschland haben sie seine Partei ergriffen; es gibt gewiß viele unter ihnen, die für England und Frankreich stärkere Sympathien besitzen, aber sie haben verstanden, daß es in diesen so entscheidungsvollen und kriti-

schen Tagen ein Vergehen am jüdischen Volke wäre, wollten wir Juden unsere Stellungnahme nach persönlichen Sympathien oder Antipathien bestimmen; daß es vielmehr für uns nur einen Gesichtspunkt geben darf, der unsere Haltung bestimmt: die Erfassung und Berücksichtigung unserer großen Interessen und Daseinsnotwendigkeiten.

Dieser Krieg mit seinen umwälzenden Wirkungen bedeutet für alle Nationen eine Veränderung ihrer Lage, die für lange Zeit hinaus über ihre Stellung in der Welt entscheiden wird. Besonders die bisher unterdrückten kleinen Nationen erhoffen von dem Kriege Befreiung und Erlösung. Sollten wir Juden, das am schwersten leidende Volk der Welt, nicht auch das Recht haben, für uns eine neue bessere Zukunft von ihm zu erhoffen?

Grund zu solcher Hoffnung haben wir aber nur, wenn wir die große Mahnung und Forderung dieser Zeit begreifen: nicht teilnahmslos, lediglich zuschauend und „neutral" sie an uns vorüberziehen zu lassen, sondern sie aktiv mitzuerleben, zu den großen Fragen der Stunde Stellung zu nehmen, entschlossen unsere Forderungen zu erheben und mit Energie daran zu arbeiten, ihnen Gehör und Erfüllung zu verschaffen. Die Juden der neutralen Länder müssen hierbei vorangehen und die Führerschaft übernehmen. Über die einzelnen Mittel und Wege, die angewandt werden müßten, wäre viel und lang zu sprechen; doch kann es in unserem Zusammenhang nicht behandelt werden. Hier kam es uns darauf an, den Weltkrieg vom Standpunkt der jüdischen Lage zu betrachten und vom Gesichtspunkt der jüdischen Politik Stellung zu ihm zu nehmen. Und es wäre schon ein großer Fortschritt auf dem Wege zur Verwirklichung unserer Forderungen und Ansprüche, wenn in allen Kreisen des jüdischen Volkes die klare Erkenntnis der gegenwärtigen Lage bald durchdringen würde, und wir die notwendige, einzig mögliche Stellungnahme gefunden hätten.

Teubners

Kriegstaschenbuch

Ein Handlexikon über den Weltkrieg

Hrsg. von U. Steindorff. VIu. 346 S. Mit 5 Karten. Geh. M. 3.–, geb. M. 3.50

Gibt rasche und zuverlässige Auskunft in mehr als

5000 Stichworten

über alle politischen und militärischen Ereignisse des Krieges, über alle zu ihrem Verständnis notwendigen Fachausdrücke, über alle die Persönlichkeiten, die in ihm hervorgetreten sind, über alle irgendwie mit dem Kriege in Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen u. kulturellen Ereignisse u. Maßnahmen im Deutschen Reiche wie bei unseren Bundesgenossen, insbesondere in Österreich-Ungarn und bei den Gegnern.

Es gibt Auskunft über die wichtigsten Grundlagen des Wirtschaftslebens, des Finanz- und Steuerwesens, des Handels usw., ferner über die Kräfteverhältnisse der Mächte, Größe, Bevölkerung, über Heer, Flotte, Wirtschaft und Handel, die politischen Einrichtungen, diplomatische Vertretungen usw. Die beigegebenen Karten ermöglichen die rasche Auffindung aller Orte.

Deutschland und der Weltkrieg

hrsg. von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. O. Hintze-Berlin, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Fr. Meinecke-Berlin, Prof. Dr. H. Oncken-Heidelberg, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Schumacher-Bonn. 2. erweit. Aufl. (10.–14. Tausend.) 2 Bände. Geh. M. 12.–, in Halbl. geb. M. 14.–. Feldpostausg. M. 12.–. (Nicht einz. käufl.)

I. Deutschlands Stellung in der Welt. II. Deutschlands Bundesgenossen. III. Die Machtpolitik unserer Gegner. IV. Vorgeschichte, Ausbruch und Ausdehnung des Weltkrieges. V. Der Geist des Krieges.

„Eine von großer Kenntnis aller Tatsachen in jedem Aufsatze zeugende Zusammenfassung der zu behandelnden Probleme . . . Hervorgehoben sei der die ganzen Darstellungen durchdringende hohe Geist der Auffassung, die Vertiefung der Erfassung der politischen und staatsrechtlichen Tatsachen durch Zurückgehen auf die letzten geistigen und realen Kräfte. Die Darstellungen werden dadurch auf eine geistige Höhe gehoben, die auf jeden Leser einen starken Eindruck machen muß."
(Dr. Eugen v. Philippovich i. d. Zeitschr. f. Volkswirtsch., Sozialpolitik u. Verwaltung.)

Die Großmächte der Gegenwart

Von Prof. Dr. R. Kjellén. 13. u. 14. Aufl. 25.–28. Tausend. M. 2.80, geb. M. 3.80

„Gerade zur rechten Stunde ist dieser Versuch des schwedischen Historikers erschienen, ein Bild von ähnlich großer Linienführung für die Gegenwart zu entwerfen, wie es Ranke in seinem klassischen Essay über die großen Mächte einst für die Vergangenheit entwarf. Er schreibt kraftvoll, prägnant und anschaulich und ist Meister der bündigen Formulierung. Das schöne und gedankenreiche Buch des schwedischen Forschers sei wärmstens empfohlen." (Fr. Meinecke in der Historischen Zeitschrift.)

Die politischen Probleme des Weltkrieges

Von Prof. Dr. R. Kjellén. Übersetzt von Dr. Fr. Stieve. Mit 5 Karten. 3. Aufl. 12.–15. Tausend. Geheftet M. 2.40, gebunden M. 3.40

Verf. will in diesem neuen Werk „das mächtige Schicksal, das über Europa hereingebrochen", verständlich machen, indem er die treibenden Kräfte in der Entwicklung der Staaten aufzeigt, ein großartiges Gesamtbild der weltpolitischen Lage und der geographischen, nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Momente entrollt, die Leben und Schicksal der Staaten bestimmen. Daß der ernste und unbestechliche Forscher und Bürger eines neutralen Staates dabei zu Ergebnissen gelangt, die unserer innersten Auffassung entsprechen, wird auch dieses Werk zu einem Buch der Erhebung für das deutsche Volk in schwerer Zeit werden lassen.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

University of California
SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
405 Hilgard Avenue, Los Angeles, CA 90024-1388
Return this material to the library
from which it was borrowed.

en inhaltlich
n Bänden

WART
iele
berg
unserer heutigen
und Darstellungen
einverständlicher,
t.

:
ELIGION
ELIGION
Halbfr. M. 22.—
ion Jesu und die
und Staat bis zur
ntum und Kirche
uropas im Mittel-
A. Ehrhard. —

TUREN
Halbfr. M. 14.—
uren. I. Die rus-
III. Die böhmi-
ie neugriechische
F. Riedl. II. Die
tauisch-lettischen
ratur: E. Wolter.

TUREN
franz M. 14.—
lker: E. Schmidt.
C. Bezold. Die
Die äthiopische
dische Literatur:
orn. Die neupers.
. N. Finck. Die
ratur: K. Florenz.

ND DIE
N
albfr. M. 12.—.
ölker: Edv. Leh-

mann. — Die ägypt. Religion: A. Erman. — Die asiat. Religionen: Die babylonisch-assyrische Religion: C. Bezold. — Die indische Religion: H. Oldenberg. — Die iranische Relig.: H. Oldenberg. — Die Relig. des Islams: J. Goldziher. — Der Lamaismus: A. Grünwedel. — Die Religionen der Chinesen: J. J. M. de Groot. — Die Religionen der Japaner: a) Der Shintoismus: K. Florenz, b) Der Buddhismus: H. Haas. — Die orientalischen Religionen in ihrem Einfluß auf den Westen im Altertum: Fr. Cumont-Gehrich. — Altgermanische Religion: A. Heusler.

ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Von Geh. Oberreg.-Rat Prof. Dr. W. Lexis. (Teil II, Abt. X, 1.) 2. Auflage. Geh. M. 7.—, in Leinw. geb. M. 9.—, in Halbfranz M. 11.—

Inhalt: A. Einleitung. I. Die Entwicklung der Volkswirtschaft. II. Die Methode der Volkswirtschaftslehre. — B. Der Kreislauf der Volkswirtschaft. I. Der Wert. II. Die Nachfrage. III. Die Produktion. IV. Kapitalvermögen und Unternehmung. V. Das Angebot. VI. Die Preisbildung. VII. Handel und Preise. VIII. Das Geld. IX. Kredit- und Bankwesen. X. Der Wert der Geldeinheit. XI. Das Einkommen. XII. Näheres über Arbeitseinkommen und Kapitalgewinn. XIII. Die Grundrente. XIV. Produktion und Einkommen. XV. Krisen. XVI. Die Konsumtion. XVII. Produktion und Verteilung. XVIII. Zukunftsaussichten.

VERLAG VON B. G. TEUBNER · LEIPZIG UND BERLIN

UC SOUTHERN REGIONAL
A 000 656